Ahauser Kreiszeitung

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Ahaus = Zentral-Organ für das nordwestliche Münsterland

verbunden mit Eper Volksblatt, Gronauer Volkszeitung, Nienborg-Heeker Zeitung, Stadtlohner Anzeiger, Vredener Volksblatt

Erscheint täglich. — Bezugspreis: Monatlich 2 Goldmark ohne Bestellung.
Schriftleitung und Geschäftsstelle in Ahaus.
Tel.-Adresse Kreiszeitung Ahaus i. W. — Fernsprecher Nr 50 — Postscheckkonto Hannover Nr. 22739
Bankkonten: Kreis- und Stadtsparkasse Ahaus und Gewerbebank Ahaus

Wöchentliche Sonderbeilagen:
Erholungsstunden für das christliche Volk, Westdeutschland in Wort und Bild, Lesefrüchte, Welt und Wissen, Literatur und Kunst, Frauenwelt, Steuer und Recht, Sozialpolitik u. Standesfragen, Technik und Verkehr, Turnen, Spiel und Sport.

Anzeigenpreise: Das 30 mm breite mm 10 Goldpfennig. Bei Wiederholungen Rabatt nach festem Tarif. Reklamen: Das 80 mm breite mm 50 Goldpfennig. Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler wird Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassarabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 8 Tagen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.

Nummer 135 | **Ahaus, Dienstag, den 18. Mai 1926.** | **46. Jahrgang**

Von Luther zu Marx.

Die Regierungskrise ist beendet. Eine neue Aera Marx beginnt. Mit Ausnahme der Spitze weist das Kabinett keine Veränderung auf, und die Regierungskoalition ist die alte geblieben. Aber deutlicher als während der Zeit des zweiten Kabinetts Luther liegt der Weg vorgezeichnet, den die Regierung unter der Führung von Dr. Marx gehen wird. Er führt geradeaus zur Großen Koalition.

Es ist hocherfreulich, daß die eigenartig entstandene und eigenartig beendete Krise diesen Ausgang genommen hat. Und daß so klare Bahn geschaffen worden ist, hat man neben den Führern der Zentrumspartei vor allem dem Oberbürgermeister Adenauer zu verdanken, dessen energische Entschiedenheit die Deutsche Volkspartei gezwungen hat, einmal für jeden verständlich zu erkennen zu geben, ob sie an der vom Zentrum seit Jahr und Tag erstrebten inneren Konsolidierung, die nur in der ehrlichen und aufrichtigen Zusammenarbeit der Parteien der breiten Mitte gefunden werden kann, positiv mitwirken will. Und diese Bereitschaft ist jetzt schriftlich festgelegt und unterschrieben worden. Derselbe Herr Scholz, der am Samstag noch von einer Großen Koalition nichts wissen und nur in der Wiederheranziehung der Deutschnationalen an die Regierung das Alpha und Omega deutscher Innenpolitik sehen wollte, obwohl es über jeden Zweifel klar ist, daß bei unveränderter Haltung der Westarp, Hergt und Genossen die von dem volksparteilichen Führer Stresemann in den letzten Jahren verantwortlich gezeichnete Außenpolitik nicht weitergeführt werden kann, derselbe Herr Scholz, der für seine Partei den Kölner Oberbürgermeister als einen auf die Große Koalition hinarbeitenden Kanzler ablehnte, hat am Tage drauf durch seine Unterschrift zusammen mit Dr. Stresemann dem Zentrum bestätigt, „daß die außen- und innenpolitische Lage des Reiches mit möglichster Beschleunigung die Schaffung einer Regierung erfordert, die sich auf eine Mehrheit im Reichstag stützt", und daß für diese Mehrheitsbildung nur Parteien in Frage kommen können, „welche die Rechtsgültigkeit der bestehenden internationalen Abmachungen anerkennen und für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik Gewähr leisten." In der formulierten Erklärung steht zwar nichts von Großer Koalition, nichts von einer Verbreiterung der Regierungsbasis durch die Sozialdemokratie; wenn man aber auch dem Wunsche der Volksparteiler entsprechend die Erklärung so formuliert hat, daß ein vollständiger Wandel der Deutschnationalen auch ihre Hineinnahme in eine sich auf eine Mehrheit im Reichstage stützende Regierung möglich machen würde, so liegt doch dieser Wandel so außerhalb aller Wahrscheinlichkeit, daß der Eifer herzlich erheiternd wirken muß, wie beispielsweise jetzt die „Kölnische Ztg." den dritten Punkt des Uebereinkommens zu deuten sucht, indem sie schreibt, daß auch eine Erweiterung der Regierung nach rechts möglich sei, „wenn nur die Deutschnationalen sich bereitfinden, die bisherigen internationalen Abmachungen für rechtsgültig anzuerkennen und sich auf die Grundlinien der bisherigen Außenpolitik zu stellen." Wenn nur ... Bekanntlich lebt die Deutschnationale Volkspartei fast ausschließlich durch ihre Opposition gegen die früher Erfüllungspolitik geheißene nationale Realpolitik. Sie braucht also nach dem Rezept der „Kölnischen Zeitung" nur für richtig zu erklären, was sie bislang aufs leidenschaftlichste als falsch verketzert. Wir möchten annehmen, daß die Deutschnationalen der so heiß um sie werbenden Deutschen Volkspartei nicht diesen Gefallen tun werden, daß in Wirklichkeit auch kein Mitglied der Deutschen Volkspartei mit klarem politischem Blick an diese Wendung nach den Erfahrungen des letzten Jahres glaubt, daß vielmehr sowohl Herr Scholz wie Herr Stresemann und Herr Curtius sich vollkommen darüber im klaren waren und sind, daß das, was sie unterschrieben haben, die Einleitungsformel für die Erweiterung der Basis der jetzigen Minderheitsregierung durch die Sozialdemokratie ist. Es ist naive Deutelei, wenn man aus den Sätzen des Uebereinkommens etwas anderes herauslesen will.

Die Große Koalition ist im Augenblick noch nicht möglich. Erst muß der Volksentscheid vorüber sein. Fällt er negativ aus, so ist der Weg frei für das Fürstenkompromiß, dem dann auch die Sozialdemokratie gern zustimmen wird. Und es wird ihr bei dem Vertrauen, daß die Persönlichkeit des Reichskanzlers Marx als ausgleichender Mittler zwischen Rechts und Links, als untadeliger Charakter und verfassungstreuer Parteiführer genießt, um so leichter sein, die innenpolitischen Irrwege zu verlassen, die sie jetzt aus Angst vor den Kommunisten wandelt. Wir möchten wünschen, daß die Sozialdemokraten dann auch den ernsten Willen mitbringen, an der Schaffung solider politischer Verhältnisse, an der für die deutsche Wirtschaft dringend notwendigen Ruhe im Innern mitzuarbeiten. Das gleiche muß man auch von der Deutschen Volkspartei erwarten. Sie hat jetzt während der Regierungskrise wieder Intrigen an Intrigen gereiht. Sie muß endlich aufhören, die „Fraktion Drehscheibe" zu spielen, sie muß sich auch nach außen hin deutlich entschlossen zeigen, Schulter an Schulter mit dem Zentrum in ehrlicher Waffenbrüderschaft den Weg zu gehen, der in dem Uebereinkommen der beiderseitigen Führer aufgezeichnet ist.

Wenn man den Ausgang einer Krise beleuchtet, wird man auch nicht an einem Blick auf ihren Beginn vorbeikommen. Vergleicht man aber hier Anfang und Ende, so ist es tatsächlich schwer, das Schreiben einer Satire zu unterlassen. Denn mit Ausnahme des in die Wüste geschickten Flaggenverordnungsvaters Dr. Luther werden ja jetzt alle Minister, die der Verordnung zugestimmt haben, vor den Reichstag treten, um dessen Vertrauen zu sich festzustellen. An eine Zurückziehung der Flaggenverordnung wird schwerlich zu denken sein, und die Herren Demokraten, die die Krise inszenierten, haben allen Grund, einander nunmehr recht blöde anzuschauen. Sie werden hoffentlich aus diesem Fall die Lehre ziehen, daß man es sich mehr als dreimal überlegen muß, ob man einen verantwortlichen Staatsmann stürzen soll, und daß man solche Ministerstürzerei nur dann unternehmen darf, wenn man auch imstande ist, die herbeigeführte Krise zu lösen. Das aber haben die Demokraten nicht vermocht. Es bedurfte des Einspringens des Zentrums, um diese Lösung in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich zu machen.

Neuartig war das Eingreifen des Kabinetts in die Krise: Die mit der Fortführung der Geschäfte betrauten Minister haben sich zusammengesetzt und auf Vorschlag Dr. Stresemanns als Kanzler einen Mann aus ihrer Mitte dem Reichspräsidenten namhaft gemacht. Es ist verständlich, daß man in den verschiedensten Parteien sich über diese unparlamentarische und auch in der Verfassung nicht vorgesehene Methode seine besonderen Gedanken macht. Möchte man auch nicht wünschen, daß dieser jetzt zum ersten Male probierte Weg auch künftig benutzt wird, so muß doch für dieses erste Mal zugestanden werden, daß er sich als praktisch erwiesen hat, freilich nur dadurch, daß bei dieser Krise die Verhältnisse eben ganz eigenartig lagen.

Eine Sache von besonderem Reiz ist es, daß der Reichspräsident von Hindenburg jetzt seinen Gegenkandidaten von der Reichspräsidentenwahl auf den leitenden Regierungsposten berufen hat. Reichskanzler und Reichspräsident sind zu enger Fühlunghaltung gezwungen. Hindenburg und Marx sind beide auf sachliche Arbeit eingestellte Männer, beide auch Persönlichkeiten, die dafür bekannt sind, daß ihnen an dem Ausgleich der im deutschen Volke so zahlreich vorhandenen Gegensätze stark gelegen ist. Man darf also annehmen, daß ihre Zusammenarbeit auf den höchsten Posten, die es im Deutschen Reich gibt, dem großen Ganzen sehr gedeihlich sein wird. Aehnlicher Erwartung gibt auch die „Kölnische Zeitung" Ausdruck. Aber sie besitzt die Unverfrorenheit, hinzuzufügen: „solange nicht von politischen Nebeneinflüssen, wie sie besonders aus der Umgebung des Reichskanzlers Dr. Marx zu befürchten sind, schädigende Einflüsse kommen." Bei Hindenburg gingen bisher nicht Zentrumsleute aus und ein, sondern der volksparteiliche Oberintrigant Scholz, von dem schon mancher schädigende Einfluß auf das politische Leben ausgegangen ist. Wir empfehlen der „Kölnischen Zeitung", diesem Herrn den guten Rat zu geben, sich von das gute Verhältnis zwischen Hindenburg und Marx schädigenden Intrigen fernzuhalten. Aus der Umgebung des gewissenhaften Kanzlers Dr. Marx wird keine Störung der gemeinsamen politischen Tätigkeit von Reichspräsident und Reichskanzler zu befürchten sein.

Dr. Marx zum Reichskanzler ernannt.

Die bisherigen Minister bestätigt.

Berlin, 17. Mai. Reichspräsident von Hindenburg hat den bisherigen Reichsjustizminister Dr. Marx zum Reichskanzler ernannt und ihn gleichzeitig mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Justiz und des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt. Ferner hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Marx die Mitglieder der bisherigen Reichsregierung in ihren Aemtern bestätigt.

Das neue Reichskabinett ist heute vormittag um 10,30 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten, um die Konstituierung der Reichsregierung in der veränderten Fassung vorzunehmen. Die Sitzung fand unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx statt.

Mittwoch Regierungserklärung.

(Von unserer Berliner Redaktion).

× **Berlin**, 17. Mai. (Drahtb.)

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, gedenkt das Reichskabinett sich mit einer formulierten Erklärung voraussichtlich am Mittwoch dem Reichstag offiziell vorzustellen. Ohne Zweifel dürfte diese programmatische Kundgebung besagen, daß die bisherigen Richtlinien der Außen- und Innenpolitik unverändert beibehalten werden. Die Politik der Mitte ist nach wie vor der Angelpunkt aller politischen Entschließungen der Reichsregierung. Wie die B. Z. wissen will, dürfte die Regierungserklärung zum Ausdruck bringen, daß die Regierung bemüht sein werde, der Aufforderung des Reichspräsidenten, eine Einheitsflagge für das Deutsche Reich zu schaffen, schnellstens Folge zu leisten. Die vorbereitenden Arbeiten würden mit größter Beschleunigung betrieben werden, sodaß die verfassungsmäßige Erledigung der Flaggenfrage noch vor dem Sommer möglich sein werde.

Reichskanzler Dr. Marx empfing heute im Laufe des Nachmittags einzeln die Parteiführer sämtlicher Reichstagsparteien mit Ausnahme der Kommunisten und der Völkischen. Gegenstand der Besprechungen war die Vorbereitung der Regierungserklärung. Die Sitzung des Aeltestenrates des Reichstages, in der der Zeitpunkt der Abgabe der Regierungserklärung festgesetzt werden wird, dürfte morgen mittag vor der Plenarsitzung stattfinden.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer heutigen Fraktionssitzung entgegen anderslautenden Nachrichten festgestellt, daß bei der Regierungsbildung keinerlei Bedingungen gestellt worden sind. Die Zentrumsfraktion des Reichstages sagte die vorgesehene Sitzung ab, ebenso die Sitzung des Fraktionsvorstandes. Die deutschnationale Reichstagsfraktion beschloß, ihre Haltung von der Regierungserklärung abhängig zu machen. (Siehe auch 2. Seite).

Volksentscheid über die Fürstenenteignung am 20. Juni.

:=: **Berlin**, 17. Mai. (Amtlich). Nachdem der Reichstag den im Volksbegehren verlangten Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen abgelehnt hat, hat die Reichsregierung in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, den Gesetzentwurf zum Volksentscheid zu stellen. Die Abstimmung findet am Sonntag, den 20. Juni, statt. Die Verordnung zur Durchführung des Volksentscheides wird vom Reichsminister des Innern im Laufe des heutigen Tages erlassen werden.

* * *

Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung vom 17. Mai 1926 die näheren Anordnungen für die Durchführung des Volksentscheids getroffen.

Gegenstand des Volksentscheids ist die Frage, ob der im Volksbegehren verlangte vom Reichstag abgelehnte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden soll. Der Stimmzettel erhält eine dementsprechende Frage vorgedruckt. Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, das mit „Ja", der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, das mit „Nein" bezeichnete Viereck durchkreuzt. Die Stimmlisten und Stimmparteien sind vom 6. Juni bis einschließlich 13. Juni auszulegen. Die Gemeindebehörden sind ermächtigt worden, die Auslegung schon früher beginnen zu lassen.

Die Putschdiskussion im Landtag.

Eine stürmische Sitzung.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin**, 17. Mai. (Drahtb.)

Wie nicht anders zu erwarten war, kam es am Montag im preußischen Landtag anläßlich der Debatte über die Polizeiaktion gegen die rechtsradikalen Putschpläne zu stürmischen Lärmszenen, obwohl das Haus keineswegs einen übermäßig starken Besuch aufwies. Allein das zur Erörterung stehende Thema war eben schon an sich geeignet, diejenigen Kreise, die sich angegriffen sehen, zur Anwendung aller Lungenkräfte bei ihren Protestruf zu veranlassen. Der größte Unmut der Rechten richtete sich gegen den Ministerpräsidenten Braun, der die Putschpläne in ein grelles Licht rückte und ihren staatsgefährlichen Charakter unterstrich. Braun wurde in seinen Ausführungen wiederholt von brandendem Lärm unterbrochen, so daß er sich zuweilen nur schwer verständlich machen konnte. Selbst dort, wo man den Putschgelüsten rechtsgerichteter Organisationen keine bedrohliche Tendenz zumißt, wird man der Regierung nicht das Recht abstreiten können, auf der Hut zu sein und es sich angelegen sein zu lassen, jedweden Umsturzversuch schon im Keime zu ersticken. Diesen Standpunkt präzisierte namentlich auch unser Dr. Porsch in seiner im Namen der Zentrumsfraktion abgegebenen Erklärung. Es zeugt von der Unparteilichkeit und Objektivität der Zentrumsfraktion, daß sie sich dahin ausspricht, daß man sich ein abschließendes Urteil über die wirkliche Tragweite der Putschabsichten noch bis zur völligen Aufhellung der Zusammenhänge aufsparen müsse. Aber das schließt nicht aus, erneut die grundsätzliche Pflicht der Regierung zu betonen, den Staatsgedanken mit allen Mitteln vor Erschütterungen zu bewahren. Diese Wachsamkeit der Regierung hat aber nicht nur gegenüber Umsturzbewegungen von rechts zu gelten, sondern in gleicher Weise auch gegenüber Revolutionsplänen von linksradikaler Seite.

× **Berlin**, 17. Mai.

Bei Erledigung kleiner Vorlagen überweist das Haus einen zur ersten Beratung vorliegenden Gesetzentwurf, der für die Ausgestaltung des staatlichen Bergwerksbesitzes 30 Millionen Mark bereitstellen will, dem Hauptausschuß zur Vorbereitung.

Annahme finden in der Ausschußfassung deutschnationale Anträge, die mit Rücksicht auf die Notlage der ostpreußischen Landwirtschaft Maßnahmen zur Linderung der Auswinterungsschäden verlangen.

Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfes über die Trennung und Auseinandersetzung der Provinzen Ober- und Niederschlesien.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen tritt das Haus einem Antrage des Abg. Riedel (D.) bei, der die Vorlage nochmals an den Verfassungsausschuß verweist.

Eine Erklärung der Zentrumspartei.

Zu Beginn der zweiten Beratung des Nothaushalts gibt Abg. Dr. Porsch (Ztr.) folgende Erklärung ab: Es dürfte kaum möglich sein, sich jetzt bereits ein abschließendes Urteil darüber zu bilden, welche Bedeutung dem von der Staatsregierung beigebrachten Material über beabsichtigt gewesene Putschunternehmungen im Einzelnen beizumessen ist, sodaß darüber das Endurteil vorbehalten bleiben muß. Die Zentrumsfraktion gibt auch bei diesem Anlaß mit allem Nachdruck der Meinung Ausdruck, daß es nicht nur ein selbstverständliches Recht, sondern die absolute Pflicht der Staatsregierung ist, mit größter Aufmerksamkeit darüber zu wachen, daß nichts geschieht, was den bestehenden Staat in seinem Bestande irgendwie gefährden könnte, ganz gleichgültig, von welcher Seite Umsturzbewegungen zu erwarten wären. Der neue Staat hat leider keine Veranlassung, in dieser Hinsicht weniger behutsam zu sein als es der alte gewesen ist. (Sehr richtig! in der Mitte.) Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes steht zur Demokratie und hat keine Lust, sich die Staatsform, wie sie nach dem Kriege geschaffen ist, antasten zu lassen. Zu dieser überwältigenden Mehrheit gehört auch die Deutsche Zentrumspartei. Deshalb erwartet auch die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages von der Staatsregierung, daß diese zur Sicherstellung der Verfassung und damit zur Verteidigung der republikanischen Staatsform unablässig auf dem Posten ist, gestützt letzten Endes auch auf die für die Staatsgewalt unerläßlichen Machtmittel. Wir haben zur gegenwärtigen preußischen Staatsregierung das volle Vertrauen, daß sie alles tut, was in ihren Kräften steht, um frühzeitig alle Gefahren abzubiegen, die dieser ruhigen Aufwärtsentwicklung unseres Wirtschaftslebens durch unruhige Elemente bedrohen könnten. (Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Abg. Bartels-Krefeld (K.) meint, das Streben der herrschenden Kapitalistenklasse gehe dahin, die Gewaltherrschaft aufzurichten und die sogenannte Demokratie zu beseitigen. Auch Hindenburg leiste dazu Handlangerdienste, und die preußische Regierung stelle sich an die Spitze der ungeheuren Verfassungsbrüche, wie die Haltung der preußischen Vertreter im Reichsrat zeige, die für das infame Fürstenkompromiß gestimmt hätten. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Dazu kämen nun die Vorstöße der Rechtsverbände. Die Arbeiterschaft werde sich bei Gelegenheit der Notverordnung erinnern, die die Rechtsputschisten für ihre Diktatur vorbereitet haben und die den Satz enthält:

„wird mit dem Tode bedroht".

Diese Verordnung zeige den Arbeitern, wie sie mit ihren Gegnern umzuspringen haben. Der Kronprinz fühle sich sehr wohl in Preußen, seine Frau laue Bajen (stürmische Unterbrechungen und Zurufe rechts — Präsident Bartels ersucht den Redner, sich zu mäßigen). Der Sinn der Arbeiterschaft sei gesund.

Abg. Eichhoff (D. Vp.): Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir jede gewaltsame Aenderung der Verfassung nach wie vor entschieden ablehnen. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung und arbeiten im Rahmen unserer Grundsätze mit. Darum begrüßen wir es durchaus, wenn die Regierung gegen Putschpläne von rechts oder links vorgeht. Aber ein solches Vorgehen darf

nicht einseitig bloß gegen eine Seite gerichtet

sein. Das Vertrauen, das der Zentrumsredner der Staatsregierung ausgesprochen hat, teilen wir nicht. Wir haben gegen das Vorgehen die allerschwersten Bedenken. Die amtliche Pressestelle hat gegen übertriebene Darstellungen nicht nur nicht Stellung genommen, sondern sich selbst in größten Uebertreibungen gefallen. Wir werden deshalb die Mittel, die im Notetat für die Pressestelle gefordert werden, ablehnen. Wir halten uns nach den uns zugegangenen Nachrichten für berechtigt, auf das nachdrücklichste Einspruch zu erheben gegen

die Behandlung unserer Parteifreunde Vögler

usw. Ueberall hat sich der Verdacht als unzureichend erwiesen. Wir erheben schließlich auch Widerspruch dagegen, daß bei den Haussuchungen Material beschlagnahmt worden ist, das nicht im Zusammenhang mit der Angelegenheit stand. Es darf nicht dahin kommen, daß bei solchen Beschlagnahmungen nach parteipolitischen Gesichtspunkten verfahren wird. Wenn sich herausstellt, daß gegen angesehene Männer ohne ausreichenden Grund vorgegangen ist, so verlangen wir, daß diesen Persönlichkeiten die Genugtuung zuteil wird, die sie erwarten können.

Das Material des Ministerpräsidenten.

Der preußische Ministerpräsident Braun erwähnt zunächst, daß in der Presse geschrieben worden sei, daß man Gespenster sähe, daß es sich um Ammenmärchen handele. Bei dem, von dem ich spreche, handelt es sich um Aeußerungen des „Berliner Lokal-Anzeigers" und der „Deutschen Tageszeitung" vom 13. März 1920. (Stürmisches Gelächter links.) Als dieser Artikel in die Hände des Publikums kam, da schwenkten die Kappleute bereits in die Linden ein und trafen Herrn Ludendorff, der bekanntlich damals zufällig dort spazieren ging. (Heiterkeit links.) In der Reichskanzlei war man bereits zusammengetreten. Was wir heute in derselben Presse lesen, ist auf den gleichen Ton gestimmt.

Ich kann beweisen, daß es sich um ähnliche Dinge handelt wie 1920.

(Zurufe: Beweisen Sie es!) Es wird erklärt, daß wir vor einer zweiten revolutionären Periode stünden, vor einer Linksdiktatur. Das geschieht doch nur zu

dem Zwecke, um das Streben nach einer Rechtsdiktatur zu verbergen. (Lachen rechts.) Besonders ein Artikel in der „Deutschen Zeitung" sucht der Oeffentlichkeit klar zu machen, daß wir vor einer Linksdiktatur ständen. Ich verweise demgegenüber auf die ratkräftige Tätigkeit des Herrn Ehrhardt, der auf eine Einigung aller rechtsstehenden Verbände hinarbeitet. (Zurufe rechts: Ist das verboten?) Ja, es wird immer so dargestellt, als ob diese Verbände ganz harmlos seien. Es ist aber festgestellt worden, daß sie nicht nur das treiben, was sie nach ihren Statuten vorgeben. Sie sind z. T. bewaffnet, sie halten Schießübungen ab, sie haben Pläne aufgestellt, nicht nur solche, die geeignet sind, Deutschland gegen einen Ueberfall von außen zu schützen. Sie haben vielmehr auch Pläne gemacht, die direkt auf den Umsturz eingestellt sind. Der Ministerpräsident zitiert dann Stellen aus einem

ganz detailliert gehaltenen Aufmarschplan

für,wie es dort heißt „die große Auseinandersetzung mit den Novemberverbrechern von 1918". (Großer Lärm rechts und Rufe: Beweise!) Es ist in den letzten Wochen wiederholt ausgesprochen worden, daß man vor der großen Auseinandersetzung steht, und daß die Verbände bereit sein müßten, einzugreifen. Man solle aber einen Putsch nicht vom Zaune brechen, man sollte einen Linksputsch abwarten. Im Notfall müßte man diesen provozieren. (Stürmische Unterbrechungen rechts und Rufe: Lügen! Redensarten! Keine Beweise!) Es sollte dann

nicht bei der Niederschlagung des Kommunistenaufstandes verbleiben,

sondern man müßte mit politischen Forderungen der Verbände, vor allem auf Beseitigung der parlamentarischen Verfassung und der gegenwärtigen Staatsmänner hervortreten. Das sind die politischen Bestrebungen dieser angeblichen Sportverbände. (Immer sich wiederholende lärmende Unterbrechungen bei den Deutschnationalen und Zurufe: Spitzelberichte!) In den Sitzungen des Nationalverbandes der deutschen Offiziere und bei den Alldeutschen wurde ganz offen darauf hingewiesen, daß

eine völkische Diktatur

anzustreben sei. Der Weg, der den Herren vorschwebt, geht aus dem vorgefundenen Material mit aller Deutlichkeit hervor. Es wird von dieser Seite nicht ein Putsch angestrebt, sondern man will die Oeffentlichkeit beunruhigen und so den Herrn Reichspräsidenten veranlassen, auf Grund des Artikels 48 die vollziehende Gewalt in die Hände der Militärs zu legen. (Zurufe bei den Deutschnationalen: Sehr richtig!) Der Ministerpräsident teilt dann folgendes

aus einem beschlagnahmten Briefe

mit: Der von uns zuerst vertretene Gedanke der Diktatur hat sich durchgesetzt. Der Weg der Diktatur geht heute nur über den § 48 der Reichsverfassung. Es muß alles geschehen, um den Reichspräsidenten für die Anwendung dieses Artikels zu gewinnen. Der Reichspräsident muß davon unterrichtet werden, daß nur eine brauchbare Diktatur charaktervoller Persönlichkeiten (lebhaftes Sehr richtig! bei den Deutschnationalen) mit dem Parlamentarismus Schluß machen kann Der Herr Reichspräsident hat mir auf meine Anfrage erklärt, es sei ganz selbstverständlich, daß er all diesen Plänen fernsteht. (Gelächter bei den Kommunisten.)

Die Bestrebungen der Leute, die den Reichspräsidenten gewinnen wollen,

gehen auch dahin, ihn über seine Familienangehörigen hinweg auf die große kommunistische Gefahr aufmerksam zu machen. Sie können sagen, daß der aufgefundene Entwurf einer Notverordnung das Produkt irregeleiteter Phantasten ist, aber man muß auch bei der Beurteilung solcher Machenschaften vorsichtig sein, wie uns die Vergangenheit gelehrt hat. Wir haben bei unseren Haussuchungen leider nicht alles Material bekommen können, weil wir vor den Herren Halt machten, die in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete und wegen sonstiger hoher Aemter gewisse Rechte haben. (Lärm links.) Auch bei den Haussuchungen, die vorgenommen wurden, ist uns nicht alles Material in die Hände gefallen, weil die betreffenden Herren leider vorher bereits unterrichtet waren. Die Dinge seien durchaus nicht harmlos. Das preußische Volk, das in seiner überwiegenden Mehrheit republikanisch sei (Widerspruch rechts), werde sich das nicht bieten lassen. Die Regierung werde alle Machtmittel anwenden, um hochverräterische Unternehmungen niederzuringen. (Stürmische Protestkundgebungen rechts, anhaltender Beifall und Händeklatschen in der Mitte.)

Eine schwache Verteidigungsrede.

Abg. Steinhoff (Dntl.) erklärt, seine Partei lehne den Notetat schon aus der Einstellung gegen das System Braun-Severing ab. Dazu käme jetzt das Vorgehen aus Anlaß des sogenannten Rechtsputsches. Die Maßnahmen stellten lediglich einen Wandschirm dar, um zunächst die Tatsachen zu verstecken, daß wir

vor einer zweiten Revolution, vor einem roten Aufruhr

stehen. Es hat sich herausgestellt, daß die Maßnahmen des sogenannten Wehrkartells in den vaterländischen Verbänden keine Abwehrmaßnahmen gegen den roten Terror gewesen sind. Dafür sollte man Dank bezeugen. Man hat anstelle dessen die bekannten Maßnahmen ergriffen. Die Pressestelle des Polizeipräsidiums hat schon 14 Stunden vorher die Linkspresse informiert. Auch die französische Presse hat Bescheid gewußt. Die „B. Z." hat eine halbe Stunde vor der Haussuchung bei Herrn v. Kirdorff bereits darüber berichtet. (Hört, hört! rechts.) Herr Braun hat einen beschlagnahmten Brief zitiert, der den

Reichspräsidenten für eine Diktatur gewinnen

will. Dieser Brief ist gar nicht abgesandt worden; es handelt sich um einen Entwurf, auf den die Polizei hereingefallen ist. Der Kampf, der von der preußischen Regierung vom Zaun gebrochen ist, ist tatsächlich der Kampf gegen die Reichswehr. Es handelt sich nicht um einen Putsch der vaterländischen Verbände, sondern um einen Putsch der preußischen Regierung (Stürmisches Gelächter links), um einen Putsch der Polizeigewalt gegen die Reichswehr.

Eine Führerbesprechung.

Abg. Heimann (Soz.): Es handelt sich um die Frage, ob der preußische Staat durch monarchistische Umtriebe beddroht ist oder nicht. Ich will beweisen, daß in den Verbänden, gegen die die Polizei vorging und von den Personen, gegen die sich die polizeilichen Beitreibungen richteten,

planmäßig der Hochverrat an der Republik vorbereitet

wird. (Lebhaftes Hört! Hört!) Die Briefe, die der Ministerpräsident verlesen hat, waren selbstverständlich von Justizrat Claß. Diese Briefe sind ganz eindeutig. Die aufgefundene Notverordnung ist gewiß irrsinnig. Wer von einem drohenden Kommunistenputsch spricht, lügt bewußt. Ehrhardt selbst hat anerkannt, daß an einen solchen Putsch garnicht zu denken sei. Sollte der Kommunistenputsch doch kommen, so bedeutete er keine Gefahr für den heutigen Staat. Den Ausnahmezustand zu verhängen um unter seinem Schutz die Verfassung zu beseitigen, das wäre bereits Hochverrat. Sollte sich ein Reichspräsident finden, der aus diesem Grunde den Ausnahmezustand verhängt, dann sei schon heute erklärt, jeder Republikaner hätte die Pflicht gegen einen solchen Ausnahmezustand sich mit allen Mittel zu widersetzen. (Lebhafte Zustimmung links). Kein Mensch hat aber irgend einen begründeten Anlaß an der Verfassungstreue des Herrn Reichspräsidenten zu zweifeln. In den Führerbesprechungen der Rechtsverbände sei deutlich hervorgehoben worden, daß wenn

es mit Hindenburg nicht gehe,

es eben ohne den Alten gehen müsse und daß dann nach seinem Rücktritt der neuzuwählende Reichskanzler an seine Stelle zu treten hätte, also etwa Herr Dr. Neumann oder sonstwer. Ich habe hier das Protokoll einer Führerbesprechung in Berlin im Hause Kleiststraße, wo der Nationalverband deutscher Offiziere ein Heim hat. Die Einladungen gehen vom Obersten v. Luch aus. Oberst Luch erklärte den Herren, es handle sich um die Wahl eines einheitlichen Führers für den Fall notwendiger militärischer Maßnahmen in Berlin „zur Abwehr des bekannten Kommunistenputsches". Der Führer der vaterländischen Verbände Friederichs hätte bereits einen Führer, der noch außerhalb der Bewegung stehe und dessen Namen noch nicht genannt werden solle. Ich weiß nicht, warum die Herren den

Namen des Generals v. Lüttwitz

nicht nennen wollten. Die Versammlung lehnte aber die Wahl dieses ungenannten Führers ab und wählte einstimmig den Obersten v. Luch, der erklärte, daß er bereits mit den zuständigen Reichswehrstellen die notwendigen Vereinbarungen getroffen habe. (Lebhaftes Hört! Hört!).

Die Zusammenarbeit mit der Reichswehr

müsse aber versteckter erfolgen, worauf die Reichswehr selbst den größten Wert lege. Falls die Unruhen sich nicht von selbst einstellen, müssen sie eben mit allen Mitteln künstlich provoziert werden. Die Großindustrie müsse veranlaßt werden im gegebenen Augenblick

möglichst große Arbeitermassen auf die Straße zu werfen

(Hört! Hört!). Oberst v. Luch erklärte seine Uebereinstimmung mit diesen Ausführungen und versprach diese Gedankengänge den zuständigen Reichswehrstellen zu unterbreiten. Reichswehrminister Geßler mißbilligt unter allen Umständen die Verbindung der Reichswehr mit politischen Verbänden, und man darf annehmen, daß Herr v. Seeckt auf dem gleichen Standpunkt steht. Das ändert nichts daran, daß zwischen einer großen Anzahl von Kommandostellen der Reichswehr und Teilen der Wehrverbände fortwährend planmäßig zusammengearbeitet wird, um für den Fall eines Putsches eine gefügige Armee zu haben. Es werden bei der Reichswehr nur noch Leute eingestellt, die ein ausführliches Führungszeugnis der Wehrverbände besitzen. (Lebhafte Hört! Hört!). Ich habe in meinem Besitz ganze Stapel von Schreiben, in denen die Reichswehr bei den Verbänden zurückfragt, so z. B. beim Sportverein „Olympia". Da gestatten Sie mir vielleicht eine Frage an den Herrn Abgeordneten Wulle. Er hat bei seiner Aussage vor dem Fememordunterſuchungsausschuß erklärt, die deutschvölkische Freiheitspartei habe mit der

„Schwarzen Reichswehr"

nichts zu tun und nichts zu tun haben wollen, weil sie im Zweifel gewesen sei, ob diese „Schwarze Reichswehr" nicht im Ernstfalle mit der regulären Reichswehr in verfassungstreuem Sinne zusammenhalte. Ich möchte gern vom Herrn Abgeordneten Wulle wissen, ob er jetzt dieses etwas zuweitgehende Vertrauen in die Verfassungstreue der Reichswehr verloren hat und sich jetzt der Reichswehr von seinem hochverräterischen Standpunkte aus . . . (Stürmische Unterbrechungen rechts und Zurufe bei den Völkischen: Judenlümmel! Staatsbetrüger! Hochverräter von 1918! Vizepräsident Garnicht ruft den Redner und die Zwischenrufer zur Ordnung.) Der Redner verweist auf

die dauernden Waffenfunde.

Ganz offen würde zum Bürgerkrieg gerüstet und zwar mit Militärwaffen. Der Regierung sei zu danken für die Energie mit der sie den hochverräterischen Unternehmungen entgegengetreten sei.

Abg. Riedel (Dem.): Man müsse weniger reden und mehr arbeiten. Auch der Staatsrat müsse schneller arbeiten. Die Ablehnung des Notetats, die die Deutschnationalen ausgesprochen hätten, bedeute eine Schädigung breiter Schichten. Wenn man

die Claß-Briefe

ansehe, in denen von dem verderblichen Einfluß Stresemanns gesprochen wird, so sei die Verteidigung völkischer Unternehmungen durch die Deutsche Volkspartei noch unverständlicher und das umsomehr, als in diesen Briefen auch die Person des Reichspräsidenten v. Hindenburg herabgesetzt werde. Die Republik müsse ihren Feinden zeigen, daß sie nötigenfalls auch Hörner und Zähne hat. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Schwenk (Wirtsch. Ver.) ist gleichfalls der Ansicht, daß alle Störungen für das Wirtschaftsleben vermieden werden müssen. Die Ruhe sei aber gestört worden durch die Maßnahmen der Polizei. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Wulle (Völk) meint, die heutigen Ausführungen des Ministerpräsidenten ständen auf demselben Niveau wie die seinerzeitige, daß Ludendorff im Hitlerputsche auf dem Bauche gelegen habe und die als Lüge festgestellt wurde. Mit dem heutigen Material sei es ebenso bestellt wie mit dem zentnerschweren Material des Ministers Severing, das 1923 zum Verbot der Völkischen führte. Der Ministerpräsident habe festgestellt, daß kein Putsch geplant sei. Er habe ferner festgestellt, daß der Reichspräsident verfassungstreu sei und also seine Zustimmung niemals zur Verhängung eines Ausnahmezustandes zwecks Herbeiführung einer völkischen Diktatur geben würde. Damit zerplatze diese ganze Sache. Sie sei nur ein Ablenkungsmanöver der Politik der Bankerottwirtschaft gewesen, um die sinkende Konjunktur zu heben.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Um ½6 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr; außerdem kleine Vorlagen.

Die Verlängerung der Erwerbslosenfürsorge.

:: **Berlin**, 17. Mai.

Auf der Tagesordnung stehen die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge zur Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Brey (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag auf Verlängerung der Verordnungen über die Erwerbslosenfürsorge gemäß dem Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses bis Ende Juni dieses Jahres. Die Sozialdemokratie sehe in den bestehenden Verordnungen zwar keine endgültige Lösung des Erwerbslosenproblems, aber es gelte jetzt, schnell zu helfen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt sich mit der von den Sozialdemokraten beantragten Verlängerung der Verordnungen einverstanden. Der kommunistische Antrag auf Erhöhung der Unterstützungssätze um 50 Prozent sei nicht tragbar und nicht durchführbar, er würde dazu führen, daß in vielen Fällen die Unterstützung höher sein würde als der normale Arbeitslohn.

Abg. Rädel (K.) begründet den kommunistischen Antrag, der neben der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent auch die Auszahlung der Unterstützung ohne Karenzzeit für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit verlangt.

Damit schließt die Aussprache.

Der kommunistische Antrag wird dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Verlängerung der Verordnungen über die Erwerbslosenfürsorge bis Ende Juli wird angenommen.

Abg. Torgler (Komm.) begründet dann einen kommunistischen Antrag, den Zuschlag zum Grundgehalt der Beamten für die Besoldungsgruppen 1 bis 6 von 12½ auf 20 Prozent, für die Gruppen 7 bis 9 von 10 auf 20 Prozent zu erhöhen mit Rückwirkung vom 1. April 1926.

Abg. Dietrich-Franken (Völk.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu dem kommunistischen Antrag.

Der Antrag wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt dann die Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Wiederaufnahme der vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik unter Mitwirkung des Landgerichtsdirektor Jürgens entschiedenen Verfahren.

Die Abstimmung, die am Sonnabend zur Beschlußunfähigkeit führte, ergibt diesmal die Ablehnung des Antrags gegen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Um ½6 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag 2 Uhr. Tagesordnung: Kleinere Vorlagen und Handelsabkommen mit verschiedenen Staaten.

Weitere Veränderungen infolge des Kanzlerwechsels?

Ein Volksparteiler als Justizminister?

÷ **Berlin**, 17. Mai. (Eig. Drahtb.)

Mit der Uebernahme des Reichskanzlerpostens durch Dr. Marx ist die Frage der Besetzung des Reichsjustiz- und des Ministeriums für die besetzten Gebiete, die bisher Dr. Marx in einer Person verwaltet hat, akut geworden. Wie man hört, soll sich die Deutsche Volkspartei um das Justizministerium bemühen. Das Zentrum dagegen würde Wert darauf legen, als stärkste Partei des Westens für das Ministerium der besetzten Gebiete eine geeignete Persönlichkeit in die Reichsregierung zu entsenden. Obwohl schon bestimmte Namen in dieser Hinsicht genannt werden, ist festzustellen, daß eine Entscheidung noch aussteht.

In einigen Blättern finden sich Meldungen über die angeblich bevorstehende Neubesetzung des Staatssekretärpostens in der Reichskanzlei und des Postens des Reichspressechefs. Selbstverständlich werden auch bestimmte Namen bereits genannt. Wie wir auf Grund bester Informationen aufs bestimmteste versichern können, beruhen alle diese Angaben auf haltlosen Kombinationen. Reichskanzler Dr. Marx hat vorerst nicht die Absicht, große Personalveränderungen vorzunehmen. Sollte das Kabinett jedoch Aussichten auf längere Lebensdauer bieten, so würde selbstverständlich eine Personalumschichtung Platz greifen müssen. Zunächst aber gibt es wichtigere Dinge zu erledigen.

Das Zwischenspiel Brauns.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin**, 17. Mai. (Drahtb.)

In einem Teil der Presse ist vor Marx auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns als Kanzlerkandidat genannt worden. Die Dinge haben sich folgendermaßen abgespielt: Dr. Brauns wurde telegraphisch von Osnabrück, wohin er sich einige Stunden zuvor begeben hatte, nach Berlin berufen und bei seiner Rückkehr wurde er vom Vorstand der Zentrumsfraktion dringend gebeten, er möge angesichts der gesamten politischen und parlamentarischen Lage das Kanzleramt übernehmen. Brauns hat aus persönlichen und sachlichen Gründen sofort abgelehnt. Das Anerbieten erklärte sich daraus, daß der Fraktionsvorstand glaubte, mit Rücksicht auf die Tatsache, daß Marx eben erst zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt worden war, eine andere Lösung suchen zu müssen. Nach der Ablehnung des Ministers Brauns kam man dann trotz aller Bedenken die sich aus der erst kürzlich vollzogenen Wahl von Marx zum Fraktionsvorsitzenden ergeben, einmütig zu der Auffassung, daß Marx dem Rufe des Reichspräsidenten sich nicht entziehen und das Amt annehmen solle. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, wird die Fraktion morgen mit einer authentischen Darlegung der ganzen Entwicklung seit dem Ausbruch der Regierungskrise an die Oeffentlichkeit treten. Die Wähler werden daraus sehen können, daß die Zentrumsfraktion in vollkommen loyaler Weise gehandelt hat.

Die Berliner Presse zu dem Kabinett Marx.

= **Berlin**, 17. Mai. Aus den Kommentaren der deutschnationalen Blätter zu der Bildung eines Uebergangskabinetts Marx ist zu entnehmen, daß die Deutschnationalen vorläufig keine Opposition um jeden Preis treiben werden. In der „Deutschen Tageszeitung" heißt es: Das Verbleiben der Demokraten in der Koalition, sowie die unfreundliche Haltung des Zentrums machen die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei besonders schwierig, wenn sie auch schwerlich Interesse an dem sofortigen Ausbruch einer neuen Krise haben könnte. — Die „Kreuzzeitung" glaubt nicht, daß eine Ablehnung an die Sozialdemokratie sich werde verwirklichen lassen. Dazu seien gerade in den akuten politischen Fragen die Anschauungsgegensätze zu groß. Außerdem befinde sich die Sozialdemokratie in einer so pronouncierten Offensive gegenüber dem Bürgertum, daß sie ihre Anhänger, auch wenn sie wollte, nicht mehr zurückhalten könne. So werden sich, schließt das Blatt, die bürgerlichen Parteien eines schönen Tages von selbst in eine gemeinsame Abwehrfront gedrängt sehen. Die Dr. Stresemann nahestehende „Tägliche Rundschau" sagt: Wenn mit der Verlautbarung, die gestern von der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum ausgegeben worden ist, ein deutlicher Strich gegenüber den Deutschnationalen gezogen worden ist, so ist das die Konsequenz der bisher von der Deutschnationalen Partei in außenpolitischen Fragen eingenommenen Haltung und formell die Konsequenz, die sich aus der von uns wiederholt kritisierten Haltung der Deutschnationalen Fraktion bei der Abstimmung über das Mißbilligungsvotum gegen Dr. Luther ergibt. Das Blatt sagt dann weiter, die Parole kann nicht lauten: Gegen den Staat! sondern nur: Heran an den Staat! Das ist jene Parole, deren Versinnbildlichung der Reichspräsident ist, der auch jetzt wieder alles getan hat, um die schnelle Entwickelung, die die Dinge nehmen, gewiß seinen eigenen Anschauungen nicht entspricht. — Die „Germania" schreibt: Der Entschluß, das Reichskanzleramt zu übernehmen ist Dr. Marx und der Zentrumsfraktion nicht leicht gefallen, aber die Erwägung, daß die Lage des Reiches eine schleunige Erledigung der Regierungskrise verlangt und die am Sonntag erfolgte Klärung des Verhältnisses zur Deutschen Volkspartei haben die Fraktion schließlich bestimmt, ihren Fraktionschef für das Reichskanzleramt freizugeben. — In der „Vossischen Zeitung" wird ausgeführt: Dieser Reichstag kann nur weiterleben, wenn in ihm eine feste Mehrheit mit der Sozialdemokratie möglich ist. Große Koalition oder Auflösung! Der „Vorwärts" schreibt: Wenn durch die Ereignisse der letzten Zeit überhaupt etwas Wesentliches gewonnen ist, so kann es nur die Erkenntnis sein, daß der Kampf zwischen rechts und links zur Entscheidung drängt. Die Entscheidung steht zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten; sie wird beim Volksentscheid fallen und bei der nächsten Reichstagswahl bestätigt werden.

Deutsches Reich.

Der Auswärtige Ausschuß.

)(**Berlin**, 17. Mai. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages behandelte zunächst Garantie- und Kreditfragen des Reiches unter außenpolitischen Gesichtspunkten zur Vorbereitung für die etatsrechtlichen Verhandlungen über dieselben Fragen im Haushaltsausschuß. Alsdann leitete der Auswärtige Ausschuß das deutsch-spanische, das deutsch-portugiesische Handelsabkommen, das Handelsabkommen zwischen dem deutschen Reich und Honduras sowie das Zusatzabkommen vom 8. April 1926 zum deutsch-französischen Handelsabkommen vom 12. Febr. 1926 an den handelspolitischen Ausschuß weiter. Schließlich beschäftigte sich der auswärtige Ausschuß mit dem deutsch-estnischen Konsularvertrag, den er dem Plenum zur Annahme empfehlen will.

Der Schiedsstreit um die Biersteuer.

+ **Berlin**, 16. Mai. Der auf Antrag der deutschen Regierung und des Kommissars für die verpfändeten Einnahmen vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs im Haag ernannte Schiedsrichter, der holländische Graf Linden-Sandenburg, hat die beiden Parteien um Darlegung ihres Standpunkts gebeten. Die deutsche Regierung hat bereits einen eingehenden Bericht über ihre Rechtsauffassung erstattet und wird in den nächsten Wochen dem Schiedsrichter noch eine Ergänzung ihrer Darstellung zugehen lassen.

Die Krise in der Sozialdemokratischen Partei Sachsens.

Dresden, 15. Mai. Am Freitag abend war in Dresden eine von etwa 800 Personen besuchte Versammlung der Rechtssozialisten, in der Wirtschaftsminister Müller über den Unsinn der linksradikalen Politik sprach. Danach wurde ein Brief des frühern Ministerpräsidenten Buck an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verlesen, in dem dieser mitteilt, daß er nach 39jähriger Zugehörigkeit von den Rechten und Pflichten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zurücktrete. Einer bestehenden politischen Partei könne er wegen seiner sozialistischen Weltauffassung nicht beitreten. Er werde deshalb alle Bestrebungen auf Errichtung einer rechtssozialistischen Partei unterstützen Im Anschluß daran wurde eine Entschließung angenommen, in der der Schritt Bucks aufs wärmste begrüßt wurde. Die Versammlung verpflichtete sich gegen drei Stimmen, das gleiche zu tun wie Buck. Damit stehen Massenaustritte aus der S. P. D. in Sachsen bevor.

Ausland.

Die Abstimmung über den neuen Verfassungsentwurf des Völkerbundsrats.

^ **Genf**, 17. Mai. Bei der Abstimmung über den Entwurf des Redaktionskomitees enthielten sich der brasilianische Delegierte Hontaeyos wie auch Urugay, Argentinien und Spanien der Stimme, sodaß Präsident Motta feststellen konnte, daß Abschnitt 1 des Entwurfes mit 11 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen einstimmig angenommen ist.

Targist von den Rifleuten geräumt.

⊠ **Paris**, 17. Mai. Dem „Matin" wird aus Rabat gemeldet, daß infolge des französisch-spanischen Vormarsches die Rifleute den Hauptsitz Abd el Krims, Targist, geräumt hätten.

Von Nah und Fern.

Großfeuer.

!! **Berlin**, 17. Mai. Seit heute vormittag 11 Uhr wütet in den großen Stäglichen Baumschulen im Baumschulenweg bei Berlin ein riesiges Feuer. Der Brand, der in einem 1000 qm großen Schuppen entstanden ist, sprang in wenigen Minuten auf einen anderen Schuppen über. Die abgestürzten brennenden Giebelteile setzten den Park in Brand. Wertvolle Baumbestände, vor allem Nadelhölzer, fielen den Flammen zum Opfer. Obwohl Feuerwehr und Sch[illegible]zei gemeinsam den Brand bekämpften, war es in den ersten Nachmittagsstunden noch nicht gelungen des Feuers Herr zu werden.

Schriftsteller- und Journalistentag.

)(**Fremdenstadt**, 17. Mai. Zu dem hier stattfindenden deutschen Schriftsteller- und Journalistentag haben sich rund 300 Teilnehmer eingefunden. Die Tagung dauert bis Donnerstag und bringt zahlreiche Vorträge über die neuzeitlichen Aufgaben des deutschen Schrifttums.

Bootsunglück in Pommern.

× **Neustettin** (Pommern), 19. Mai. Hier war ein Malermeister mit seinem Bruder und einem Maurerlehrling auf dem Wallachsee zum Angeln hinausgefahren. Das Boot kenterte und die beiden Brüder ertranken, während der Lehrling gerettet werden konnte.

Ein abgelehnter Vergleich.

Aurich, 15. Mai Der in der vergangenen Woche vor dem Schöffengericht in Emden verhandelte Prozeß, den der Borkumer Pfarrer Münchmeyer gegen Dr. Völklein, Rechtsanwalt Dr. Charig und Dr. Pels angestrengt hatte, hatte, wie gemeldet wurde, mit einem Vergleich geendet, in dem von beiden Parteien alle Beleidigungen zurückgenommen wurden und Pfarrer Münchmeyer sich verpflichtete, einen sechsmonatigen Erholungsurlaub zu beantragen, vor dessen Ablauf er beim Landeskirchenamt in Hannover um seine Versetzung aus Borkum einkommen würde. Angeklagte und Nebenkläger gaben ferner die Versicherung ab, daß sie einen vollkommenen Burgfrieden in Borkum eintreten lassen würden. Das Landeskirchenamt in Hannover hat nunmehr heute, nach fünftägiger Sitzung, dem Vergleich seine Zustimmung versagt, so daß der Prozeß weitergeführt werden wird.

Ein schweres Eisenbahnunglück.

:-: **Mexiko**, 17. Mai. Bei Izmiquilpan entgleiste ein Personenzug und stürzte den Abhang hinunter. Fast alle Wagen wurden schwer beschädigt. 15 Personen wurden getötet und viele verletzt.

Eine Bombenexplosion.

(!) **Buenos Aires**, 17. Mai. Gestern abend explodierte eine Bombe vor der hiesigen Botschaft der Vereinigten Staaten. Es ist nur leichter Sachschaden angerichtet worden.

Die Lage im Bergbau.

Hauptversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

⊙ Saarbrücken, 16. Mai.

Eingangs der weiteren Verhandlung gedachte der Vorsitzende Imbusch der Toten im Bergbau und der Führer des Gewerkvereins. An den schwererkrankten Effert wurde ein Telegramm gesandt. Zur Vorbereitung der Anträge wurde eine sechsgliedrige Antragskommission gebildet, ferner eine Redaktionskommission. Sodann ergriff Rotthäuser, Essen, das Wort zu dem Referate:

Die Lage im Bergbau.

Er führte aus: Es herrscht in der gesamten europäischen Kohlenindustrie Ueberproduktion. Die Leistungen oder der Schichtförderanteil der Arbeiter ist von Monat zu Monat gestiegen, seit 1913 von 945 kg auf 1068 kg im Februar 1926. Dann behandelte Rotthäuser die Lage der Arbeiter im Bergbau und ihre Lohnverhältnisse. Wir wehren uns dagegen, daß an der augenblicklichen Lage die Arbeitnehmer oder deren Organisationen und auch die staatlichen Schlichtungsstellen schuld sein sollen, wehren uns ferner dagegen, daß eine Besserung der Lage nur auf Kosten der Arbeitnehmer erfolgen soll. Die Arbeitgeber erblicken als Rettung aus dieser schlechten Lage nur Lohnabbau, Schichtverlängerung, Beseitigung des Zwangsschiedswesens und Abbau der sogenannten sozialen Lasten. Sie haben vor, jederzeit sich auf Kosten der Arbeiter vor Schaden zu bewahren und ihren Gewinn vermehren zu wollen. Erst waren es im Ruhrbergbau die Micumlasten, die eine Besserung der Arbeiterlage unmöglich machten. Die Micumlasten fielen fort. Dann waren es die geringen Leistungen der Bergarbeiter, dann wars die unrentable Sieben-Stunden-Schicht. Die Leistung stieg, stieg über die Vorkriegszeit. Die Schichtzeit wurde verlängert von sieben auf acht Stunden unter Tage und dann kam der — Absatzmangel. Und auch jetzt, wie früher bei allen anderen Schwierigkeiten, kennen die Arbeitgeber nur einen Weg: verlängerte Arbeitszeit, Abbau der sozialen Lasten, Beseitigung der Mindestlöhne, Beseitigung des Zwangsschiedswesens.

Die Lohnverhältnisse

waren im Bergbau stets und sind auch jetzt noch unbefriedigend. Im Bergbau ist fast nirgendwo der Vorkriegsreallohn erreicht. Die Löhne im Saarrevier sind als Inflationslöhne zu betrachten und mit denen des Ruhrreviers aus 1920/21 zu vergleichen.

Die Arbeitszeit

wurde sofort mit der Stabilisierung der Mark überall verlängert. Auch heute wird noch überall Ueberarbeit geleistet. Erfreulicherweise konnte aber im rheinischen Braunkohlenrevier und für die Kokereiarbeiter eine Verkürzung der verlängerten Schichtzeit erzielt werden. Obwohl wir im Ruhrbergbau unter Tage die Achtstundenschicht und eine größere Leistung als in der Vorkriegszeit haben, wollen die Arbeitgeber dennoch mit aller Macht die 8½-Stunden-Schicht einführen. Hierzu wird man unsere Zustimmung niemals bekommen. Im Gegenteil, wir werden nach Möglichkeit alles tun, um bald wieder

unter Tage die Sieben-Stunden-Schicht,

und für alle Arbeiter über Tage die Acht-Stunden-Schicht zu bekommen. Es kann und darf nicht immer so bleiben, daß in der Schwerindustrie, Hüttenindustrie und im Bergbau die längste Arbeitszeit verrichtet werden muß, und die niedrigsten Löhne gezahlt werden. Zu den ungenügenden Löhnen und der langen Arbeitszeit kommen noch große Lohnausfälle durch die Feierschichten. Auf vielen Gruben hat man monatlich bis zu acht und zehn Feierschichten. So sind trotz der vielen Stillegungen und Entlassungen die im Bergbau weiterbeschäftigten Arbeiter auch nicht auf Rosen gebettet.

Die Unfallgefahren

haben sich nicht verringert. Die Zahl der tödlichen Unfälle hat sich leider noch erhöht. Es entfielen an tödlichen Unfällen: 1920 auf 1000 Beschäftigte 2,53, 1925 aber 2,84. Insgesamt waren 1925 im Oberbergamtsbezirk Dortmund 74 258 Unfälle gegen 65 693 im Jahre 1924 zu verzeichnen. Auf unser Drängen sollen nunmehr auf Grund eines Beschlusses des Preußischen Landtages versuchsweise sechs Grubenkontrolleure im Ruhrrevier aus den Reihen der Bergarbeiter angestellt werden. Der Erlaß des preußischen Handelsministers, der dieses bestimmt, kann uns aber bei weitem nicht befriedigen. Wir bedauern, daß seitens des preußischen Handelsministeriums vorher mit den Bergarbeiterverbänden darüber keine Aussprache stattgefunden hat.

Abbau der Sozialiasten ist ein weiterer Kampfruf der Arbeitgeber. Dabei steht fest, daß die Arbeitgeber alles getan haben, um z. B. das Knappschaftsgesetz zu sabotieren. Die Beiträge wurden zuerst zu hoch festgesetzt; die Familienhilfe wurde gegen den Willen der Arbeiter abgeschafft und den Arbeitern nicht einmal gestattet, auf eigene Kosten die Familienhilfe wieder einzuführen. Teure, kostspielige Krankenhausbauten wurden beschlossen. Die Arbeitgeberbeiträge wurden vielfach nur säumig gezahlt und lange festgehalten. Selbst die eingezogenen Arbeiterbeiträge lieferte man oftmals nicht rechtzeitig der Knappschaft ab. Rotthäuser besprach dann die Frage:

Wie stellen wir uns zu der jetzigen Lage?

Er beantwortete sie folgendermaßen: Zuerst müssen wir feststellen, daß unsere Regierung dem Bergbau gegenüber sehr oft versagt hat. In den Inflationsjahren, als die meisten Industrien sich gesund machen konnten, nahm man die Kohle in Zwangswirtschaft. Hierdurch werden die Kohlenpreise auf niedriger Basis festgehalten. Damit nicht genug. Man legte auf die Inlandssteuer eine Kohlensteuer von 20 bis 40 Prozent. Die Kohlensteuer war mit die beste Einnahmequelle für den Staat. Durch die einseitige Zwangswirtschaft der Kohle und der Kohlensteuer mußte der Bergbau in eine schlechte Lage kommen, weil man der Preisbildung fast aller anderen Industrien freien Lauf ließ. Der Bergbau bekam für sein Produkt einen niedrigen Preis, mußte aber für seine notwendigen Materialien sehr hohe Preise zahlen. Die ausländische Kohle dagegen wurde nicht besteuert, bekam keinen Zoll, wurde so der Inlandskohle gegenüber bevorzugt. Die Löhne wurden besonders beim Bergbau durch Schiedssprüche ebenfalls immer niedrig gehalten. Noch jetzt hat man Frachttarife für Kohle und Erze, die für unsere Industrie ungünstiger sind als in der Vorkriegszeit. Der Schaden an der Reparationskohle, der im letzten Jahre zu verzeichnen ist, wurde bisher nicht ersetzt. Dieser Schaden beträgt monatlich rund 3 Millionen Mark. Als die englische Subsidienpolitik im vorigen Jahre für den englischen Bergbau einsetzte, wurde diese von unserer Regierung nicht bekämpft, und dem deutschen Bergbau in der Abwehr gegen diese englische Konkurrenz nicht geholfen.

Wie stehen wir zu unseren Arbeitgebern?

Die Arbeitgeber haben sich unser Wohlwollen und unsere Freundschaft bisher nicht erworben. Sie haben unser Vertrauen verscherzt. Unsere ihnen gewährte Hilfe, unsere Treue haben sie vergolten mit zahlreichen Tarif- und Wortbrüchen. Sie haben uns gläubigen Christen den Glauben an die Ehrlichkeit unserer Arbeitgeber geraubt. Nie haben sie uns Einblick gewährt in ihre Bücher oder in ihre Verhältnisse. Sie sind die Alten geblieben wie vor 1914. Der Bergbauverein fordert in seiner Denkschrift vom 31. Juli v. J. wiederum kategorisch eine Verlängerung der Arbeitszeit, und zwar die Vorkriegsarbeitszeit, fordert die Beseitigung des Zwangsschiedswesens sowie Abbau der sozialen Lasten. Die Arbeitgeber klagen immer. Die Jahresbilanzen dagegen zeigen ein anderes Bild. Diese zeigen, daß sehr viele nud auch erhebliche Betriebsüberschüsse erzielt wurden. Wir wollen ohne weiteres zugeben, daß die heute gültigen Kohlenpreise nur 20—23 Prozent über den Vorkriegspreisen im unbestrittenen Gebiete liegen. Im bestrittenen Gebiet und im Ausland sind die Preise noch viel niedriger, weil dort sogenannte Kampfpreise um den Absatz genommen werden. In der Konkurrenz mit dem Ausland dagegen steht der deutsche Bergbau nach Wegfall der englischen Subsidien nicht schlecht. Das beweist die Schichtleistung, der Förderanteil.

Und nun zur Frage der

Schichtleistung.

Im Ruhrrevier ist die Schichtleistung des einzelnen Arbeiters doppelt so hoch als in Belgien und fast doppelt so hoch als in Frankreich, ist weit besser als in Niederschlesien und selbst als in England. In England und Amerika sind die Löhne und Soziallasten zusammengenommen aber weit höher als im Ruhrrevier. Wenn bei diesem Förderanteil der deutsche Bergbau im Ruhrrevier schon so notleidend sein soll, wie soll es dann den Bergwerksbesitzern von Belgien und Frankreich möglich sein, überhaupt noch Löhne zahlen zu können? Wir haben aber volles Verständnis für die Bestrebungen unserer Arbeitgeber, aus dieser immerhin nicht guten Lage herauszukommen. Deshalb wollen wir ihnen zum wiederholten Male

einige Sparmöglichkeiten

aufweisen. Ihre hohen Ausgaben für Werksgemeinschaften könnten sie ohne Verlust für die Wirtschaft oder den Bergbau sparen. Sie könnten sparen ihre Ausgaben für Zechenzeitungen. Sie könnten sparen an den hohen Beamten- und Direktorengehältern, sparen an Autos, sparen an Arbeitern, die den Beamten privat zur Verfügung gestellt werden. Auch der Beamtenabbau hat mit dem Arbeiterabbau nicht gleichen Schritt gehalten. Die erfolgten zahlreichen Zechenstillegungen sind nicht immer aus wirtschaftlich notwendigen, sondern vielfach nur aus größeren Gewinnrücksichten erfolgt. Auf Arbeiter und Angestellte, auf Staats- und Volkswohl wurde hierbei keine Rücksicht genommen. Selbst ganz rentable Zechen wurden stillgelegt und das Nationalvermögen verschleudert. Hoffentlich wird durch den neuen Reichstagsbeschluß diesem unverantwortlichen Treiben ein Ende gemacht.

Worauf kommt es im Augenblick hauptsächlich an? Unserer Ansicht nach kommt als wichtigstes zur Besserung der Lage im Bergbau zweierlei in Frage und zwar

1. Hebung des Innenmarktes und
2. eine internationale wirtschaftliche Verständigung. Die Kaufkraft der breiten Masse muß in erster Linie zuerst gefördert werden. Mit niedrigen Löhnen kann die Volkswirtschaft Deutschlands nicht gebessert werden. Höhere Löhne ermöglichen größeren Verbrauch. Höhere Löhne fördern den Absatz und damit auch die Produktion und tragen bei zur Beseitigung oder doch zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Am notwendigsten ist aber, besonders für unseren Bergbau, eine internationale wirtschaftliche Verständigung, besonders aber eine wirtschaftliche Verständigung mit England.

Den jetzt zur Wahrung ihrer berechtigten Interessen im großen Kampfe stehenden englischen Bergarbeiterkameraden sprechen wir bei dieser Gelegenheit unsere volle Sympathie aus. Wir wünschen ihnen in ihrem großen Kampfe vollen Erfolg. Wir wollen sie nach Möglichkeit unterstützen. Jede nicht unbedingt notwendige Ueberschicht soll bei uns deshalb vermieden werden. Wir wollen darüber wachen und dafür sorgen, daß von Deutschland keine Kohle nach England kommt. Wir wünschen dringend, daß unseren englischen Kameraden ein voller Sieg beschieden sein möge. Nur eins wünschen wir nicht. Wir wünschen keine Fortsetzung der englischen Subsidienpolitik, keine Fortsetzung der im letzten Jahre erfolgten englischen Schmutzkonkurrenz gegenüber unserer deutschen Kohle. Für die Fortsetzung dieser deutschfeindlichen und arbeiterschädlichen Schmutzkonkurrenz können wir nicht eintreten. Wir haben im letzten Jahre als Bergarbeiter hierunter gelitten. Die große Arbeitslosigkeit im deutschen Bergbau, die Hunderttausenden der Feierschichten, die niedrigen Löhne, die lange Arbeitszeit und auch die vielen Zechenstillegungen sind wesentlich mitverschuldet worden durch diese englische Konkurrenz. Deshalb müssen wir im Interesse der deutschen Bergarbeiter und besonders unserer Mitglieder die Fortsetzung dieser uns schädlichen englischen Subsidienpolitik schärfstens ablehnen und bekämpfen.

Dem neuen Montantrust stehen wir nicht grundsätzlich feindlich gegenüber, verkennen aber auch nicht die Gefahren, die er für den Arbeiter haben kann. Wir sind für eine Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgebern, ehrliche Arbeitsgemeinschaft auch mit den übrigen Bergarbeiterverbänden.

Die Rede von Rotthäuser wurde mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Eine Reihe von

Entschließungen

fand Annahme.

Zugunsten des Saargebietes wird gefordert, daß mindestens die Pflichtbestimmungen des Versailler Vertrages in der Sozialversicherung des Saargebietes erfüllt werden, insbesondere wird verlangt, daß die Leistungen des Reichsknappschaftsvereins auch hier in Geltung kommen. Ferner wurde Hilfe der Reichs- und Landesbehörden für die Franken-Lohn- und Franken-Rentenempfänger verlangt. Das Reichsarbeitsministerium hat 1,5 Millionen Mark zur Unterstützung für die Frankenrentenempfänger angewiesen. Die Saarregierung habe sich aber geweigert, sie zu verteilen. Ferner wird für den Saarbergbau die sofortige Einführung von wertbeständigen Löhnen gefordert, und zwar aufgebaut auf der deutschen Währung sowie die sofortige Einführung des Betriebsrätegesetzes.

Zur Behebung der Bergbaukrise

wird für dringend notwendig erklärt. 1. Erhöhung der Kaufkraft der breiten Volksschichten durch Gewährung ausreichender Löhne, 2. eine Verständigung zwischen dem englischen und deutschen Kohlenbergbau über Absatzgebiete, Kohlenpreise und Arbeitszeit der Bergleute. 3. Ausdehnung dieser Verständigung auf alle bergbautreibenden Länder der Welt.

Zum Reichsknappschaftsgesetz

wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Hoffnungen der Bergarbeiter nicht enttäuscht und die Regierung und die Parteien den Worten der Teilnahme bei Massenunglücken auch entsprechende soziale Taten folgen lassen werden.

Eine Reform des Betriebsrätegesetzes

wird dahingehend gefordert, daß die Betriebsräte vor den Machtbestrebungen der Unternehmer geschützt und ihre Rechte erweitert werden möchten.

Bezüglich der

Zechenstillegungen

werden die Schwierigkeiten des deutschen Bergbaues keineswegs verkannt, aber dagegen Stellung genommen, daß das Privatinteresse einzelner Konzerne über das Interesse der Gesamtheit gestellt wird. Vor der Regierung und der Bergaufsichtsbehörde muß den willkürlichen Stillegungen und Entlassungen mehr entgegen getreten werden. Insbesondere sind die Konzerne zu verpflichten, die durch Zusammenlegung der Betriebe entlassenen Arbeiter zu entschädigen.

Zur Reform der Sozialversicherung

wird verlangt, daß die Kriegs- und Militärdienstzeit auch in der Invalidenversicherung wieder rentensteigernd wirken und bei der Zweidrittelbedeckung berücksichtigt werden soll.

Für die Jugendlichen

wird eine Anpassung des Lohnes an die verteuerte Lebenshaltung und die Gewährung eines ausreichenden Urlaubs vom ersten Berufsjahre ab verlangt.

Weitere Entschließungen befassen sich mit dem bergmännischen Bildungswesen, mit der Entwicklung der Bergbautechnik mit dem Arbeitsrecht, mit vermehrtem Bergarbeiterschutz, mit der Notlage des Sieg-, Dill- und Lahn-Wirtschaftsgebietes, mit den Arbeitsverhandlungen in Oberschlesien, mit der Haltung der Bergbehörden gegenüber den Bergarbeitern usw.

Der Vorstand

wurde einmütig wiedergewählt. Dem Abgeordneten Imbusch, der bei seiner Wahl als Vorsitzender den Versammlungsraum verlassen hatte, wurde bei seinem Wiedereintritt eine spontane Vertrauenskundgebung bereitet, der der Bergmann Böttinger (Gelsenkirchen) auch in warmen Worten Ausdruck gab.

Mit einer zielklaren, von starkem Führergeist beseelten Ansprache schloß dann der Abg. Imbusch die 18. Hauptversammlung, die Führer und Mitglieder in glänzender Einigkeit im Kampf um die Rechte der deutschen Bergarbeiter zeigte. Mit einem Hoch auf den Gewerkverein und die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung gingen die Teilnehmer an dieser denkwürdigen Tagung der christlichen Bergarbeiter Deutschlands im deutschen, aber heißumstrittenen Saargebiet auseinander.

Die Ankunft Amundsens in Rome.

= Rome, 17. Mai. Am Sonntag früh um 6 Uhr trafen Amundsen, Ellisworth, Wisting und Omdal an Bord eines Motorschiffes hier ein.

Nach einer Meldung der Associated Preß aus Rom mußte das Motorschiff, in dem die Mannschaft der „Norge" nach Rome gekommen ist, 14 Meilen über das Eis der Point Clarence Bay nach Teller geschleppt werden, ehe offenes Wasser erreicht wurde und die Fahrt nach Rome beginnen konnte. An der Mündung des Schlangenflusses, 7 Meilen westlich von Rome, hatte sich eine Gruppe von Eskimos und Weißen eingefunden, um die Besatzung der „Norge" zu begrüßen. Verschiedene Einwohner von Rome brachten ein Gefühl der Mißstimmung gegen Amundsen zum Ausdruck, weil er, nachdem der norwegische Vizekonsul in Rome von ihm veranlaßt worden war, zur Hilfeleistung bei der Landung des Luftschiffes 100 Mann zusammenzubringen, doch die „Norge" nicht nach Rome gebracht hat.

Der zweite Steuermann der „Norge", Leutnant Riiser Larsen, erklärte, man habe am Pol wenig Eis und offenes Wasser gefunden, doch habe man kein Land entdecken können. Die „Norge" habe am Nordpol beträchtliche Zeit verbracht, um wissenschaftliche Beobachtungen machen zu können. Das Luftschiff senkte sich dabei bis auf 600 Fuß über die Eisfläche und stieg dann später wieder auf 4000 Fuß. Ueber Point Barrow bildete sich Eis auf den laufenden Propellern des Luftschiffes. Dieser Eisbelag brach dann ab und durchschnitt eine große Gaszelle, sodaß durch den Verlust an Wasserstoff das Luftschiff äußerst schwer wurde. Auf dem Wege von Barrow nach Teller wurde die Fahrt jedoch durch günstigen Wind unterstützt. Vor der Landung wurde ein Anker ausgeworfen, und der zweite Mechaniker Sergeant Arduino begab sich auf den Boden herunter, um das Landungsmanöver zu leiten, das bei ziemlich heftigem Wind vonstatten ging. Nachdem einige Kinoaufnahmen gemacht waren, wurde das Luftschiff in 30 Minuten entleert und unter Leitung von Oberst Nobile abmontiert. Die Bestandteile des Luftschiffes sollen für einen etwaigen Neuaufbau aufgehoben werden. Leutnant Omdal, der die Absicht hat, noch einmal mit dem Motorboot nach Teller zurückzufahren, erklärte, daß die Maschinen des Luftschiffes in guter Verfassung gewesen sind und ihre Aufgabe glänzend erfüllt haben. Amundsen stellte fest, daß er jederzeit genau gewußt habe, wo sich die „Norge" befand.

Lincoln Ellsworth berichtete einem Vertreter der „Associeted Preß" in Rome, das Meer in der Gegend des Nordpols sei zum großen Teil offen gewesen. Man habe am Pol felsige Inseln gesehen, die aber kaum als Land betrachtet werden könnten. Amundsen, Ellsworth, Kapitän Wisting und Omdahl warten in Rome auf den Dampfer, der sie nach den Vereinigten Staaten bringen soll.

Italienische Begeisterung.

+ Rom, 16. Mai. Die Nachricht von dem glücklichen Verlauf der Fahrt der „Norge" hat in Rom großen Jubel ausgelöst. Der König ließ durch seinen Flügeladjutanten Frau Nobile seinen herzlichen Glückwunsch aussprechen. Die Königin schickte eine reiche Blumenspende. Mussolini und die Mitglieder des Kabinetts ließen gleichfalls ihre Glückwünsche aussprechen. Der Gouverneur von Rom ließ die große Glocke des Kapitols, die nur bei besonderen Anlässen ertönt, läuten. In der Kammer, wo die Nachricht kurz vor Schluß der Sitzung eintraf, löste sie große Begeisterung aus. Die städtischen Gebäude haben Flaggenschmuck angelegt. Die Arbeiter der Werft der „Norge" veranstalteten noch am Samstag abend eine große Kundgebung vor dem Hause Nobiles, der sich auch Militär anschloß.

Die Nachwehen des englischen Generalstreiks.

Rückkehr zu normalen Verhältnissen in England.

:=: London, 17. Mai. Nach den von allen Seiten eingehenden Nachrichten vollzieht sich die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit in normaler Weise. In London ist der Zustand vor dem Streik beinahe vollständig wiederhergestellt. Große Arbeitermassen sammeln sich vor den Verwaltungsbüros der Docks und der Zeitungen, um ihre Wiedereinstellung zu erreichen. Irgendwelche Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen.

Die Kosten des englischen Streikes.

Δ London, 17. Mai. Der Arbeiterführer Cramp berechnet die Unkosten des Streiks für die nationale Eisenbahnerunion auf 1 Million Pfund und für die Eisenbahngesellschaften auf 5¼ Millionen Pfund.

Das Wunderkind.

Roman von Otto Sabott.

Vertrieb: Carl Duncker, Verlag, Berlin W. 62, Keithstraße. 5.

22) —— (Nachdruck verboten.)

„Nicht ich!" warf Greta ein. „Nicht ich!"

Allinson ließ Gretas Hände los und blickte sie erstaunt an: „Nicht Sie? Was soll das heißen?"

„Das soll heißen, daß ich nicht an das Damals erinnert werden will; es ist abgetan für mich, erledigt, überwunden! Ich will Europa, will Deutschland nicht mehr wiedersehen! Gert mag reisen, aber allein!"

Allinson schüttelte den Kopf, und sein Gesicht ward unerbittlich hart: „Sie reisen mit ihm, Frau Greta!"

„Nein — ich bitte — — —"

Durch das offenstehende Fenster kam in diesem Augenblick der Klang von Gerts heller lachender Stimme und gleich darauf hörte man den Baß Zuckermanns.

„Auch Sie werden nach Europa reisen!" wiederholte Allinson und schloß jeden Widerspruch damit aus. „Versäumen Sie nicht die letzte Gelegenheit, sich zu Ihrem Sohne zurückzufinden. Es ist viel an ihm gesündigt worden — von Ihnen, von uns allen. Hüten Sie sich davor, daß Gert Ihnen in nicht allzu ferner Zeit seine verlorene Kindheit zum Vorwurf macht!"

Greta stand vor ihm mit schlaff herabhängenden Armen.

Draußen näherten sich Schritte.

„Ich mag nicht, ich mag nicht, Herr Allinson", flüsterte Greta.

„Gehen Sie jetzt hinaus und sagen Sie Gert, daß Sie ihn nach Europa geleiten! Tun Sie es auch mir zuliebe!"

Da wandte sich Greta um und ging hinaus.

Gert blieb stehen, als er seine Mutter in der geöffneten Tür sah. Er wollte auf sie zugehen, als er sie in so sonderbar hinfälliger Haltung dastehen sah, und sein Fuß stockte.

„Mama?" fragte er halblaut und verwundert.

„Gert — du — — ich — — wir beide fahren nach Europa, nach Deutschland — — — Gert!"

Der Junge stand regungslos, sein Oberkörper beugte sich ein wenig vor. Greta wiederholte: „Nach Deutschland — — — Gert!"

Da stürzte er vor, und es schien, als wollte er Greta zum erstenmal seit vielen langen Jahren umarmen. „Mutter!" Aber als er vor ihr stand, sie ansah, hielt er inne, zwang seine Erregung hinab und fragte: „Nach Deutschland?"

„Ja, Gert, Herr Allinson schickt dich und mich noch in diesem Jahr nach Europa."

Da lachte Gert — lachte, während ihm Tränen in die Augen kamen, und küßte Greta, die sich zu ihm hinabneigte, küßte sie, in überquellender Freude auf den Mund.

Dann aber wandte er sich um zu Doktor Zuckermann, der mit verschwommenem Lächeln und ganz vertattert alles mit angehört hatte, stürzte auf ihn zu. „Nach Deutschland, Dorktor! Lieber Doktor, wir fahren nach Deutschland!"

* * *

Gerts Feldzug durch die Staaten und sein Siegeszug über den Ozean nach Europa machten mehr Aufsehen, setzten mehr Federn in Bewegung, erregten die Gemüter leidenschaftlicher, als es wohl jemals der Besuch irgendeines berühmten oder berüchtigten Zeitgenossen vermocht hatte.

Gertie Torwell brachte eine runde Dollarmillion als Geschenk zu dem kranken darbenden Europa. Er hatte das Geld zusammengebracht im Music-Halls, in Theatern, Lichtspielen, wo er Ansprachen hielt oder Gedichte aufsagte, Begleitworte sprach zu solchen Filmen, die das Elend der Armen dort drüben in sinnfälligen, wirklichkeitsnahen Bildern zeigten. Er hatte sogar in der Kirche einmal ein frommes Lied gesungen, was besonders viel einbrachte. Er hatte „Andenken" verkauft, ein Kuß von ihm war versteigert worden, und eine reiche alte Dame hatte den erstanden. Städtische Behörden veranstalteten Feste, an denen Gertie in Begleitung seiner Mutter und Zuckermanns teilnahm. Es wurden dabei Sammlungen und Verlosungen veranstaltet, deren Erträgnisse in Gerties „europäische Tasche" flossen.

Ziemlich ein halbes Jahr lang zog er kreuz und quer durch die Staaten, dann machte er sich auf den Weg zur alten Welt.

Berichterstatter begleiteten ihn und funkten seine Aussprüche, seine Ansichten über die Fahrt, Nachrichten über sein Befinden, seine Lehrstunden mit Doktor Zuckermann, seine Beschäftigungen an Bord, ihren Zeitungen. Vor den Augen der gesamten Welt spielte sich diese denkwürdige Ueberfahrt ab.

Gert selbst wußte das natürlich, und er dachte manchmal daran, wie ganz anders es gewesen war, als er hinübergefahren war nach Amerika, und der Vergleich machte ihn stolz und eitel. Er fühlte sich als Mittelpunkt zweier Erdteile und als bedeutende Persönlichkeit.

Derartiges sprach er — einigermaßen gedämpft natürlich — einmal an einem Abend zu Doktor Zuckermann aus. Der sah ihn eine ganze Weile aus scharfen grauen Augen ganz von oben herab an und machte ein Gesicht, als solle im nächsten Augenblick etwas gallig Bitteres über seine Lippen kommen. Dann sagte er aber doch nur: „So, das finden Sie also herrlich? Hm! Sie sind ein lieber Kerl, Gert, wenn man Sie ohne Tamtam hat, ohne dieses — — — Ersparen Sie mir den einzig treffenden Ausdruck, der Sie vielleicht bei Ihrer jetzt so empfindlichen Haut beleidigen könnte, obwohl er ja nur die andern trifft. Aber ich will Ihnen was sagen: Daß ich Sie für einen prächtigen lieben Burschen halte, das wissen Sie; daß man sie aber durchaus zu dem albernsten Ergebnis unserer gegenwärtigen „großen" Zeit machen will, das sollen Sie hiermit erfahren!

Gert verlangte etwas schuldbewußt eine Erläuterung, und er bekam sie sehr ausgiebig. Sie gab ihm zu denken, wenngleich sie ihn auch nicht zu überzeugen vermochte. Doktor Zuckermann war eben ein komischer Kauz. Man konnte nicht alles für bare Münze nehmen, was er so an Ansichten von sich gab, aber nachdenken darüber mußte man doch. —

Dann kam der Empfang in England. Alle europäischen und amerikanischen Zeitungen haben darüber ausführlich berichtet. Es war ein Ereignis von hervorragender Bedeutung, wenn man nach dem Platz urteilen will, den die Zeitungen Gertie Torwell einräumten.

Ein gewaltiger Stab von Berichterstattern erwartete den Dampfer am Landungsplatz, Vertreter von Behörden hatten sich in großer Zahl eingefunden, ein kirchlicher Würdenträger war erschienen, um Gertie Torwell gleichfalls zu begrüßen, denn die Kirche fühlte sich verpflichtet, einem so großzügigen Wohltätigkeitsunternehmen öffentlichen Beifall zu zollen. Außerdem sollte Gertie dem Papst vorgestellt werden, und jenem Würdenträger war die Aufgabe zugefallen, ihn nach Rom zu begleiten. Die nächste Umgebung des Landungsplatzes war schwarz von Menschen. Tausende und Abertausende hatten sich eingefunden, eine unübersehbare Menschenmenge schrie, tobte, schwenkte Arme und Hüte, stieß sich, riß sich die Kleider vom Leibe, stampfte Hüte, Schirme und Stöcke in den Boden, riß, tobsüchtig geworden, schwächliche Mitmenschen um und trampelte über sie hinweg, als Gertie über den Landungssteg zwischen seiner Mutter und Josias Reddington an Land ging. Die Schutzleute, die die Menge zurückhielten, leisteten Wunder. Gertie wurde photographiert, von allen Seiten gekurbelt, er setzte ununterbrochen sein vorschriftsmäßiges Dienstlächeln auf und sah „niedlich" aus. Die Berichterstatter stürmten mit Fragen auf ihn ein, und zwei Stunden später stand in allen Zeitungen, daß Gertie nicht seekrank gewesen, und daß die Ueberfahrt herrlich gewesen sei. Blumensträuße regneten neben ihm nieder, und er wurde sogar ein wenig unwillig, als dieser Segen ihn gar zu hart bedrängte. Innerhalb weniger Sekunden stand er inmitten einer Blumenpyramide.

Schwer war es, sich den Weg zu den Autos zu bahnen, es gelang schließlich mit Hilfe einiger Schutzleute, die eine Gasse brachen und Gertie auf die Schultern nahmen. Dann nahm er neben seiner Mutter im Auto Platz. Brüllende Zurufe umbrausten ihn, man ließ den Wagen nicht abfahren, und Josias Reddington flüsterte ihm zu, er solle irgendein Lied singen. Das war ein erleuchteter Einfall. Gertie stieg auf den Sitz des Autos, legte den Arm um den Nacken seiner Mutter und sang mit seiner dünnen, nur wenig tragenden Stimme ein amerikanisches Kinderlied. Aber niemals hat wohl irgendein gottbegnadeter Sänger rasendere Beifallsstürme entfesselt, als Gertie mit seinem kleinen Lied.

Als er geendet hatte, sah er sich um und fing einen Blick Doktor Zuckermanns auf, der im nächsten Auto saß und während des Gesanges die Blicke fest auf seine Stiefelspitzen gerichtet hatte. Gert und Zuckermann sahen sich an, und auf Zuckermanns Gesicht war ein nichtswürdiges, abgefeimtes Lächeln, und Gert wußte haargenau, bis aufs Wort, was Doktor Zuckermann in diesem Augenblick dachte. Und siehe da — Gert schämte sich; er wußte nicht weshalb; aber er schämte sich. Seiner Rolle blieb er aber treu. — —

Das war der Empfang in England, und wie in diesem Lande, so war es auf der langen Fahrt durch Frankreichs Städte, in Italien, überall, wohin Gertie Torwell kam. Die Zeitungen druckten ihre Telegramme, die Fernschreiber spieen ihre Papierschlangen aus, durch den Aether trugen die Wellen Nachrichten von politischen Verwicklungen, vom Steigen und Fallen an den Weltbörsen.

(Fortsetzung folgt.)

Gronau.

Gronau, 18. Mai. Die **Polizeiverwaltung** bittet uns, darauf hinzuweisen, daß die Geschäfte an den drei letzten Tagen vor Pfingsten bis 8 Uhr abends geöffnet sind.

)(**Gronau**, 18. Mai. Der a capella-Gesang ist bei guter Ausführung mit guten musikalisch-stimmlichen Kräften wohl die idealste Möglichkeit, der musikalischen Kunst zu dienen, um sie zu vermitteln. Die Eindringlichkeit, mit der die Wenigen im Namen der Vielen im Volksliede zu uns reden, wirkt wie die Frühjahrssonne, die uns wieder aufleben läßt. Ob der Männerchor in seiner wuchtigen Ausdeutung, der gemischte Chor mit seiner strahlenden Wärme, oder der Kinderchor in kindlicher Einfalt im Volksliede sich uns gibt, immer kommt es uns vor wie eine Gabe, von Mutterhand gereicht. Eben durch seine gesunde Melodik und seine ungezwungene Form unterscheidet es sich so sehr von so vielen sentimentalen Nebenpflänzchen, den Liedern im Volkston. Wer das echte Volkslied will kennen lernen, der merke sich Namen wie: Joh. Hatzfeld, Fritz Töde, Leo Blech, um nur einige zu nennen, die uns diesbezügliche Sammlungen schenkten, die geradezu reizvoll sind, der gehe zur wandernden Jugend, dort wird er es kennen und lieben lernen. Am Sonntag abend war es besonders „Die gebundene Nachtigall", ein Volkslied (bearbeitet von Neumnan) das dem Doppelquartett so viel Dank einbrachte. Andere „Neunigkeiten" wie „Die Trompete von Gravelotte" (Hegar), „O Muttersprache" (Seiffert), „O Welt, wie bist du wunderschön", (Dumack) und Frühlingswonne (Wiltberger) hatten auch starken Erfolg, da es wirklich an Sorgfalt, guter Aussprache, angemessener Dynamik und vor allem an Geschmack seitens des Dirigenten, Herrn Organisten Oebbecke nicht mangelte. Angenehm fiel die Zusammenstellung des Programms auf, sympathisch wirkte das vornehme Zurückhalten in Dynamik und Tempo, welches sinngemäß begründet und besonders den Uebergang von einem zum anderen Verse wohltuend gestaltete: „Die Trompete von Gravelotte" und „O Muttersprache" sind keine Alltagschöre, darum seien sie der Schwierigkeit und des Inhalts wegen besonders erwähnt. — Nur schade, daß Frl. Engelmann (Klavier) bei ihrer ganz guten Technik und dem leichten Anschlag sich aus der Funktion einer Begleiterin nicht herausbringen ließ. Ihre Partnerin, Frl. Stroink (Violine) machte mehr die seelischen Modulationen des Komponisten mit. Die Polonaise von Sitt war die beste Leistung, trotzdem auch da etwas mehr con fuoco angebracht gewesen wäre. Die beiden Damen sowie auch das Doppelquartett konnten mit dem reichen Beifall zufrieden sein. A. B.

)(**Gronau**, 18. Mai. **Kath. Arbeiterverein.** Zu der am Sonntag abend in der Konkordia stattgefundenen Versammlung des Arbeitervereins hatte sich wohl infolge des schlechten Wetters und mangelhafter Bekanntgabe nur eine geringe Anzahl Mitglieder eingefunden. Eingangs wurde der vom Herrn Linesch erstattete Bericht über den Neuenkirchener Delegiertentag entgegengenommen. Alsdann hielt der Herr Präses einen mit Interesse aufgenommenen Vortrag über die Entstehung und Entwickelung der Volksschulen. Lange Zeit wurden die Schulen als rein kirchliche Institute von den Religionsgesellschaften, besonders der katholischen unterhalten. Man betrachtete sie früher auch wohl nur als für die gelehrten Berufe geschaffen, besonders für Heranbildung von Lehrern und Priestern. Es entstanden die bekannten Kloster-, Dom- und später die Pfarrschulen als eigentliche Volksschulen. Erst spät, im 17. und 18. Jahrhundert interessierte sich der Staat mehr und mehr für die Schule, um diese für seine Zwecke nutzbar zu machen. In dem Vortrage wurde besonders Preußens Einfluß auf das Werden der Volksschulverhältnisse geschildert. Einen diesbezüglichen Erfolg sah man in den Kriegen 1866 und 70, von denen gesagt wurde, das die preußischen Schulmeister die Kriege gewonnen hätten. In der Gegenwart stehen wir vor neuen Entscheidungen in der Schulfrage. Es sind drei Strömungen, die sich bemerkbar machen. Ein Teil erstrebt die religionslose, ein weiterer die Simultan (d. h. gemeinsame) und der wohl weitaus größte Teil die christliche Volksschule. Zur Vertretung des kath. Volksteiles hat sich bei uns in Deutschland die kath. Schulorganisation gebildet, die überall, wo es nottut, für den christlichen Charakter der Volksschule eintritt. Diese Organisation, an deren Spitze Reichskanzler Marx steht, ist darum auch von uns in jeder Weise tatkräftig zu unterstützen. Erfreulich ist, das auch die kirchentreuen Evangelischen für die christliche Schule eintreten; sogar die Kommunisten sind, nach den Einzeichnungen in die s. Zt. zirkulierten Listen zu urteilen, vielfach für diese Schulform eingetreten. Es ist zu hoffen, daß die bewährte christliche Schule auch für die Zukunft zum Heile unseres Volkes erhalten bleibt. — Im weiteren Verlauf des Abends wurde beschlossen, in nächster Zeit, (6. Juni) einen humoristischen Theaterabend zu veranstalten. Ferner wies man darauf hin, daß beim Vereinskassierer auch Spargelder eingezahlt werden können. In 14 Tagen wird in Metelen ein Arbeitertag abgehalten werden, an dem der Verein teilnimmt.

Aus dem Münsterlande.

)(**Münster**, 17. Mai. **„Westfälische Heimatmuseen".** Die zweite Zusammenkunft der Leiter westfälischer Heimatmuseen, die am 10. und 11. im Landesmuseum zu Münster stattfand, behandelte wieder allerlei Fragen, die in den Arbeiterkreis der Heimatmuseen fallen. Der Direktor des Landesmuseums, Professor Dr. Geisberg, sprach über die „Inventarisierung heimatlicher Profanbauten", eine Probe aus der Praxis dazu war seine Führung durch den Dom. Dr. Uebe gab einen Bericht über den Lehrgang „Das Heimatmuseum", den die Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege in Berlin in der Osterwoche veranstaltet hatte, und weiter einen Vortrag über „Restaurierung von Museumsstücken". Der Nachmittag des zweiten Tages brachte die Teilnehmer nach Haltern, wo Sanitätsrat Dr. Conrads durch das römische Museum und Dr. Stieren die diesjährigen Grabungen zeigte und seine Grabungsmethode erklärte. Die diesmalige Zusammenkunft brachte die bisherige Arbeitsgemeinschaft ein gutes Stück weiter: es wurde der Zusammenschluß der Leiter der westfälischen Heimatmuseen zur „Vereinigung westfälischer Museen" beschlossen, die in Anlehnung an das Landesmuseum die Mitglieder in den Angelegenheiten der Heimatmuseen beraten soll, die Leiter der Heimatmuseen sollen miteinander in Fühlung kommen, die Bestände der Museen dadurch immer besser ausgewertet werden. Aus der Versammlung heraus erklärten die Heimatmuseen in Recklinghausen, Menden, Minden, Soest, Grundschöttel, Bochum, Hamm, Iserlohn, Witten, Herford, Cloppenburg, Lübbecke und das westfälische Schulmuseum zu Dortmund ihren Beitritt.

× **Münster**, 17. Mai. **Der erste größere Beton-Straßenbau in Deutschland** ist, wie wir erfahren, jetzt von der Provinzialverwaltung Westfalens beschlossen und an die Soliditit-Straßenbaugesellschaft in Köln vergeben worden. Es handelt sich um eine insgesamt fünf Kilometer lange Strecke. Hiervon entfallen drei Kilometer auf die Provinzialstraße in der Nähe von Drensteinfurt, und zwei Kilometer sollen im Ruhrgebiete ausgeführt werden; doch schwankt man noch zwischen vier verschiedenen Strecken in der Auswahl. Nach den nicht gerade günstig verlaufenen Versuchen im vorigen Jahre soll zum ersten Male in größerem Umfange in Deutschland das Soliditit-verfahren angewendet werden, das sich bereits seit Jahren in Belgien und Italien bewährt hat. Die Provinz hofft, gleichzeitig mit der Verbesserung unserer Kunststraßen der westfälischen Zementindustrie, soweit sie Soliditit-zement herstellt, Arbeit zuzuführen und auch den Arbeitslosen durch Einstellung im Wegebau Verdienstmöglichkeit zu verschaffen.

(!) **Münster**, 17. Mai. **Bei Berührung einer elektrischen Birne getötet.** Als der Arbeiter K. aus Hiltrup in der Stallung des Schuhmachermeisters W. mit der Reparatur eines Motorrades beschäftigt war, äußerte der ebenfalls anwesende Arbeiter Josef J., das es heute kalt sei. Als er darauf die dort hängende elektrische Birne umfaßte, erhielt er einen elektrischen Schlag. Seine Hände hielten die Birne fest umschlossen. Nur mit Mühe gelang es den Anwesenden, ihn davon zu befreien. Als dies geschehen war, sank J. zusammen ohne noch ein Lebenszeichen von sich zu geben. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

:=: **Münster**, 17. Mai. **Auf der Kahnfahrt ertrunken.** Am Samstagnachmittag wurde der 16jährige Ferdinand Samson aus Münster in Handorf aus der Werse als Leiche geborgen. Er hatte vor einigen Tagen von Nobiskrug aus eine Kahnfahrt unternommen. Mantel und Hut hinterließ er als Pfand bei dem Wirt für das gemietete Boot. Von der Fahrt ist er nicht zurückgekehrt. Das Boot wurde später eine Strecke hinter dem „Hof zur Linde" auf der Werse treibend vorgefunden. Ein Unglücksfall scheint dem Leben des jungen Menschen ein unerwartetes Ende bereitet zu haben.

:=: **Haltern**, 16. Mai. **Römische Ausgrabungen.** Seit Ostern sind auf dem bekannten römischen Ausgrabungsgelände, dem „Großen Lager" bei Haltern, die Arbeiten unter Leitung des Museumsassistenten Dr. Stieren aus Münster wieder zugange. Die Ergebnisse sind bisher sehr erfreulich. Der während der letzten Ausgrabungszeit im Vorjahr ermittelte große Kasernenbau östlich vom Prätorium ist einer weiteren Untersuchung unterzogen worden, wobei sich an 2 Stellen eine Erweiterung herausstellte. Eigenartig war dabei die Entdeckung, daß in den seit dem Vorjahre offengehaltenen Gräben die Spuren der Römerbauten, die hier nicht aus Steinmaterial, sondern aus Holz hergerichtet worden sind, viel besser zu erkennen waren als zur Zeit der Aufdeckung. Die Hauptarbeit vollzog sich im südöstlichen Teile des Römerlagers. In neuester Zeit sind hier Neubauten und Gartenanlagen geplant und teilweise schon in Angriff genommen, so daß binnen kurzem dieser Teil des Lagers für die Forschung ausscheiden muß. Auch hier ist man auf Bauten von gewaltigen Ausmaßen gestoßen, deren Einteilung sich aber verschieden von dem erst gefundenen Bauwerk erwies. Die bisherigen Untersuchungen lassen die Annahme berechtigt erscheinen, daß das „Große Lager" bei Haltern der bedeutendste und am längsten benutzte Lagerplatz der Römer in Westfalen gewesen ist. Darauf deuten auch die täglichen Funde hin, unter denen sich wahre Schaustücke römischer Handwerkerkunst finden. Von den neuesten Funden seien bloß folgende erwähnt: Ein Dolch mit Bronzegriff, Teile von einem Langschwert, ein Sigillateller von 36 cm im Durchmesser, eine Bronzenadel, Lampenreste und eine vollständige Lampe aus Bronze, Schlüssel und Handwerkszeug aus Eisen, Tonwaren aller Art, darunter die obere Hälfte einer mächtigen Amphora mit Fabrikstempel und der Inhaltsangabe, endlich Silber- und Bronzemünzen. Das Halterner Museum wird auch in diesem Jahr wieder einen ansehnlichen Zuwachs an römischen Funden zu verzeichnen haben.

)(**Capelle**, 17. Mai. **Vergehen gegen das Monopolgesetz.** Der Bergmann Richard K. und sein Sohn Hermann hatten sich vor dem münsterischen Schöffengericht wegen Hinterziehung des Monopolaufschlages auf Sprit zu verantworten. Richard K. hatte die Brennerei von seinem Vater geerbt und schon seit etwa 40 Jahren geleitet. Wesentliche Aenderungen hatte er in seinem Betrieb nicht vornehmen lassen. Schon während der Inflationsjahre war dem Oberzollinspektor Berghaus der Betrieb verdächtig vorgekommen, aber er hatte keine Unregelmäßigkeiten an den Apparaten feststellen können. Ein Reisebericht des Zollrates Landgraf, der den Betrieb des K. besichtigt hatte, gab die Veranlassung zu näheren Untersuchungen. Nachdem das Hammer Hauptzollamt sich für die eingehende Revision des Betriebes ausgesprochen hatte, wurde die Brennerei am 27. August besucht. Am 3. September betrat morgens früh der Oberzollinspektor Berghaus mit zwei Zollbeamten überraschend die Brennerei. Die Feststellungen, die der Beamte in dem arbeitenden Betrieb machte, ließen ihn eine Unregelmäßigkeit in der Abnahme des Spritz durch Umgehung der Kontrolluhr vermuten. Bei der Untersuchung des Kühlkübels entdeckte der Beamte eine Geheimleitung, die vom Zagekühler Sprit ableitete. Bei der weiteren Verfolgung der eingemauerten Leitung stieß er auf ein Ventil, das vom Zimmer aus durch eine verdeckte Leitung so gestellt werden konnte, daß der Sprit je nach Belieben durch die Kontrolluhr oder die Geheimleitung abgeleitet werden konnte. K. behauptete, diese Leitung sei alt und lediglich als Abflußleitung beim Reinigen der Brennapparate benutzt worden. Er gab die Neuanlage des Ventils in der alten Leitung und die eines Verbindungsrohres zu. Die Entnahme von Sprit durch diese Leitung bestritt er. Das Schöffengericht glaubte seinen Angaben nicht, und nach Vernehmung einer langen Reihe von Zeugen verurteilte es ihn wegen Hinterziehung des Monopolaufschlages zu einer Geldstrafe von 47 736 ℳ — im Ersatzfalle 1 Jahr Gefängnis —, weiter zu 3 Monaten Gefängnis, Ersatz des hinterzogenen Aufschlages in der Höhr von 8566 ℳ und Beschlagnahme des Branntweins und der Apparate. Der Sohn Hermann K., der der Mittäterschaft angeklagt war, wurde freigesprochen.

⊙ **Horst**, 17. Mai. **Schwerer Unfall in der Grube.** Im unterirdischen Betrieb der Zeche Ver. Welheim wurde der Bergmann Adolf W. von einem schweren Stein, der sich aus dem Hangenden gelöst hatte, getroffen. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er in das Krankenhaus überführt.

Kirchliches.

Caritastag in Trier.

Das Programm des Caritastages vom 25.—29. Mai in Trier liegt nunmehr vor. Am ersten Tage finden Sitzungen des Zentralrates und Zentralvorstandes des Deutschen Caritasverbandes statt. Der Abend als offizielle Eröffnung der Tagung durch den H. H. Weihbischof Dr. Mönch ist zur großen Festversammlung gestaltet. Der H. H. Bischof Bornewasser wird eine besondere Ansprache halten. „Rheinische Frauen der Caritas" ist das Thema der Festrede von Frau Ministerialrat Helene Weber. Die öffentlichen Versammlungen am 26. und 27. Mai befassen sich in zahlreichen Referaten namhafter caritativer Persönlichkeiten vorwiegend mit dem Kernproblem der vorbeugenden Caritas. Eine Caritasversammlung für Akademiker ist für den Abend des 27. Mai angesetzt. Univ.-Prof. Dr. H. Weber (Münster) wird das Thema behandeln: „Die katholische Caritas im modernen Wirtschaftsleben". Gleichzeitig mit dem Caritastag finden Sitzungen verschiedener caritativer Fachausschüsse statt. Der 28. Mai ist durch eine Tagung der Leiter und Mitarbeiter der örtlichen Caritassekretariate ausgefüllt.

Das ausführliche Programm des Caritastages kann von der Zentrale des Deutschen Caritasverbandes (Freiburg i. Br., Werthmannhaus) bezogen werden.

Pilgerfahrt in das Heilige Land.

Eine Kärntner Karitas-Verband veranstaltete Pilgerfahrt ins Heilige Land beginnt am 29. Juli in Villach und endet dortselbst am 22. August. Besucht werden Triest, Alexandrien, Kairo mit Matarieh Sakkara und den Pyramiden von Gizeh, Jerusalem, Bethlehem, St. Johann im Gebirge, Bethanien, das Tote Meer, die Taufstelle am Jordan, Jericho, der Jakobsbrunnen, Nazareth, Tiberias, Bethsaida und Kapernaum am See Genezareth und Haifa mit dem Karmel. Auf der Rückreise wird den Pilgern Gelegenheit geboten werden, Beyruth, Alexandrette, Mersina, die Insel Cypern und Athen zu besuchen. Ausführliche Prospekte sind kostenlos beim Kärntner Karitasverband in Klagenfurt, Sandwirtgasse 4, erhältlich.

Soziales.

Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn.

Am Dienstag, den 18. Mai, finden an allen Dienststellen bei der Reichsbahn die Betriebsrätewahlen statt. Sie sind in diesem Jahre von besonderer Bedeutung da durch den großen Abbau, namentlich in den Bahnmeistereien und Werkstätten, auch an vielen Stellen die Betriebsräte aufgehoben oder doch ohnmächtig wurden. Für die Eisenbahnarbeiter ist es wichtig sich dieses Instrument, die Betriebsräte, wieder zu schaffen, da bekanntlich die Reichsbahn durch die Dawesgesetze besonders stark belastet ist und viele Kreise am Werke sind, diese Lasten nur auf das Personal abzuwälzen. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (christlich-nationaler Richtung) konnte bei den vorjährigen Wahlen einen besonderen Gewinn an Stimmen und Mandaten buchen, der sich auch im Kampf der Eisenbahner um Wiederherstellung ihrer Rechte günstig auswirkte.

Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner ist heute die führende Organisation, die von jeher einen geraden und klaren Weg ging. Unseren Eisenbahnern ist zu ihrem eigenen Heil nur zu empfehlen, die Listen dieser Gewerkschaft deutscher Eisenbahner zu wählen.

Kündigung des Lohntarifes in der Berliner Metallindustrie.

)(**Berlin**, 17. Mai. Wie eine Berliner Korrespondenz zu berichten weiß, hat der Verband Berliner Metallindustrieller zum 31. Mai ds. Js. den Lohntarif für die Metalltransportarbeiter gekündigt. Die Kündigung des Tarifes betrifft ungefähr 15 000 Arbeitnehmer.

Rotationsdruck und Verlag von Gebr. Lensing in Dortmund. — Verantwortlich für die Schriftleitung Fritz Schlotjunker.

Bilder-Einrahmungen sauber und preiswert
Großes Leistenlager
A. Niewerth, Epe.

Statt besonderer Anzeige.

Nach Gottes hl. Willen entschlief heute morgen 5 Uhr sanft und gottergeben unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante, die

Wwe. Wirt Herm. Heisterborg
Maria geb. Kühlmann.

Sie starb nach langer, mit musterhafter Geduld ertragener Krankheit, vorbereitet durch ein christlich-frommes Leben, gestärkt durch die Gnadenmittel unserer hl. Kirche, im 76. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme und ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene bitten:

Die trauernden Angehörigen.

Ahaus, Gronau, Recklinghausen und Münster, den 17. Mai 1926.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 20. Mai, morgens ½9 Uhr vom Krankenhause aus, wozu freundlichst eingeladen wird.

Best verzinktes 1meter breites Drahtgeflecht
Mk. 50 Meter
für nur
Mk. 10.— bei 3 Zoll Masch.
„ 14.— „ 2 „ „
frachtfrei gegen Nachnahme
Preisliste gratis
Aug. Menrath, Berg. Gladbach, (Rhld). Schützenstr. 19

Rathenower Brillen
nach ärztlicher Verordnung
kauft man
bei
Martin Roßkamp
Gronau Fernruf 347.

Eine der ältesten rhein.-westf. Mühlen beabsichtigt, am dortigen Platze zum Vertrieb ihrer Mehle ein
Konsignationslager
einzurichten und bittet Interessenten sich mit ihr in Verbindung zu setzen. Gefl. Offerten unter M. F. K. an die Geschäftsstelle dieser Zeitung in Ahaus.

Alle Schweine besonders auch kränkliche und solche mit steifen Beinen, entwickeln sich überraschend schnell, wenn Sie durch jedes Futter 1 Eßlöffel voll
echtes
Rassol
mengen. Verlangen Sie nur echtes Rassol in Originalflaschen in Apotheken od. Drogerien. Weisen Sie Nachahmungen energisch zurück.

Möbelfabrik
H. van Weyck, Alstätte
offeriert:
Herrenzimmer von 350 Mk. an
Speisezimmer „ 400 Mk. „ } Eichen
Schlafzimmer 500„ Mk. „ }
sowie alle andern Möbel äußerst billig.
H. van Weyck, Alstätte
Fernruf Nr. 20.

Spezial- Hochdruck-WasserSchläuche
½ + ¾ " wieder vorrätig.
Sämtliche Messinghähne für Garten und Straßensprengung, sowie alle Armaturen für Gas od. Wasser, in schwerer Qualitätsware, hält vorrätig und liefert
Jos. Laukamp
Ahaus.
am Markt. Tel. 56.
Installationsgeschäft für Gas-, Wasser- und elektr. Anlagen.

Zur Freilicht-Aufführung in Bentheim:
Textbücher „WILHELM TELL"
vorrätig in der
Buchhandlung Gebr. Lensing
Gronau, Bahnhofstr. 31.

Theodor Lefering Ahaus i. W.
Coesfelderstr. Fernruf 59.
Dampfbäckerei
2× täglich frische Brötchen.
Feinstes Gebäck und Zwieback, aus nur bestem Material hergestellt.
Täglich frisch: Graubrot, Casseler, Weißbrot, Bauernstuten.
Prima Schwarzbrot, geschnitten und in ganzen Broten.
Umtausch von Roggen gegen Brot.

Der Oberhof.
Die Geschichte eines westfälischen Bauernhofes von Karl Immermann
Gebr. Lensing, Gronau.

Bis 25 M. täglich nachweislich verdient. Prospekt gratis. Buka-Versand-Abt. 16 Leipzig, Schließfach 34

Bekanntmachung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen zu Heek am 19. Mai 1926, nachmittags 1 Uhr, folgende Gegenstände, als:

1 Fahrrad und etwa 6 Mille Zigarren

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Zusammenkunft der Kaufliebhaber nachmittags 1 Uhr in der Wirtschaft Schwieters (Post). Verkauf findet bestimmt statt.

Gronau, den 17. Mai 1926

Winkelmann,
Ober-Gerichtsvollzieher.

Heute, Dienstag, d. 18. 5., nachm. 3 Uhr, verkauft die Rindviehkasse Glanerbrücke im städt. Schlachthause, Gronau auf der Freibank eine

junge Kuh

das Pfd. zu 40 Pfg.

Der Schlachthausdirektor
Schröter.

Aus dem Kreise Ahaus

Ahaus, 18. Mai.

+ **Ein Meisterstück Adebars.** Wie den Lesern unserer Zeitung noch erinnerlich sein wird, ging vor einigen Tagen die Mitteilung durch die Presse, daß irgendwo in einem versteckten Dörfchen ein Kind geboren sei, daß 64 Ztm. groß und 12 Pfund schwer sei, wobei gleichzeitig bemerkt wurde, daß dieser neugebackene Erdenbürger der jüngste Rekordmann der Welt hinsichtlich seiner Körpermaße ist. Dieser Weltrekord ist aber neuerdings überholt. Die hier ansässige Familie Kleinfeld wurde dieser Tage mit einem Mädchen bedacht, das 65 Ztm. groß und 12 Pfd. schwer ist. Somit wäre Ahaus über Nacht zur Weltrekordstadt geworden — und das alles wegen einer Laune des Vaters Adebar. Brunhilde — so heißt das Prachtmädel — fühlt sich sehr wohl in dem Gedanken, daß sie eine der wenigen ist, die schon in der Wiege von sich reden machen.

Uebung der Feuerwehr. Die Freiwillige Feuerwehr hält heute abend ½8 Uhr eine Gesamtübung mit Musik ab. Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

25jähriges Stiftungsfest des Schützenvereins Ammelo. Bei denkbar schlechtem Wetter feierten die Ammeloer Schützen das ein Vierteljahrhundert alte Bestehen ihres Vereins. 6 Schützengesellschaften waren trotz kaum passierbarer Wege und strömenden Regens im Zelt zur Ueberreichung eines Fahnennagels erschienen. Beim Königsschießen errang Herr Hubert Harpert die Majestätswürde, der Frl. Agnes Ameling als Königin auf den Thron erhob. Ein ausführlicher Festbericht folgt in nächster Nummer.

△ **Hervorragende Leistung.** Bei dem am Sonntag stattgefundenen 193 Km. Fahren „Rund durch den Gau 54 Münsterland" konnte Herr H. Bienhüls aus Ahaus eine ganz vorzügliche Leistung erzielen. Er fuhr die Strecke in einer Zeit von 7 Stunden 21 Minuten und erhielt den 5. Preis. Bemerkenswert ist, daß der Betreffende erst 18 Jahre alt ist. Wie wir noch erfahren, hatte Bienhüls eigentlich den 4. Platz verdient. Es wird darüber noch endgültig entschieden werden Jedenfalls können wir mit Stolz auf diesen jungen Fahrer blicken, und wir hoffen, daß sich diesem außergewöhnlichen Erfolg bald weitere anreihen werden.

⊠ **25jähriges Dienstjubiläum.** Am 13. Mai konnte der Weichensteller Johann Effing auf ein 25jähriges Dienstjubiläum bei der Reichseisenbahn zurückblicken. Wir gratulieren.

Konzert in Alstätte. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß zu dem Konzert in Alstätte am Mittwoch, den 19. Mai, Fahrgelegenheit von hier aus geschaffen ist. Die Polyhymnia fährt gegen 6,15 Uhr nachmittags vom Marktplatz ab. Ein zweiter geschlossener Wagen ist für alle diejenigen bereit gestellt, die sich für die Fahrt bereits gemeldet haben. Es sind jedoch noch ca. 15. bis 20 Plätze frei und diejenigen, welche sich das Konzert in Alstätte anhören wollen, können sich bei den Mitgliedern der Polyhymnia anmelden. Der Fahrpreis hin und zurück beträgt 1,50 *M*, der Eintrittspreis zum Konzert 1.— *M*. Das Konzert beginnt um 8 Uhr und ist gegen 11 Uhr beendet.

×

)(**Legden,** 18. Mai. **Vom Kriegerverein.** Der Kriegerverein hatte seine Mitglieder am Sonntag nach dem Hochamt zu einer Generalversammlung im Hotel Lanfer eingeladen. Zunächst fand die Wahl für die ausscheidenden Vorstandsmitglieder statt. Sämtliche Kameraden wurden wiedergewählt, zum Schriftführer wählte man den Kameraden Gerhard Bückers. Als 2. lag der Antrag vor, endgültig darüber zu beschließen, ob bei Beerdigungen die Fahne mit zur Kirche genommen werden soll. Nach einer längeren Aussprache beschloß man die Fahne nicht mit zur Kirche zunehmen. Ueber die Anlage einer Pumpe am Schießstand auf der Steinkuhle wurde ein endgültiger Beschluß bis zur nächsten Versammlung vertagt. Dann sprach man noch über die Bedienung der Deckung im Schießstande bei Uebungsschießen. Man einigte sich darin, daß die betr. Kameraden öfter (1 oder 2 stündlich) abzulösen seien.

⊠ **Wüllen,** 18. Mai. **Pächter- und Kleinbauernbund.** Am Sonntag, dem 16. Mai, tagte im Gasthof zur Post eine stark besuchte Versammlung der Ortsgruppe des Westfälischen Pächter- und Kleinbauernbundes. Geschäftsführer Küpper behandelte in seinem Vortrage die wichtigsten Forderungen und Aufgaben der Organisation, vornehmlich Steuer- und Pachtfragen. Er erklärte, wie gerade die heutige Steuervielheit und das Steuersystem für die Landwirtschaft allgemein störend und belastend, für die Klein- und Mittelbetriebe geradezu ungerecht sich auswirke. Die Feststellung, daß Pachtpreise seitens der Steuerbehörden als Anhaltspunkte für die Wertermittelung der Grundstücke herangezogen werden, war von besonderem Interesse. Es haben demgemäß nicht nur die Pächter, sondern auch die Kötter und Ackerbürger (Eigentümer) Vorteil von mäßigen Pachtpreisen. Wer also will, daß der landverarbeitenden Bevölkerung Gerechtigkeit widerfahre der werde Mitglied des Westfälischen Pächter- und Kleinbauernbundes. Es handelt sich um eine ganz einwandfreie, politisch neutrale Organisation. Kein Geringerer, als der hochangesehene Reichsminister Dr. Brauns (kath. Geistlicher) hat die Tätigkeit unserer Organisation lobend anerkannt und erklärt, daß wir eine vorhandene Lücke in der landwirtschaftlichen Organisation ausfüllen. In der sehr lebhaften Aussprache wurden die Ausführungen gut geheißen, auch gewünschte Aufklärungen gegeben. Eine große Anzahl neuer Mitglieder erklärten ihren Beitritt. — Am Pfingstdienstag, den 25. Mai, soll im gleichen Lokale ein außerordentlicher Sprechtag abgehalten werden, und zwar ununterbrochen von 9 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags. Es wird Auskunft erteilt in allen Steuer- und Pachtangelegenheiten, sowie sonstigen Rechtssachen. Unterlagen sind mitzubringen.

=:= **Epe,** 18. Mai. **Stiftungsfest des Brieftaubenvereins „Eilbote" Epe.** Am Sonntag feierte der Brieftaubenverein „Eilbote" Epe sein 6. Stiftungsfest. Der Brieftaubenverein, der sich in der letzten Zeit sehr gut entwickelt hat, verfügt schon über eine ansehnliche Zahl von Mitgliedern. Die Stiftungsfeier fand im Nackeschen Saale statt. Der Wettflug der Brieftauben von Lehrte aus, ca. 200 klm Luftlinie, fiel aus, da wegen des schlechten Wetters die Brieftauben nicht fliegen konnten. Der Flug findet aber voraussichtlich am Dienstag statt. Das Stiftungsfest verlief in der gemütlichsten Weise.

★

Konzert des Männergesangvereins Breden!

Das längst angekündigte und so sehnlichst erwartete Konzert des Bredener Männergesangvereins wurde vor einiger Zeit endlich zur Tat. Schon im Vorjahre ist dasselbe als ein Rheinischer Abend vorgesehen. Nun ist aus dem Preis des Rheinstromes mit diesem Konzert ein „Lob der Wolga" geworden. Ein Männerchorkonzert, wie es uns in dem künstlerisch wohlgeschlossenen Rahmen geboten wurde, ging weit über die Ziele der üblichen Männerchorveranstaltungen hinaus. Mit einem schwungvollen Sängergruß von Wildt, der allerdings an einigen Ungenauigkeiten und rhythmischen Schwankungen litt. Augenscheinlich sollte im ersten Teil das Essener Harfentenzett hauptsächlich das Wort erhalten. Sofort griff eine feierliche Stille und spannungsvolle Stimmung Platz, als das gefeierte Ensemble des Herrn Neukirchner (Flöte) und Suppantschitsch (Harfe) das Podium btrat. Herr Neukirchner ist uns kein Unbekannter mehr. Die vollendete Tonschönheit und feinfühlende Musikalität seines Flötenspiels scheinen in den Jahren, da wir ihn nicht mehr hörten, sich bedeutend vertieft zu haben. Wenn der Flöte von Natur aus schon eine gewisse spitzige Sprödigkeit eigen ist, so ist es um so mehr zu bewundern, wie Herr Neukirchner immer wieder bemüht ist, diese Erscheinung sorgfältig zu unterdrücken und dem Tone seines Instrumentes eine solche wohltuende Gefühlswärme zu geben. An Stelle des erkrankten Herrn Huber lernten wir gestern Herrn R. Suppantschitsch an der Harfe kennen. Sicherlich stand die Kunst dieses Künstlers gegen die des früheren nicht zurück, ja manchmal kam mir das Gefühl, daß das Spiel ungleich gefühlswahrer, schwungvoller und brillanter war als des Hubers. 2 Sätze der Es-dur Sonate von Spohr in der Umbesetzung der Violinstimme durch die Flöte kamen außer dem berühmten Mittelsatze des Mozartschen Harfenkonzertes zum Vortrage. Die Wiedergabe war in allen Teilen musterhaft und formvollendet. Am meisten sagte mir der Satz von Mozart zu.

Zur Begleitung der Harfe sang dann Helscha Ingnaschak zunächst Lieder von Schubert und Schumann, denen sie außer Programm die etwas vielgesungene „Liebesfeier" von Weingartners folgen ließ. Der ursprünglich für Klavier geschriebene Begleitpart wurde von Herrn S. dezent und geschmackvoll sich anpassend auf der Harfe wiedergegeben. Man kann und darf diesen Uebertragungen sonst nur mit der größten Zurückhaltung gegenübertreten. Hier aber, wo der Klaviersatz harfenartigen Charakter selbst trägt, ist man geneigt, ihr im allgemeinen zuzustimmen, möchte aber dennoch lieber Originalkompositionen für jene Klangkombination hören. H. J.

Freilichtaufführung von Schillers Wilhelm Tell in Bentheim.

):(**Gronau,** 17. Mai.

Am Himmelfahrtstage wurde die diesjährige Spielzeit der Bentheimer Freilichtbühne in großem Stile eröffnet. Des Morgens schon herrschte in dem kleinen Burgstädtchen reges Leben auf allen Straßen und Gäßchen.

Zahlreich waren die geladenen Gäste erschienen, Vertreter der Regierung, der Universität und Volksschule, der Kunst und Wissenschaft und der Presse. Sie wurden von dem Vorsitzenden des Vereins für Vaterländische Freilichtspiele, Herrn Rektor Everink, bei dem im Hotel „Kaiserhof" stattfindenden Festmahl herzlichst begrüßt. Der Vorsitzende dankte vor allem dem Herrn Landrat Böninger, dem Herrn Regierungs- und Schulrat Stahlmann, dem Herrn Bürgermeister und Herrn Universitätsprofessor Schwering für ihr Erscheinen und begrüßte insbesondere auch die Vertreter der Lehrerschaft und der Presse, und die holländischen Gäste bewillkommnete er in deren Muttersprache. Herr Regierungsrat Stahlmann gab in einer von hohem patriotischen Geist getragenen Rede für die Spielzeit den Wahlspruch aus: Wer glaubt, der siegt!

Auch die folgenden Redner, Herr Landrat Böninger, Herr Kip-Neuenhaus und Herr Bruggemann-Oldenzaal betonten den nationalen und volksbildenden Wert der Heimatspiele und wünschten dem Verein für Vaterländische Freilichtspiele Bentheim vollen Erfolg.

Im Laufe der Sitzung nahm dann noch Herr Universitätsprofessor Schwering das Wort, der das Ideal einer jeden Bühne in einem wahren Nationaltheater, in einer echten Volksgemeinschaft erblickte. Die mittelalterliche Bühne habe stets in diesem Sinne gewirkt. Diese Tendenz sei aber infolge der Renaissance und des Humanismus verloren gegangen, und der Traum unserer großen Dichter, eines Lessing und eines Schiller, die das Volkstheater ersehnten, sei leider noch nicht in Erfüllung gegangen.

Wir aber mögen uns das Wort Achim von Arnims zur Pflicht machen: Wir wollen allen alles wiedergeben. Diese Pflicht zu erfüllen, seien die Freilichtspiele berufen, denn kaum sei etwas geeigneter als sie, das Volk an seiner Vergangenheit und seiner Heimat Anteil nehmen zu lassen.

Herr Oberspielleiter Hans Pester-Osnabrück gab dann noch die Gesichtspunkte an, von denen er sich bei der Einstudierung habe leiten lassen und begründete einige Aenderungen und Umstellungen im Text.

Die Aufführung.

Hatte man gefürchtet, daß Jupiter Pluvius sich bei den Spielen einfinden würde, so sah man sich hierein angenehm getäuscht. Es war vielmehr für die Besucher eine Belohnung, daß der Himmel teilweise bedrohlich aussah, denn das Spiel der Sonnenstrahlen, die von Zeit zu Zeit die Wolken durchbrachen, schuf Lichteffekte und Farben, wie sie eine mit allen Mitteln ausgestattete moderne Theaterbühne oder gar der Pinsel des Malers nicht besser hervorzaubern kann. In dem wildzerklüfteten Felsental steht auf schroffem Stein, am Ufer des Wassers, das Schweizerhaus, bewegen sich die bunten Trachten, erschallt das Jagdhorn und drüber dem kreuzgekrönten zackigen Fels lacht jetzt der blaue, droht bald der dunkelgraue Himmel: Man war in der Alpenwelt.

Da taucht auch schon der erste Aelpler auf, ein Fischer kommt, ein Jäger und ein Hirt finden sich ein, Baumgarten stürzt in wilder Hast herbei und da ist schon der Tell, sie alle lebenswahr, ursprünglich in Wort, Ton, Gebärde.

Dann wendet sich der Blick dem Schweizerhause zu: Da wohnt Stauffacher, ein besonnener, fester Mann; ebenso klar und rein, wie seine Stimme spricht, sind die Gedanken „in der stillen Brust". Der Plan seiner Frau Gertrud läßt seine Stimme zittern und erheben. Das war echt!

Da bewegt sich durch die Zuschauer — ein häßliches Wort, waren doch Spieler und Zuschauer eins geworden — ein bunter Zug, voran ein Hut auf hoher Stange. Was soll damit? Wir ihn grüßen? Zum Lachen!

Nun lernen wir sie alle persönlich kennen, die auf ihre Freiheit stolzen Männer, Walter Fürst und Melchtal, diesen ungestümen, wackeren Jüngling. Soll man nicht mit ihm weinen über das grausame Schicksal des geblendeten Vaters, wenn er aufstöhnt: Niemals! Niemals wieder! und dann wie gebrochen niedersinkt und still in sich hineinschluchzt?

Der ehrwürdige Attinghausen und der stolze Rudenz stehen den andern nicht nach.

Dort oben am Felsgrat am Kreuze regt es sich, dort ist das Rütli. Da sind Melchtal, Baumgarten, Stauffacher, Walter Fürst und all die andern aus Uri, Schwyz und Unterwalden, alle eines Stammes, eines Bluts, in seltener Einmütigkeit. Selbst Rösselmann rät nicht zum Anschluß an Osterreich. Es ist beschlossen und beschworen: Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!

Steigen wir wieder hinab ins Tal und wenden wir uns jener stillen friedlichen Hütte zu mit den blumengeschmückten Fenstern, wo eine Mutter mit den spielenden Kindern weilt. Da ist auch der Vater und hämmert am Gartenzaun: Tell mit den Seinen. Er nimmt Abschied, doch der kleine Walter geht mit. Die Rudenz-Berthaszene in der eingeschlossenen wilden Waldgegend ist ein Höhepunkt. In der Brust dieses Ritterfräuleins schlägt ein Herz voller Liebe zum Schweizervolk. Bei allem Adel in Haltung und Ton ist sie impulsiv, temperamentvoll, jugendlich-lebhaft und von wahrer Liebe zu Rudenz entflammt. Man muß sie achten und lieben.

Den tiefsten Eindruck rief die Geßlerszene hervor. Wohl selten haben sich je Spieler so in ihre Rolle hineingelebt, wie es sich in dieser Szene offenbarte. Geßler ist unerbittlich, steinhart, unveränderlich, bewundernswert. Tell konnte nicht menschlicher sein.

Das Schicksal drängt nach vorwärts und erfüllt sich bald in der hohlen Gasse. Da wirft sich Armgart dem Landvogt in den Weg: Ist das Weib rasend? Sie ist entschlossen, sich von den Rossen zertreten zu lassen. So offenbart sich nur höchste Verzweiflung. Mit Tells Schuß ist das Werk der Befreiung vollbracht. Was sollen da noch die Szenen in des Dichters fünftem Aufzug? Die Kunde von dem Tode Geßlers wird schnell bekannt und alle strömen herbei, um Tell zu danken mit dem Rufe: Es lebe Tell! der Schütz und der Erretter!

Wir haben dies Werk der Befreiung miterlebt. Wem ist dieses Erlebnis zu danken? Den Spielern, die ihre Rolle meisterhaft erfaßten und vor allem der Spielleitung, denn Pesters Regie war so geschickt, daß man den Eindruck hattte, als sei alles lebenswahr und darum überhaupt keine über dem Spiel stehende Leitung da. Diese Wirkung der Unmittelbarkeit, zeigte sich nicht nur in den Einzelszenen, sondern auch dort, wo die Volksmassen in Bewegung gesetzt wurden, in der geradezu raffinierten Ausnutzung des Spielfeldes, in der Pflege des gesprochenen Wortes — war doch trotz des herrschenden Gegenwindes das leiseste Wort ohne Anstrengung vernehmbar; selbst in der allerdings etwas hoch gelegten Rütliszene, für die es aber keinen geeigneteren Punkt gibt, wurde das Ohr nicht überanstrengt.

Pesters Regie zeigte sich aber vor allem auch in seiner Bearbeitung des Schillerschen Dramas.

Folgende Gesichtspunkte waren für ihn maßgebend: Buch und Bühne sind zweierlei. Wie das Drama eine Abkürzung des Lebens und Zusammendrängung der Zeitereignisse ist, so ist auch die Darstellung häufig eine Abkürzung der geschriebenen Dichtung. Dazu kommt noch, daß die Bentheimer Freilichtbühne besondere Anforderungen stellt.

Was dem Spielleiter an dem Schillerschen Tell mißfallen mag, ist wohl der Umstand, daß unser Drama nicht so einheitlich geschlossen ist, wie die übrigen Stücke Schillers: Tell steht abseits von seinen Volksgenossen, ist auch nicht bei dem Rütlibunde, ja als er gefangen ist, bleiben die Verschworenen bei ihrem Beschluß, das Christfest abzuwarten. Schiller stellte ihn mit Absicht auf sich selbst: „Der Starke ist am mächtigsten allein."

Neben dem Titelhelden und seinem Schicksal steht nun das Befreiungswerk des Schweizervolkes, neben dem Einzelschicksal steht das des gesamten Volkes, das in der Rütliszene den dramatischen Höhepunkt erreicht.

Je nachdem man nun die eine oder die andere Handlung mehr oder weniger betont, desto schärfer muß der Zwiespalt zwischen der Tellhandlung und der allgemeinen Volkserhebung hervortreten. Dies hätte nur dadurch vermieden werden können, daß man nach der Gefangennahme Tells sich entschlossen zusammengetan und die Wartezeit bis zum Christfest umgestoßen hätte. Die Unmöglichkeit eines weiteren Hinausschiebens der allgemeinen Befreiungstat sah der Dichter ein und ließ darum die Bertha-Rudenzhandlung eingreifen. Stauffacher und die andern, die eben noch kleinlaut erwiderten: „Das Christfest abzuwarten, schwuren wir", werden durch die Besorgnis um die geraubte Bertha zum Handeln getrieben. Ist es auch seltsam, daß man durch die grausame Entführung Tells, dem man doch sicherlich mehr zugetan war, nicht schon zur entschlossenen Tat bereit war, so kann man sich doch denken, daß erst die Häufung des Unrechts und der Tyrannei der sonst ruhig in seinen Bergen wohnenden Schweizer zur Empörung treibt.

Will man nun dieses Motiv aus der Kette entfernen, wie es Pester tut, — seine Bearbeitung sagt nichts von dem Raube Berthas — so klingt der plötzliche Umfall der Schweizer, Melchtal vielleicht ausgenommen, sehr unwahrscheinlich. Vielleicht läßt sich der Gegensatz dadurch mildern, daß man Stauffachers Bedenken ausmerzt und Rudenz nach den Worten „Der Tell ward schon ein Opfer seines Säumens" fortfahren läßt: „Des Landes Vätern zähl ich mich jetzt bei. Und meine erste Pflicht ist, euch zu schützen."

Jedenfalls gewinnt in der Bearbeitung die Gestalt Rudenz dadurch, daß er nicht aus persönlichen Gründen, sondern aus Sorge um die Schweiz zum Handeln drängt.

Im übrigen ist für Pester nicht die Befreiung der Schweiz, sondern der Mensch Tell Leibidee gewesen. Er sieht in Wilhelm Tell das beleidigte Menschtum. Darum sind von den Massenszenen einige geschwunden, z. B. Bau der Festung Zwing-Uri und deren Niederreißen durch die Volksmenge.

Es ist ja Geschmacksache, ob man Massenszenen oder die Pflege des Wortes und des Einzelspiels als Charakteristikum der Freilichtbühne ansehen will. Jedenfalls ist es bei den hervorragenden akustischen Verhältnissen der Bentheimer Freilichtbühne gegeben, daß man beiden gerecht wird, und das hat den Vorteil, daß die Handlung als solche nicht durch die gehäufte Wucht der Massenszenen erdrückt wird.

Auch Umlegungen von Szenen und Kürzungen wurden, wohl zum Vorteil der Wirkung, vorgenommen, und so wurde ein Werk geschaffen, das mit seiner gedrängten Kürze, seiner Einheitlichkeit und Lebenswahrheit den Zuschauer in seinen Bann nimmt.

Spielern, Spielleitung und dem Verein für Vaterländische Freilichtspiele gebührt zur Erstaufführung des Wilhelm Tell vollstes Lob und höchste Anerkennung.

Dr. T.



Kunst hat seit ihrem letztem Auftreten hier gewonnen. Kleine klangstörende Trockenheiten der Tongebung in der mittleren Lage werden noch ausgeglichen werden müssen. Reizend und überaus ansprechend war die Bearbeitung des Mendelsohnschen Frühlingsliedes, wenn auch hier der zu improvisiert scheinende Flötenpart etwas störend dazwischen trat. Der Chor schloß den ersten Teil mit einem prächtig klingenden Frühlingsgruß des Rheins ab, der trefflich in die Stimmung hineinpaßte. Die Tenöre mußten große Anforderungen bewältigen, denen sie im allgemeinen gut gewachsen waren. Wenn man auch bei dem Gesamtklang den Schmelz und die weiche Lieblichkeit der rheinischen Kehle vermißte, so wurde uns doch dieses Lied ein herzlicher Genuß.

Den 2. Teil des Abends nahm der Liederzyklus „An der Wolga" ein. Mit der Wiedergabe desselben hat der Chor gezeigt, daß er auch größeren und großen Anforderungen allmählich gewachsen ist. Hier gaben die Sänger wirklich ihr Bestes her. Wenn ich einige Gesänge erwähnen möchte wegen ihrer besonders schönen und ausdrucksvollen Interpretation, so ist das der „Vespergesang", die „Verlassene" und der mit machtvoller Bravour vorgetragene Schlußgesang: „Lob der Wolga", der stürmisch zu wiederholen begehrt wurde. Es war keine leichte Arbeit, die vielen Schwierigkeiten, die sich hier oft genug boten, zu bewältigen. Der Chor ist dank seiner unermüdlichen Arbeitsfreudigkeit Herr geworden, aber zuletzt nicht dank der umsichtigen und sicheren Stabführung seines Chormeisters, des Herrn Bürgermeisters Gorissen. Möge seine große Arbeit, die er hier mit seinem Chore leistet, noch weiterhin in dem Maße mitwirken an der musikalischen Erziehung unserer Gemeinde. Was mir sehr an dem Chor gefiel, waren die voll und wohlig klingenden Bässe, die gute Fülle in der unteren Chorlage und die sichere, prächtige Führung aller Stimmen. Lobenswert ist die gute Aussprache, die basierte auf einer reinen Vokalisierung und scharf artikulierter Sprechweise der Konsonaten. Was ich des Bessermachens wegen auch hier erwähnen muß, ist ein Anstreben einer runderen Tongebung bei den hohen Tenören, und das Vermeiden jeglichen Pressens, wodurch die reine Intonation nur allzuleicht gefährdet wird. Im ff war der Chorklang durchaus nicht frei von unangenehmen Härten, die durch reichliches Ueben der Kopfresonanz jedoch bald verschwinden werden. Ein engerer Zusammenschluß im Interesse eines räumlich besser geschlossenen Chorklanges wäre ebenfalls zu empfehlen.

Herr Erich Jansen, Stadtlohn, sprach den verbindenden Text klar und mit seiner Abwägung des Klangbildes. Die beiden Lieder von Dvorak und der Gesang aus Korngolds „Toter Stadt" boten den gleichen günstigen Eindruck für Frl. Ingnaschak wie die Gesänge des ersten Teiles. Eine gewisse Blutleere und musikalische Nüchternheit atmete uns jedoch aus diesen Kompositionen entgegen.

Am prächtigen Steinway-Flügel der Firma Hilger-Essen wirkte mit bekannter Gewandtheit und Feinheit Herr Wiegand. Sein plastisches Spiel trat besonders bei den Liedern für Sopran hervor.

An das gute Gelingen dieses Konzerts dürfen wir zuversichtlich die frohe Hoffnung für die musikalische Fortentwicklung unserer Heimatstadt knüpfen.

Die Portogebühren für Pfingstgrüße

Ohne Umschlag versandte gedruckte Pfingstkarten, die den Bestimmungen für Postkarten entsprechen müssen, kosten im Ortsbereich des Aufgabeortes, auch wenn sie mit beliebigen handschriftlichen Zusätzen versehen sind, 3 ₰. Sollen sie im Fernverkehr gegen die Gebühr für Volldrucksachen (3 ₰) befördert werden, so dürfen außer den sogenannten Absenderangaben (Absendungstag, Name, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders usw.) noch weitere fünf Worte, die aber mit dem gedruckten Wortlaut in leicht erkennbarem sachlichen Zusammenhang stehen müssen, handschriftlich hinzugefügt werden.

Die im offenen Umschlag versandten Pfingstkarten kosten sowohl im Ortsbereich des Aufgabeorts wie nach außerhalb nur dann 3 ₰, wenn auf der Karte außer den Absendeangaben (siehe oben) nichts weiter geschrieben ist. Ist jedoch ein vorhandener Wortaufdruck, wie „Beste Pfingstgrüße" und dergl., handschriftlich durch gestattete Nachtragungen bis zu fünf Worten — z. B. durch den Zusatz „sendet mit herzlichen Wünschen Ihre" — ergänzt, so ist die Gebühr für Teildrucksachen, also 5 ₰, zu entrichten. Weitere Nachtragungen bedingen die Briefgebühr (im Ortsverkehr 5 ₰, nach außerhalb 10 ₰).

Auf Karten, die lediglich ein gedrucktes Bild, aber keinen Aufdruck von Worten tragen, dürfen handschriftlich nur die Absenderangaben hinzugefügt werden. Andernfalls unterliegt die Sendung bei Versendung als offene Karte der Postkartengebühr, bei Versendung unter Umschlag der Briefgebühr.

Sammlung des Reichsrechts.

× **Berlin,** 16. Mai. Das Reichsministerium des Innern bereitet ein Gesetz vor, durch das die Reichsregierung ermächtigt werden soll, sämtliche im „Bundesgesetzblatt" und im „Reichsgesetzblatt" bis zu einem von der Reichsregierung zu bezeichnenden Stichtag veröffentlichten Rechtsvorschriften unter der Bezeichnung „Sammlung des Reichsrechts" neu zu veröffentlichen. Es handelt sich um eine Zusammenstellung des geltenden Reichsrechts in übersichtlicher Form unter Ausschaltung aller veralteten Vorschriften. Als Beginn des Zeitraums, den die Neuveröffentlichung erfaßt, ist das Jahr 1867 gewählt. Alle in die Sammlung nicht aufgenommenen, bis zum Stichtag veröffentlichten Vorschriften sollen als außer Kraft gesetzt gelten. Die Sammlung soll in Sonderbänden des „Reichsgesetzblattes" veröffentlicht werden. Die Sichtung, die sich auf 58 Jahrgänge erstreckte, hat, wie verlautet, ergeben, daß von den im „Reichsgesetzblatt" und im „Bundesgesetzblatt" enthaltenen rund 11 000 Veröffentlichungen über 7000 als jetzt gegenstandslos bezeichnet werden können.

Allemal: „Rahma-buttergleich!"
MARGARINE

Sozialpolitik und Standesfragen

Der Geist ist es, der lebendig macht!

Wir haben uns daran gewöhnt, den Fortschritt von Reformen nur an äußerlichen Einrichtungen abzulesen. Das ist eine oberflächliche und gefährliche Betrachtung. Auch in der sozialpolitischen Höherentwicklung. Nicht als ob die gesetzliche Festlegung zweckloser Ballast wäre. Sie ist selbstverständliche Notwendigkeit, aber nicht die Reform als solche. Sollte Schlußstein allseitiger innerer Bejahung sein, Ausdruck gesinnungsmäßiger Einstellung, praktischer Niederschlag des Willens aller Beteiligten. Dadurch erst wird die Form zum gestaltenden Faktor gemeinschaftszugewandten Lebens, fruchtbarer Wechselstrom, der die verschieden gelagerten Interessen ineinanderfließen läßt.

Man kann eine differierende Gesellschaft in eine einheitliche Uniform pressen. Dadurch allein bringt man sie nicht zusammen. Die einzelnen Menschen sind die gleichen geblieben, da man sie durch Zwang von heute auf morgen nicht umkrempeln kann. Gemeinschaftsgesinnung muß eben in reifender Erkenntnis langsam wachen. Und im letzten Grunde ist brüderlicher Geist nicht verstandesmäßige Ueberlegung, sondern aus dem Herzen kommende Ueberzeugung gemeinsamer Schicksalsverbundenheit. Das ist das Entscheidende, ist wesentlichste Voraussetzung. Demgegenüber ist die Form von untergeordneter Bedeutung. Sehr wohl vermag eine absolute Monarchie bei entsprechender Einstellung des Herrschers und seiner Ratgeber demokratischer und sozialer sein, als eine republikanische Demokratie, wenn dort die maßgebende herrschende Gruppe ihre Macht zur Durchsetzung eigennütziger Interessen mißbraucht.

Die notwendige Vorrangstellung gesinnungsmäßiger Einstellung hat Bernhard Otte in seinem auf dem Dortmunder Kongreß der christlichen Gewerkschaften gehaltenen Vortrage über: „Die deutsche Sozialpolitik in Vergangenheit und Zukunft" treffend gezeichnet. Er stellt zunächst die nicht wegzuleugnende Tatsache fest, daß, rein äußerlich gesehen, gegenüber früher ein großer sozialpolitischer Fortschritt vorhanden sei. „Früher gab es für die Arbeiter keine Gleichberechtigung in Staat, Gesellschaft, Betrieb und Wirtschaft. Heute ist diese äußere Gleichberechtigung, wenn auch noch nicht ganz, so doch zum großen Teile errungen. Früher hatten wir in einer Reihe von Einzelstaaten und in den Gemeinden das Dreiklassenwahlrecht; die Aufstiegsmöglichkeiten in Verwaltung, Wissenschaft usw. waren gesetzgeberisch dem Besitz vielfach geradezu auf den Leib geschnitten. In den Betrieben war von Mitbestimmungsrecht keine Rede, keine Betriebsräte, Tarifverträge nur in wenigen handwerksmäßigen Betrieben. In der Schwerindustrie herrschte fast überall der Herr-im-Hause-Standpunkt." Ein staatliches Schlichtungswesen existierte nicht, von Verbindlichkeitserklärungen auf Grund staatlicher Hoheitsrechte war erst recht keine Rede. Früher bestand die Erwerbslosenfürsorge über das Maß der Hilfe, welches die Berufsorganisationen leisteten, hinaus nur in der entrechtenden und entehrenden Armenunterstützung."

„Aber trotz dieser Errungenschaften", fährt Otte fort, „kann heute von einer Gleichachtung der Arbeiterschaft keine Rede sein. Die Gleichachtung kann in der Hauptsache nur auf dem Boden einer Gemeinschafts- und Sozialgesinnung erwachsen, die heute leider nicht vorhanden ist. Der Kampf in der Presse und auf Tagungen geht immer wieder von einer inneren Auffassung aus, die überwiegend in der Arbeiterschaft die rechtlose Masse sieht, das Mittel, das um den materiellen Aufstieg weniger Besitzender arbeiten muß. Die Sozialpolitik der Zukunft muß von anderem Inhalt erfüllt sein, als die der Vergangenheit."

In der Tat würde die Verwirklichung der eben gezeichneten Gesinnung den Arbeiter wieder zum rechtlosen Objekt herumtersinken lassen. Schon daraus geht hervor, daß bei aller Betonung der Priorität gesinnungsmäßiger Einstellung gesetzliche Einrichtungen und Bestimmungen nicht entbehrt werden können. Das verlangt der Schutz der werteschaffenden Arbeit, die Sorge um das Gesamtwohl. Sonst würde die Macht derer, die die Wirtschaft in der Hand haben, ihr augenblickliches Zweckinteresse über das Recht der Persönlichkeit stellen, da eine Gesinnungsumstellung in absehbarer Zeit leider nicht zu erwarten ist. Mag sein, daß bei völligem Fehlen gesetzlicher Maßnahmen der eine oder andere sozial denkende Arbeitgeber dem Arbeitnehmer geben will was des Arbeitnehmers ist. Gegenüber der Falschorientierung des größten Teiles seiner Kollegen wird er sich nicht durchzusetzen vermögen. Der äußere Rahmen, innerhalb dessen sich die Wirtschaft betätigen kann, gibt der Masseneinstellung gewollt oder ungewollt eine bestimmte Zielrichtung, und es ist nicht abzuleugnen, daß auf lange Sicht gesehen die Form die Gesinnung stark beeinflußt. Dabei bleibt das im ersten Abschnitt Gesagte im vollen Umfange bestehen. Zur wirklichen und dauernden Befriedigung unseres Wirtschaftslebens kommt es im wesentlichen auf den Geist an, der es bestimmt und trägt. An der Tieferführung der wahren sozialpolitischen Gesinnungsgrundlage zu arbeiten, fühlt sich die christliche Gewerkschaftsbewegung vor allem verpflichtet. „Ihre christliche Ideenwelt ist," sagt Otte, „die selbstverständliche Quelle einer Sozialpolitik, die dem Menschen gerecht wird. Sie baut auf den Glauben an die aus der christlichen Weltanschauung sich ergebende christliche Menschenwürde, die für jeden Menschen die Freiheit der körperlichen und geistigen Kraftentfaltung und damit zu allererst Schutz vor körperlicher Kraftausnutzung fordert."

Jugend und Gewerkschaft.

Die erwerbstätige Jugend ist aufgeschlossener für die Ideen der christlichen Gewerkschaftsbewegung, als man gemeinhin annimmt. Vielfach beurteilt die ältere Generation unsere heutige aktiv auftretende Jugend nur nach den Irrungen der sogenannten autonomen Jugendbewegung. Darum sieht sie nicht die positiv aufbauenden Werte in ihr, die nach Gestaltung ringen. Sicherlich ist die Jugend selbstbewußter und stolzer als die vergangener Generationen. Aber man vergesse nicht, daß sie frühreif wurde durch die Verhältnisse. Dafür ist sie auf der andern Seite auch opferbereiter und der Gemeinschaft zugeneigter. Und weil ihre Gedankengänge parallel laufen mit den Idealen der christlichen Gewerkschaftsbewegung, beobachten wir eine starke Regung in den Jugendgruppen der christlichen Gewerkschaften.

Auf dem Dortmunder Kongreß trat das Wollen der christlichen Gewerkschaftsjugend wirkungsvoll in die Erscheinung. Der Jugendausschuß trat während des Kongresses zu einer besonderen Tagung zusammen. Hier wurden die in der letzten Zeit hier und da aufgetretenen falschen Strömungen in der konfessionellen Jugendbewegung eingehend besprochen und festgestellt, daß diese Verirrungen in dem gesunden Sinn der organisierten christlichen Arbeiterjugend keinen Platz hätten. Die anwesenden Verbandsvertreter versprachen, sich stärker als bisher der Jugend, insbesondere ihrer Erziehung zur Gesinnungseinstellung, anzunehmen und dieser wertvollsten Arbeit mehr Zeit und Kräfte zu widmen.

Die erwerbstätige Jugend zu tüchtigen Berufsmenschen heranzubilden, sie organisch in Gewerkschaft, Volk und Staat hineinwachsen zu lassen, wurde als vordringlichste Aufgabe betrachtet. Die als notwendig erkannte Weggenossenschaft mit den konfessionellen Jugendvereinen müsse an allen Orten zu einer lebendigen und fruchtbaren Zusammenarbeit gestaltet werden. Eine besondere Liebe und Sorge sei der erwerbslosen Jugend zu widmen. Gelänge es nicht, diese jungen Menschen mit ihrem harten Los auszusöhnen, sie in der Zeit der Erwerbslosigkeit in ihrem Beruf weiterzubilden, gingen wertvollste Kräfte für unser Volkstum verloren.

Die Arbeit sei den körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Jugend anzupassen. Ein zusammenhängender, bezahlter Urlaub im Sinne der Forderungen des Ausschusses deutscher Jugendverbände müsse angestrebt werden. Jugendschutz und Berufsausbildung seien wirksam zu fördern. Insbesondere sei von der Reichsregierung zu fordern, das längst notwendige Berufsausbildungsgesetz nun endlich zu verabschieden.

Am Gesamtverband soll ein besonderer Arbeitsausschuß für Berufsbildung geschaffen werden. Die gewerkschaftliche Jugendliteratur soll ausgebaut und die „Jugendführerkorrespondenz" wieder herausgebracht werden.

Die Jugendtagung war ein Ausdruck des lebendigen Zukunftswollens der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Der Kongreß selbst nahm eine Entschließung zur Jugendfrage an, in der die auf der Tagung geäußerten Wünsche Aufnahme fanden.

Die Stimme der Vernunft.

Die sozialen Spannungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern könnten sehr wohl gemildert werden, wenn die zweifelsohne verhandenen einsichtigen Unternehmer den Mut aufbrächten, den antisozialen Strömungen ihrer Kollegen entgegenzutreten. Ab und zu bricht die vernünftige Auffassung einmal durch. So macht der „Holzmarkt", das Fachorgan der Holzindustrie und des Holzhandels, einige durchaus zutreffende Feststellungen: „Der Massenabbau und der bekannte Revers betreffs Lohn- und Gehaltsherabsetzung, dessen Nichtanerkennung zur Entlassung führt, sind nicht immer wirtschaftliche Notwendigkeiten, sondern sehr oft nur große Modesache. Wir sehen neben der normalen Abbauentwicklung, besonders in den Großunternehmungen, eine Art des Abbaus, die nicht mit Unrecht den Unwillen der Oeffentlichkeit auf sich lenkt. Hier wird der Abbau nicht immer, aber oft rücksichtslos und bedenkenlos durchgeführt. Hier setzt man die Leute gleich hundertweise auf die Straße, dort zwingt man sie zur Anerkennung einer Einkommensreduktion mit der Ankündigung sofortiger Entlassung."

Der „Holzmarkt" führt ein konkretes Beispiel an, wonach die Aktionäre einer Gesellschaft dividendenlos bleiben, weil die viel zu hohen Direktionsgehälter die sonst ohne weiteres mögliche Dividende von 8 v. H. aufgezehrt hätten. „Aber es ist für die Arbeitnehmer ein sehr fauler Trost, daß außer ihnen auch die Aktionäre benachteiligt werden. Der deutsche Arbeitgeber wird sich darauf einstellen müssen, daß die Arbeitnehmer auf dem Plan sind, bereit, um ihr Lebensrecht zu kämpfen."

Eine Schwalbe bringt zwar noch keinen Sommer, aber der, welcher ernstlich nach der Volksgemeinschaft Ausschau hält, freut sich über jede Stimme, die auf die soziale Befriedigung hinzielt.

Zum englischen Bergarbeiterstreik.

Der in England ausgebrochene Riesenkampf wird von der Oeffentlichkeit teilweise falsch beurteilt. Manche Kreise glauben, er sei von politischen Motiven diktiert. Die eigentlichen Drahtzieher säßen in Moskau. Diese Auffassung beruht auf einer völligen Verkennung der englischen Gewerkschaften, deren Leitung viel zu nüchtern denkt, als daß sie sich vom klassenkämperischen marxistischen Doktrinarismus, geschweige denn vom kommunistischen Internationalismus beeinflussen ließe. Man vergegenwärtige sich, was der Vertreter der englischen Arbeiterschaft Church auf dem Dortmunder Kongreß der christlichen Gewerkschaften sagte. Die englische Arbeiterbewegung sei nie marxistisch gewesen. Daß sie in ihren Grundprinzipien durchaus christlich sei, wäre so selbstverständlich, daß es gar nicht ausgesprochen zu werden brauche. Man denke weiter daran, daß die Streikleitung die von Moskau angebotene finanzielle Hilfe zurückwies, indem sie den von dort übersandten Scheck zurückschickte. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Kommunisten alles daransetzen werden, den Streik für ihre politischen Zwecke auszunutzen. Dabei stoßen sie jedoch auf den geschlossenen Widerstand der englischen Arbeiterführer.

Der Streik ist demnach ein rein wirtschaftlicher Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern. Er geht um die Erhaltung der bisherigen Arbeitszeit und Löhne. Insofern dürfen die englischen Bergarbeiter der vollsten Sympathie auch der deutschen christlichen Arbeiterschaft gewiß sein. Das Sympathietelegramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes brachte dieselbe zum Ausdruck. Außerdem haben die christlichen Bergarbeiter die gemeinsame Erklärung der deutschen Bergarbeiterverbände mit verfaßt und unterschrieben.

Im Augenblick ist noch nicht zu übersehen, wie das gigantische Ringen auslaufen wird. Mag es nun kommen wie es will, der Fall ist dann auf keinen Fall vergebens gewesen, wenn man nun endlich eine internationale Regelung der Kohlenfrage auf der Grundlage der völligen Gleichberechtigung der einzelnen Länder ernstlich anstrebt. Die Bergbaukrise ist international. Und bei der engen Verbundenheit der nationalen Wirtschaften kann es keinem Lande auf die Dauer gut gehen, wenn es einem schlecht geht. Das dadurch hervorgerufene Mißverhältnis zwischen Preishöhe und Verbraucherkraft wird auch national genau so wenig wie durch niedrige Löhne und erhöhte Arbeitszeit durch die von England betriebene Subsidienwirtschaft behoben, die die Lahmlegung des deutschen Bergbaues zum Ziele hatte. Daher ist ein internationales Uebereinkommen in der Kohlenfrage zwingende Notwendigkeit.

Der christliche Metallarbeiter-Verband zur Erwerbslosenfürsorge.

Heinrich Hase, Dortmund.

Wegen der gewaltigen Arbeitslosigkeit im Metallgewerbe hat die gesamte Metallarbeiterschaft das größte Interesse an der Gestaltung der Erwerbslosenunterstützung. Der Entwurf des Reichsarbeitsministeriums ist alles andere als zufriedenstellend und hat Entrüstung in den Kreisen der Arbeiterschaft hervorgerufen. Der christliche Metallarbeiter hat in einer Anzahl Versammlungen zum neuen Entwurf Stellung genommen und erhebt Protest gegen die Verschlechterungen, welche durch denselben geschaffen werden.

Die Erbitterung wirkt sich deshalb stark aus, weil die Arbeiterschaft die Ansicht vertritt, daß die Regierung sich über die Not der Erwerbslosen hinwegsetzt. Die Steuern werden herabgesetzt zu Gunsten der Industrie und Handelskreise. Ein Erfolg dieser Herabsetzung ist in Bezug auf die Preisgestaltung wenig oder garnicht zu spüren. Um diese Verminderung der Einnahmen wieder wettzumachen, greift man zu dem „Allheilmittel" einer weiteren Belastung der Armen, der großen Masse der Arbeiterschaft. Hat schon der ledige Erwerbslose eine Verschlechterung seiner Unterstützung in Kauf zu nehmen, mit Ausnahme der 5. Lohnklasse, wo er 1,74 ℳ mehr erhält pro Woche, so wirken sich die neuen Unterstützungssätze nach dem Entwurf geradezu katharstrophal für den kinderreichen Familienvater aus. Die erste der nachstehenden Tabellen zeigt dieses deutlich:

2. für Hauptunterstützung 50 Proz. vom Einheitssatz 40.00 Mk.
3. Familienzuschlag 10 Proz. insgesamt 80 Proz.
4. Streichung der Beschränkungen, welche der Entwurf für Jugendliche und langfristig Erwerbslose vorsieht.
5. Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung.

Für diese Verbesserungen setzten sich auch die Vertreter der Gemeinden ein, während die Arbeitgeber für diese Verbesserungen nicht mitstimmten. Auf Grund dieser vom Ausschuß angenommenen Vorschläge ergibt sich gegenüber den bisherigen Unterstützungssätzen das Bild, wie es die zweite der untenstehenden Tabellen darbietet.

Der ledige Erwerbslose würde dann nach einzelnen Lohnklassen I. Kl. 6.00 Mk., II. Kl. 7.50 Mk., III. Kl. 10.50 Mk., IV. Kl. 13.50 Mk., V. Kl. 16.50 Mk., VI. Klasse 20.00 Mark erhalten.

Vergleich der Unterstützungssätze ab 1. März 1926 mit dem angenommenen Vorschlag des Ausschusses für verheiratete Erwerbslose.

In diesem Vorschlag liegt ein gerechter Ausgleich betr. der Berufseinlohnung und auch ein annehmbarer Ausgleich in sozialer Beziehung.

Die Versammlungen des christlichen Metallarbeiter-Verbandes sprachen sich für diese Verbesserungen aus

Vergleich der Unterstützungssätze ab 1. 3. 1926 zum neuen Entwurf ab 24. 5. 1926.

Bisher ab 1. März 1926		Nach dem neuen Entwurf ab 24. Mai 1926				
Verheiratete über 21 Jahren	pro Woche ℳ	Verheiratet	%	Höchsteinheitssätl. V. = 33,— ℳ	mehr ℳ	weniger ℳ
ohne Kinder	14,04 ℳ	ohne Kinder	45%	v. 33,— ℳ = 14,85	0,81	
mit 1 Kind	16,56 „	mit 1 Kind	50%	v. 33,— „ = 16.50		0,06
mit 2 Kindern	19,08 „	mit 2 Kindern	55%	v. 33,— „ = 18,15		0,93
mit 3 Kindern	21,60 „	mit 3 Kindern	60%	v. 33,— „ = 19,80		1,80
mit 4 Kindern und mehr	24,00 „	mit 4 Kindern und mehr	65%	v. 33,— „ = 21,45		2,55

Bisher ab 1. März 1926		Verschlag des Ausschusses.					
Verheiratete über 21 Jahren	pro Woche	Verheiratet	%	Klasse V 33,— ℳ	Klasse VI 40,— ℳ	Klasse V mehr	Klasse VI mehr
ohne Kinder	14,04 ℳ	ohne Kinder	50	16,50 ℳ	20,00 ℳ	2,46 ℳ	5,60 „
mit 1 Kind	16,56 „	mit 1 Kind	60	19,80 „	24,— „	3,24 „	7,34 „
„ 2	19,08 „	„ 2	70	23,10 „	28,— „	4,02 „	8,92 „
„ 3	21,60 „	„ 3	80	26,40 „	32,— „	4,80 „	10,40 „
„ 4	24,00 „	„ 4	80	26,40 „	32,— „	2,40 „	8,00 „

Ganz abgesehen von den anderen Verschlechterungen zeigt diese Tabelle eine Auswirkung für den kinderreichen Familienvater, die unsozial und ungerecht ist. An dieser Tatsache ändert auch die amtliche Begründung nichts.

Geradezu eine Verhöhnung der Arbeiterschaft bedeutet der Satz, daß es notwendig sei, eine geringere Unterstützung zu zahlen, um einen Anreiz zur Annahme einer geringer entlohnten Arbeit zu schaffen. Auch der höher bezahlte Arbeiter nimmt heute recht gern eine geringer bezahlte Nichtberufsarbeit an, wenn sie ihm nur geboten wird. Jede unter Tariflohn bezahlte Arbeit dagegen muß abgelehnt werden.

Die Kommunisten und Unorganisierten wollen nun diesen ungünstigen Entwurf den Gewerkschaften in die Schuhe schieben, weil diese stets verlangt haben, daß die Unterstützung im Verhältnis zum verdienten Lohn gezahlt werden soll. Diese Forderung ist berechtigt, denn derjenige, der höhere Beiträge zahlt, muß auch eine höhere Unterstützung haben.

Der Regierungsentwurf bedarf dringend der Verbesserung. Von diesem Gedanken ließen sich auch die Gewerkschafts- bezw. Arbeitnehmervertreter im Ausschuß für Erwerbslosenfürsorge beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung leiten, indem sie im Ausschuß durchsetzten

1. Einfügung einer weiteren Klasse VI mit einem Arbeitsentgelt von mehr als 40,— ℳ,

und faßten ihre Ansicht in nachstehende Entschließung, die den maßgebenden Regierungsstellen und den befreundeten Abgeordneten zugesandt werden soll:

„Der christliche Metallarbeiter-Verband erhebt entschieden Protest gegen die Verschlechterungen der Erwerbslosenunterstützungssätze, welche der Entwurf des Reichsarbeitsministeriums vorsieht. Die große Not der Arbeitslosen und deren Familien zeigt sich von Tag zu Tag in erschreckender Art und Weise. Unterernährung, Tuberkulose und die Zahl der Selbstmörder aus Nahrungssorgen werden immer größer.

Eine Verbilligung der Lebenshaltung ist trotz Steuermilderungen nicht eingetreten.

Aus diesen Gründen verlangt der christliche Metallarbeiter-Verband Ablehnung des Regierungsentwurfs und Annahme des Vorschlages des Ausschusses für Erwerbslosenfürsorge beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung."

Hoffen wir, daß auch der Reichstag diesem Vorschlag bei seiner demnächsten Beschlußfassung zustimmt, damit die Not der unfreiwillig Arbeitslosen gemildert wird. Die Forderung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes ist um so mehr berechtigt, wenn man in Betracht zieht, daß die Regierung der Arbeiterschaft jeglichen Schutz gegen willkürliche Entlassung und Stillegung der Werke genommen hat.

Ein Arbeiter an seinen Sohn.

So, mein Sohn, nun rüste dich,
wappne dich mit Lebensmut!
Deine Kinderzeit verblich,
in dir braust des Jünglings Blut.

Werd' ein sturmgefeiter Riese,
brauche deine Eisenfaust,
träume nicht vom Paradiese,
wenn das Leben dich umsaust.

Steure frisch hinein ins Leben,
aus der Arbeit perlt dein Glück,
der nur wird sich Kränze weben,
dem die Zeit der Augenblick.

Vorbild sei, wie ich geschafft
unentwegt ein Leben lang,
im Genießen meiner Kraft
zielbewußt den Hammer schwang.

Heute blühen reich die Rosen
duftend tief in meiner Brust,
aus der Stürme rauhem Tosen
wuchs mir neue Lebensluft.

Sohn, du sollst in Liebe glüh'n,
sei ein Mensch voll Menschlichkeit,
aber wenn die Funken sprüh'n
halt den Hammer flugs bereit.

Dann darf nicht dein Mut zerreißen,
recke dich als rechter Schmied,
und du wirst das Eisen schweißen,
mächtig dröhnt dein Arbeitslied.

Christoph Wieprecht.

Rundschau.

Verhältnis von Kapital und Arbeit.

Wie kommen wir zum rechten Verhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern? Eine vernünftige Ordnung des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern ist nur möglich, wenn beide die rechten Grundsätze und die richtige praktische Einstellung zueinander finden. Notwendig ist ein Geist der ehrlichen, gerechten Einstellung zueinander, ein Geist ehrlicher Zusammenarbeit, der zum gemeinsamen Streben und gemeinsamer Initiative, zur Förderung der Produktion führt. Zur Arbeitsgemeinschaft gehört auch ein inneres Bekenntnis zur Volksgemeinschaft und Gewerbesolidarität. Auf beiden Seiten muß das vorhanden sein ...

Unternehmer und Arbeiter müssen sich gegenseitig als notwendig und für die Wirtschaft gleichwertig achten. Der eine soll in dem andern den Menschen, den Volksgenossen, den notwendigen unentbehrlichen Mitarbeiter sehen, ihn als solchen achten und behandeln. Der eine ist doch die notwendige Ergänzung zum andern. Keiner soll sich über den andern unterschätzen. Das gilt für beide! ...

Heinrich Imbusch

auf dem Gewerkschaftskongresse zu Dortmund, April 1926.

Treuhandinstitute für Beamte und Angestellte.

Treuhandinstitute gewerblicher sowie gemeinnütziger Art bestehen für geschäftliche Betriebe, die vom Zusammenbruch bedroht sind. Beamte und Angestellte dagegen, die heute zumeist ebenfalls schwer unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden haben und zu einem nicht geringen Teil verschuldet sind, haben in den meisten Orten keine geeigneten Einrichtungen, die ihnen im Falle der Verschuldung bei der Regelung ihrer Angelegenheiten behilflich sein könnten. Und doch kann gerade hier eine ordnende Hand außerordentlich segensreich wirken. Restlose Klarlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse, Aufstellung eines Planes zur allmählichen Tilgung der Schulden und Mitwirkung bei der Durchführung eines solchen Planes bieten den Gläubigern in der Regel eine Gewähr, die es ihnen ermöglicht, der allmählichen Tilgung der Forderung im Rahmen des Schuldentilgungsplanes zuzustimmen. Dem Schuldner wird durch eine solche Regelung die feste Ordnung auferlegt, ohne die eine wirtschaftliche Gesundung nicht herbeigeführt werden kann. Arbeitet ein solches gemeinnütziges Treuhandinstitut etwa in Verbindung mit einer gemeinnützigen Darlehnskasse, die auf Grund der Vorschläge des Treuhandinstituts in der Lage ist, die Hilfsmaßnahmen durch Darlehnsgewährung auf gemeinnütziger Grundlage zu fördern, so läßt sich mancher Beamte und Angestellte vor dem völligen wirtschaftlichen Verfall bewahren und ist auch für die Gläubiger die Gewähr wenigstens für eine allmähliche Befriedigung ihrer Forderungen gegeben.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

Vielfältig sind die Aufgaben der Gewerkschaften. Das Ziel, die wirtschaftliche und geistige Höherführung der Arbeiterschaft, ist zwar geblieben, aber die Wege zu diesem Ziele haben sich vermehrt. Das liegt an den Verhältnissen. Neben der allgemeinen Bildungsarbeit wenden sich die Gewerkschaften jetzt mehr und mehr der fachlichen Bildungsarbeit zu. Damit übernehmen sie auch wirtschaftspolitisch eine wichtige Aufgabe. Diese Fachbildung der Gewerkschaften ist keineswegs nur auf die Zeit der gewerblichen Lehre beschränkt, sondern umfaßt auch solche Mitglieder, die schon jahrelang im Beruf stehen. Wohl die ersten Gewerkschaften, die auf dem Gebiete der beruflichen Schulung vorbildlich vorgingen, waren die deutschen Buchdruckerorganisationen. Im Jahre 1925 hat der Gutenbergbund, die christliche Gewerkschaft Deutscher Buchdrucker, rund ein Viertel der Gesamteinnahmen von 211 000 ℳ für die Bildungsarbeit verwandt. Eine künstlerisch ausgestattete Monatsschrift „Graphische Nachrichten", besondere Spartenvereinigungen, Lehrlingsabteilungen, Wettbewerbe, Rundsendungen und Ausstellungen vermitteln den Mitgliedern im ganzen Reiche gutes Anschauungsmaterial, wodurch sie in die Lage versetzt werden, den Anforderungen in der Praxis in jeder Beziehung nachzukommen. Es darf festgestellt werden, daß diese Arbeit auch die Anerkennung der Unternehmer findet.

Handel ✿ Wirtschaft ✿ Börse

Die Blech verarbeitenden Industrien im April.

Die Lage der Blech verarbeitenden Industrien zeigte im Vergleich zum Vormonat keine Veränderungen. Produktion und Absatz bewegten sich auch weiterhin in den verengerten Grenzen. Auf dem Inlandsmarkte wirkte bei den Waren des täglichen Bedarfes die allgemeine wirtschaftliche Lustlosigkeit, in den für den Baubetrieb arbeitenden Zweigen die Stille am Baumarkte absatzhemmend. Auf den ausländischen Märkten verschärfte sich der Wettbewerb zusehends. Es ist bisher noch nicht gelungen, auf Grund des deutsch-französischen Handelsprovisoriums wieder in das vor dem Weltkriege nicht unbedeutende französische Geschäft hinein zu kommen. Die neuerliche Erhöhung der französischen Zollsätze wirkt gegenüber den deutschen Waren prohibitiv. Auch das russische Geschäft nahm noch nicht die erhoffte Aufwärtsentwicklung. Die mangelnde Vertrautheit mit der zentralistischen Organisation des russischen Einkaufs, vor allem jedoch die Schwierigkeit, die von den Russen geforderten langfristigen Kredite zu gewähren, drückten auf die Ausfuhrtätigkeit.

Die finanzielle Lage der Werke blieb weiterhin angespannt, da die kurzen Zahlungsfristen seitens der Rohstofflieferanten nicht aufgegeben wurden, während die Abnehmer der Blech verarbeitenden Werke lange Zahlungsfristen fordern. Trotz des Umschwunges auf dem Kreditmarkte waren langfristige Kredite oft nur zu ungünstigsten Bedingungen zu erhalten. Die mittleren und kleineren Werke wurden von der Aenderung der Geschäftsbedingungen im Eisenhandel insofern betroffen, als sie vielfach, um im Werksgeschäft einkaufen zu können, zu den Bedarf übersteigenden Rohstoffanschaffungen gezwungen waren. Nachdem das Reich auf dem Wege der Minderung der öffentlichen Lasten wenigstens einen Anfang gemacht hat, muß auch von Ländern und Gemeinden zwecks Befreiung der Produktion von den drückendsten Fesseln eine weniger eingreifende Finanzpolitik auf dem Gebiete der Realsteuern erwartet werden.

Der Verband Europäischer Emaillierwerke hat eine Ermäßigung des Normal-Rabattes beschlossen und zwar werden 60 Prozent auf die Preise des Verbandstarifes gewährt. Gleichzeitig hat er den einzelnen Werken die Erlaubnis gegeben, bis auf weiteres etwa sich notwendig machende Extrarabatte zu gewähren, um der Außenseiterkonkurrenz begegnen zu können. An den sonstigen Bedingungen des Verbandes wurde nichts geändert, dagegen sind Kommissionen eingesetzt worden, die die Gründung von Spezialverkaufsbüros für bestimmte Artikel und Gebiete vorberaten sollen.

Erneuter Zusammenschluß der deutschen Industrie.

Vor einigen Tagen haben in Hannover die Vertreter der größeren Betriebe der deutschen Industrie beschlossen, eine lose Interessengemeinschaft auf 5 Jahre zu schließen. Diese soll auch die drei großen Betriebe der Juteindustrie in Bremen und Delmenhorst (Jutespinnerei und Weberei in Bremen. Bremer Jutespinnerei und Weiberei A.-G. in Hemelingen und Hanseatische Jutespinnerei und Weberei in Delmenhorst) mit umfassen, die dem Jutesyndikat Magdeburg nicht angehört haben. Die Betriebe in Kassel und Ahaus, die dem Jutesyndikat nicht angehört haben, werden auch der neuen Interessengemeinschaft fernbleiben. Diese ist bis auf die noch zu leistenden Unterschriften perfekt; die Verträge sind zwecks Ausfertigung der Unterschrift den Mitgliedern in diesen Tagen zugestellt worden und auf Grund der Verhandlungen in Hannover ist anzunehmen, daß alle Beteiligten unterschreiben werden. Der in Hannover gewählte Ausschuß wird am 19. Mai in Berlin (dem wahrscheinlichen Sitz der neuen Interessengemeinschaft) zusammentreten, um Mindestpreise festzusetzen. Weiter ist beschlossen worden, in allen der Interessengemeinschaft angeschlossenen Betrieben Betriebseinschränkungen vorzunehmen und zwar ab 15. Mai d. J. um 30 Prozent der Produktionsmöglichkeit, ab 1. Juni d. J. um 50 Prozent der Produktionsmöglichkeit. Die Arbeit der Betriebe für Export soll bei der Einschränkung jedoch nicht angerechnet werden. Der Export mußte bei der der Einschränkung zu unterwerfenden Produktion ausscheiden, da er unbedingt zu fördern ist und Betriebe an der Wasserkante auch zurzeit noch bis zu 50 Prozent für Export arbeiten und damit ziemlich voll beschäftigt sind.

Rundschau.

Ermäßigung des Privatdiskonts.

:-: Berlin, 17. Mai. Der Privatdiskont ist heute auf 4⅝ Prozent für beide Sichten ermäßigt worden.

Die Ausgestaltung der staatlichen Bergwerksunternehmungen.

Für die Ausgestaltung der staatlichen Bergwerksunternehmungen fordert die Staatsregierung durch einen Gesetzentwurf 30 Millionen Mark. 4,5 Millionen sind für die preußische Bergwerks- und Hütten-A.-G., 12,5 Millionen für die Hibernia A.-G., 13 Millionen für die Bergwerks-A.-G. Recklinghausen bestimmt. Von diesen letzten 13 Millionen ist 1 Million für den Bau einer Brikettfabrik und sonstige Einrichtungen zur Verarbeitung der Erzeugnisse bestimmt, während 12 Millionen zur Anzahlung auf das Aktienkapital dienen sollen.

Gesellschaften.

Deutscher Aero-Lloyd — Luftverkehrs-Akt.-Ges. Westfalen in Dortmund.

In der Generalversammlung am 4. Juni soll u. a. auch über die Beteiligung der Aero-Lloyd Akt.-Ges. an der Luftverkehrs-Akt.-Ges. Westfalen diskutiert werden. Wie das „B. T." dazu erfährt, beabsichtigt der Aero-Lloyd im Zusammenhang mit dem Uebergang des deutschen Flugbetriebes auf die Deutsche Lufthansa Akt.-Ges., seine Beteiligung an der Westfälischen Gesellschaft, die über insgesamt 1 Mill. R.-Mk. Aktienkapital verfügt, an die örtlichen Interessenten (Städte usw.) abzustoßen. Letztere werden alsdann ihrerseits Aktien der Deutschen Lufthansa für die Ueberlassung des Betriebsmaterials an die Lufthansa übernehmen. Bekanntlich ist die Bewertung dieses Materials bei der Westfälischen Luftverkehrs-Akt.-Ges. und auch bei den anderen örtlichen Gesellschaften noch nicht ganz klargestellt, so daß man auch über die Aktienbeteiligungen, die von den Interessenten zu übernehmen sind, noch nichts Bestimmtes sagen kann.

Vom Montantrust.

Die Verhandlungen über die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 30 Millionen Dollars durch die Vereinigten Stahlwerke sind, wie der „B. Z." aus Newyork gefunkt wird, praktisch abgeschlossen. Geldgeber ist die Dillion, Read u. Co. Bank in Newyork.

Mansfeld A.-G. in Eisleben.

Heute wird in Newyork die Mansfeld-Anleihe von dem übernehmenden Bankkonsortium zur Zeichnung aufgelegt. Der Ausgabekurs beträgt 93½ Proz. Die Anleihe ist im Jahre 1931 mit 102 Proz. tilgbar. Eine halbe Million Dollars werden von der Amsterdamer Bank in Amsterdam aufgelegt.

Märkte.

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

:: Dortmund, 17. Mai.

Auftrieb: 698 Stück Großvieh, 1501 Kälber, 154 Schafe, 2498 Schweine. Ochsen: a) 62—63, b) 57—61, c) 49—56, d) 40—48; Bullen: a) 58—59, b) 52—57, c) 40—51; Färsen und Kühe: a) 62—63, b) 57—61, c) 50—56, d) 40—49, e) 22—39; Kälber: b) 84—87, c) 75—83, d) 60—74, e) 45—59; Weidemastschafe: a) 50—55, b) 35—49; Schweine: a) 79—80, b) 79—80, c) 78—79, d) 76—77, e) 72—75. Marktverlauf: Großvieh und Schweine lebhaft, sonst langsam.

Essener Viehmarkt.

× Essen, 17. Mai. Aufgetrieben waren: 308 Stück Großvieh, hiervon 14 Ochsen, 63 Bullen, 202 Färsen und Kühe, 29 Jungvieh, 1819 Kälber, 44 Schafe, 3497 Schweine. Es kosteten im Großhandel 100 Pfd. Lebendgewicht für Ochsen: b) 60—64, c) 52—56. Bullen: a) 56—58, b) 52—55, c) 48—51. Färsen und Kühe: a) 60—64, b) 55—58, c) 48—52, d) 40—46, e) 30—36. Jungvieh: 40—48. Kälber: a) 95—120, b) 75—85, c) 60—72, d) 50—58. Weidemastschafe: a) 50—55, b) 30—40. Schweine: a) 83—84, b) 82—83, c) 80—81, d) 78—80, e) 74—77, f) 74—80. Tendenz: Mittel, Schweine lebhaft.

Alteneſſener Schweinemarkt.

— Altenessen, 15. Mai. Zum Altenessener Schweinemarkt wurden aufgetrieben 3851 Schweine. Es kosteten im Großhandel Ferkel im Alter von 6—8 Wochen 30 bis 39 M., von 8—12 Wochen 39—48 M., von 12—15 Wochen 48—58 M., Faselschweine über 15 Wochen 58 bis 80 M. Tendenz: Das Geschäft verlief sehr langsam.

Kölner Viehmarkt.

△ Köln, 17. Mai. Zum Schlachtviehmarkt waren aufgetrieben: 1352 Stück Großvieh, darunter 505 Ochsen, 67 Bullen, 773 Färsen und Kühe, 2278 Kälber, 83 Schafe, 4459 Schweine. Es kosteten im Großhandel 100 Pfd. Lebendgewicht für Ochsen: a) 62—65, b) 60—63, c) 50 bis 56, d) 44—48, e) 30—36. Bullen: a) 53—57, b) 45—50. Färsen und Kühe: a) 57—61, b) 55—60, c) 48 bis 54, d) 38—44, e) 24—34. Kälber: a) 85—100, b) 70—78, c) 60—68, d) 50—58. Weidemastschafe: a) 50—55, b) 40—47. Schweine: a) 79—82 b) 80—83. c) 80—83. d) 75—78, f) 70—76. Tendenz: Rinder ausgesuchte Tiere aller Gattungen über Notiz bezahlt und lebhaft geräumt. Kälber und Schafe ziemlich belebt und geräumt. Schweine geräumt.

Essener Getreidebörse.

Essen, 17. Mai. (Eig. Drahtb.) Es wurden notiert: Inl. Weizen 30,50—31, inl. Roggen 20,50—21, ausl. Weizen 30—34, ausl. Roggen 22,50—24, ausl. Hafer 20—24, ausl. Gerste 18,50—20,50, runder Reis 20—20,50, Weizenmehl 39, Weizen-Bäckermehl 40,75—41,75, 70proz. Roggenmehl 30,25—31,25, Weizenkleie 9,50—12,50, Weizenvollmehl 11,50—13,50, Steffen-Zuckerschnitzel 13,75 bis 15,25 Reichsmark für 100 Kg. franko Essen. Tendenz: ruhig.

Duisburger Getreidebörse.

Duisburg, 17. Mai. (Eig. Drahtb.) An der Duisburger Getreidebörse wurden notiert: Inl. Weizen 30,50 bis 31, inl. Roggen 20,50—21, ausl. Weizen 30—33, ausl. Roggen 22,25—24, ausl. Hafer 18,20—20, La Plata-Mais 18, Cinquantino-Mais 19,50, Weizen-Bäckermehl 40,50 bis 41, Roggenmehl 30—31, Weizenvollmehl 10,75—13,50, Weizenkleie 9,40—13, Roggenkleie 10,50, Steffen-Zuckerschnitzel 14 Reichsmark für 100 Kg. franko Duisburg. Tendenz: ruhig, Kauflust etwas lebhafter.

Berliner Produktenmarkt.

!! Berlin, 17. Mai. Die Auslandsofferten für Weizen waren nur mäßig erholt, begegneten aber trotzdem wegen des schlechten Mehlgeschäftes sehr geringem Interesse. Vereinzelt aus zweiter Hand offerierter deutscher Weizen fand ebenfalls wenig Beachtung, weil sich die Forderungen gegenüber dem Auslandsmaterial zu hoch stellten. Weizen auf Lieferung wurde infolge festerer Auslandsmeldungen für alle Sichten höher bezahlt. Roggen bliebt in Waggonware knapp, während Kahn- und Lagerware vermehrt im Markte ist, ohne daß die Forderungen, die sich ungefähr auf der Höhe des Mailieferungspreises halten, bewilligt werden. Im Lieferungsmarkt blieb der Preis für Mairoggen unverändert, da wiederum größere Partien zur Andienung gekommen sind, die späteren Sichten waren dagegen befestigt, weil der anhaltende Regenmangel Befürchtungen hinsichtlich der Ernte aufkommen läßt. Roggen- und Weizenmehl blieben bei unveränderten Preisen fast ohne Umsatz. In Hafer entwickelte sich zu den Sonnabendpreisen größeres Geschäft, Gerste weiter vernachläßigt. Börsenstimmungsbild.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 17. Mai 1926.

(Für Getreide je 1000 kg, für die übrigen Artikel je 100 kg.)

	Heutige Notierungen	Vorige Notierungen		Heutige Notierungen	Vorige Notierungen
Weizen, märk.	305.50	303.50-304	Raps	—	—
Roggen, märk.	176-181	192.50-194	Viktoriaerbsen	30.00-39.00	30.00-39.00
Sommergerste	191-204	191-204	Kleine Erbsen	25.00-26.00	25.00-26.00
Hafer, märk.	197-208	197-207	Futtererbsen	20.00-25.00	20.00-25.00
pommerscher	—	—	gelbe Lupinen	14.75-15.7	12.00-12.75
Mais LaPlata	—	—	Saradella, neu	34.00-38.00	34.00-38.00
ab Hamburg	—	—	Rapskuchen	13.75-14.00	13.75-14.00
Weizenmehl	36.75-39.50	36.75-39.50	Leinkuchen	18.00-18.50	18.00-18.50
Roggenmehl	25.00-26.50	25.00-26.50	Trock Schnitz	9.80-10.10	9.80-10.10
Weizenkleie	11.00-00 00	11.00-11.25	Torfmelasse	—	—
Roggenkleie	11.50-11 80	11 80-	Kartoffelflock.	15.70-16.10	15.60-16.00

Bremen: Baumwolle.

	14. 5. Brief	14. 5. Geld	14. 5. bezahlt	17. 5. Brief	17. 5. Geld	17. 5. bezahlt
Mai	18.93	18.75	—.—	18.60	18.59	—
Juli	18.74	18.60	—.—	18.35	18.25	00.00
September	18.55	—	—.—	18.00	17.92	17.99
Oktober	18.06	18.01	18.03	17.96	17.81	—
November	—.—	—.—	—.—	—	—	—
Dezember	18.04	17.9	18.05	17.92	17.86	—.—
Januar	18.04	17.95	—.—	17.32	17.24	—.—
März	18.44	18.36	—.—	—.—	—.—	—.—

Chicago:

	14. 5.	17. 5.		14. 5.	17. 5.
Weizen Mai	158⅞	159	Mais Mai	68⅝	69⅜
Juli	136⅝	134¾	Juli	74⅜	73¼
September	131½	131½	September	78¼	72⅜
Tendenz	stetig	kaum stet.	Tendenz	stetig	kaum stet.
Hafer Mai	40¼	40	Roggen Mai	82½	80½
Juli	41⅜	41½	Juli	84½	83¼
September	42⅜	41⅜	September	86⅝	85
Tendenz	stetig	willig	Tendenz	stetig	schwach

New-York: Baumwolle.

	14. 5.	17. 5.		14. 5.	17. 5.
loco	19.10	18.70	Oktober	17.62—64	17.45—45
Mai	—	—.00—00	Dezember	17.65—69	17.43—47
Juni	—	18.16—16	Januar	17.66—68	17.38.42.
August	18.50—60	17.76.78.	März	17.80—80	17.48.48
September	18.16—16	17.55—.7	April	00.00—00	—

Zufuhren: 14. 5.		Zufuhren: 17. 5.	
Nach dem Atlantic	00000	Nach dem Atlantic	10000
Nachdem Inland	00000	Nach dem Inland	0000
Nach Großbritannien	00000	Nach Großbritannien	0000
Nach dem Kontinent	00000	Nach dem Kontinent	00000
Tendenz: stetig		Tendenz; stetig.	

Liverpool: Baumwolle.

	14. 5.	17. 5.		14. 5.	17. 5.
loco	10.25	10.22	November	9.18	9.11
Mai	9.72	9.66	Dezember	9.17	9.11
Juni	9.58	9.53	Januar	9.15	9.09
Juli	9.44	9.48	Februar	9.15	9.09
August	9.42	9.35	März	9.16	9.11
September	9.35	9.26	April	9.14	9.09
Oktober	9.23	9.17	Mai 1927	9.14	9.13

	14. 5.	17. 5.
loco Baumwollumsatz	1000	5000
Import	11000	10400
Export	2000	2000

Berliner Börse.

)) Berlin, 17. Mai.

Infolge der Beendigung der Regierungskrise, der unveränderten Geldflüssigkeit und des Abschlusses der Medioliquidation war das Geschäft wesentlich lebhafter, erstreckte sich jedoch vorwiegend nur auf einzelne Gebiete. Die Kurserhöhungen betrugen anfänglich auf den Aktienmärkten durchschnittlich 1—2 Proz., bei Montanwerten auch 3 Proz., bei Kaliwerten bei den Werten der Salzdetfurtgruppe 3—5 Prozent. Besonders groß war das Geschäft in Elektrizitäts-, Montanaktien und einigen chemischen Aktien. Farbenindustrie um 5 Proz., Siemens-Halske um 6 Proz., Gelsenkirchener 5 Proz., Köln-Neuessen 6 Proz. und Rheinische Braunkohlen 5 Proz. gebessert. Hierdurch ermutigt setzte die Spekulatin in entsprechendem Ausmaße auch die Kurse der übrigen gleichartigen Werte herauf. Von Schiffahrtwerten stiegen Deutsch-Australier und Kosmos um 3—4 Proz., die anderen durchschnittlich um etwas über 1 Proz. Bankaktien wurden durchschnittlich um rund 1 Proz., Berliner Handelsanteile um über 4 Proz. in die Höhe gesetzt. Nebenwerte nahmen an den Kurserhöhungen teil, ausgenommen Schubert u. Salzer, die 3 Proz. schwächer lagen. Der heimische Rentenmarkt war etwas fester, von Auslandsrenten bestand Interesse für Anatolier und Mazedonier. Am internationalen Devisenmarkt lag London bemerkenswert fest.

Amtlicher Kurs.

Berlin, den 18. Mai 1926.

		Geld 17./5.	Brief 17./5.	Geld 15./5.	Brief 15./5.
Buenos-Aires	1 Pf.	1.684	1.688	1.688	1.692
London	1 Pfd. St.	20.412	20.464	20.409	20.461
New-York	1 Doll.	—	—	4.195	4.205
Rio de Janeiro	1	0.614	0.616	0.609	0.611
Amsterd.-Rott.	100 Fl	168.86	169.29	168.79	169.21
Brüssel.-Antw.	100 Fr	12.40	12.44	12.68	12.72
Helsingfors	100 finn. M	10.547	10.587	10.55	10.59
Italien	100 Lire	14.83	14.87	14.79	14.83
Jugoslavien	100	7.407	7.427	—	—
Kopenhagen	100 Kr	110.21	110.49	110.16	110.94
Oslo	100 Kr	90.90	91.21	90.77	90.93
Paris	100 Fr	12.675	12.715	12.655	12.695
Prag	100 Kr	12.417	12.457	—	—
Schweiz	100 Fr	81.10	81.30	81.11	81.31
Sofia	100 Leva	3.035	3.045	3.045	3.055
Spanien	100 Pf	60.55	60.71	60.49	60.65
Stockholm	100 Kr	112.31	112.59	112.21	112.49
Budapest	100 000 Kr	5.87	5.89	—	—
Wien Dt.-Oesterr. abgest.	100 Schilling	59.225	59.365	59.215	59.355

Essener Börse

Essen, den 17. Mai 1926.

Im heutigen Verkehr ermittelte Kurse, mitgeteilt vom **Bankhaus Ohnesorge, Pasel Wolff & Co. Dortmund.**

in Billionen Mark bezw. Billionen Prozent, bei Aktien ohne Börsennotiz in Milliarden Prozent.

Kohle

	Nachfr.	Angeb.
Admiral	900	—
Alte Haase	—	—
Beharrlichkeit	—	—
Caroline	875	900
Carolus Magnus	4680	4850
Constantin	—	31000
Deutschland	—	—
Diergardt	24:0	25:0
Ewald	34000	36000
Glückb Fried.	500	—
Glückauf Segen	—	1550
Gottessegen	—	—
Graf Bismarck	26:00	30000
Graf Schwerin	4800	50:0
Heinrich	3100	32.0
Hermann I-III	—	10.0
Joh. Deimelsb.		
König Ludwig	24000	26500
Langenbrahm	127.0	13:00
Richard I	—	—
Schürb & Charl	—	—
Trappe	—	—
Trier I-III	5200	5700
Viktoria b. K.	—	—
Westfalen	—	2700
Wilh Mevissen	2600	2700
Adler-Actien	28	29.25
Blankenb.-Act.	3	—
Carl-Fried.-Act.	84.50	85.50
Dahlbusch	66.	67.50
Lothring -Act.	—	—
Montania	40.	42.
Niederrh.Bergb	—	—
Präsident	—	—
Wstf.Bgb.-Act.	—	—
Braunkohle und Verschiedene		
Bellerhammer	1130	1225
Bruckd Nietleb.	41:0	4.00
Glimmerode	500	625
Gute Hoffnung	2200	2375
Leonhardt	6200	6500
Lucherberg	—	—
Michel	5200	5500
Oskarssegen	—	200
Ostheim	—	—
Vesta	3100	—
Zukunft Actien	115	168
Bernhardshall	—	1000
Christine	—	—
Elsa-Cemt.	85.5	87
Mansfeld. Act	83	—
Erze		
Apfelbaumer	—	—
Bliesenbach	—	—
Flick	—	—
Henriette	—	—
Wolfram	—	—
Kali-Aktien		
Adler, Stamm	43	46.
Deutsch. Kali	110.	—
Friedrichshall-N	91	93
Hallesche Kali	—	120
Hannov. Kali	40	45
Heldburg. Vorz	63	65
Kali-Industrie	134	136.5
Krügershall	101	103.
Niedersachsen	78.5	80.5
Ronnenberg	56	—
Salzdetfurth	—	—
Sigmundshall	—	—
Steinförde	—	—
Teutonia	—	—
Wittekind	78.	80.
Bank f Landw	28	—

Kali

	Nachfr.	Angeb.
Alexandershall	6800	6.00
Alicenhall	210	—
Asse	27:0	3000
Beienrode	880	925
Bergmannsseg.	7800	8200
Bernsdorf	500	—
Braunschw.-Lbg	—	1400
Burbach	2275	2400
Burggraf	500	—
Carlsfund	1350	1400
Carlshall	600	—
Desdemona	—	875
Einigkeit	—	730
Eliers	130	—
Erichssegen	2550	2625
Felsenfest	1075	1100
Friedrichsroda	1700	1850
Fürstenhall	—	—
Gebra	2150	2250
Glückauf b. S	5300	5450
Großh. W. Ernst	1300	—
Günthershall	—	1600
Habighorst	—	700
Hansa Silberbg.	—	2550
Heiligenmühle	160	150
Hedwigsburg	230	250
Heiligenroda	4725	4925
Helmholdshaus.	575	6.0
Heldrungen I	160	170
Heldrungen II	800	850
Herfa	1075	1125
Heringen	19	—
Hermann II	590	575
Hildasglück	69.0	7200
Hindenburg	—	—
Hohenfels	—	1800
Hope	1050	—
Hüpstedt	6850	7050
Hugo	75	100
Ilsenburg	825	—
Immenrode	3.0	—
Irmgard	800	850
Johanneshall	9600	10000
Kaiseroda	6950	7200
Königshall	—	1750
Mariaglück	—	—
Marie	70	90
Marie Louise	—	—
Max	—	—
Meimerhausen	200	—
Neurode	775	850
Neusollstedt	1050	1150
Neustaßfurt	4100	—
Oberhof	1300	1450
Ransbach	800	900
Rastenberg	825	925
Reichskrone	—	—
Reichsland	—	60
Reinhardsbrunn	1300	1300
Richard	500	—
Rössing-Barnten	4200	—
Rothenfelde	—	—
Sachs.-Weimar	3200	3400
Salzmünde	300	—
Schwarzburg	750	800
Siegfried I	1100	1850
Siegfr.-Giesen	7000	7300
Thüringen	725	800
Volkenroda	2200	2375
Walbeck	385	420
Walter	—	500
Wilhelmshall	2400	2500
Wilhelmshall O.	700	800
Winterhall	43000	46000
Wintzingerode	5	—

Nächste Börse in Düsseldorf am 18. Mai 1926

Verantwortlich für Handel und Wirtschaftspolitik: Dr. jur. A. Henkel.

Erhebungen über Zins- und Provisionssätze.

Das Reichsbankdirektorium wendet sich an die Vereinigungen von Banken und ähnlichen Kreditinstituten mit folgendem Schreiben:

„Die Diskontermäßigungen der Reichsbank und die allgemeine größere Geldflüssigkeit haben ganz offensichtlich in den Sätzen, die im Verkehr mit dem letzten Kreditnehmer zur Anwendung gelangen, nicht in ausreichendem Maße Berücksichtigung erfahren. Die täglich aus den Wirtschaftskreisen bei uns einlaufenden Klagen über zu hohe Zinsbelastung scheinen dies zur Genüge zu beweisen. Um jedoch in dieser Hinsicht noch klarer zu sehen, haben wir die Reichsbankanstalten beauftragt, durch Rückfragen bei den örtlichen Bankvereinigungen sowie allen außerhalb solcher Vereinigungen stehenden Banken, Bankiers, Girozentralen, Spar- und Girokassen, Kreditgenossenschaften und sonstigen Kreditinstituten festzustellen, wie hoch sich in erster Linie die Zins- und Provisionssätze im Ausleihungs- und Diskontgeschäft, in zweiter Linie aber auch die Zinsvergütungen für fremde Gelder zurzeit belaufen. Die Bankanstalten sind angewiesen, auf eine Zurückführung der Schuldzinsen hinzuwirken, wo diese den allgemeinen weichenden Zinssätzen nicht genügend gefolgt sind. Dabei wird es häufig zweckmäßig sein, die einschlagenden Fragen mit den Vertretern der Kreditinstitute aller Art in gemeinsamen Besprechungen zu erörtern. Wir hoffen, daß bei solchen Besprechungen auch Gegensätze, die häufig genug zwischen konkurrierenden Kreditinstituten usw. auf dem Gebiete der Habenzinsen zu Kampfsätzen geführt haben und alsdann übermäßige Forderungen bei den Schuldzinssätzen im Gefolge hatten, einen Ausgleich oder zum mindesten eine Milderung erfahren werden.

Wir überschätzen die Einwirkung der Zinsfragen auf den Gang der Wirtschaft nicht. Bei der gegenwärtigen, zur ernsteren Sorge werdenden Depression darf aber nichts unterlassen werden, was eine Erleichterung der Lage herbeizuführen geeignet ist. Ohne auf die im einzelnen für eine Senkung des Zinsniveaus maßgebenden Gesichtspunkte einzugehen, möchten wir mit Rücksicht auf die erwähnte, außerordentlich schwierige Wirtschaftslage uns lediglich gegen eine Auffassung wenden, die wir wiederholt vertreten gefunden haben. Kredite, die eingefroren sind oder ein ungewöhnliches Ausmaß eingenommen haben werden allgemein mit höheren Zinsen und Provisionen belastet, die sich in normalen, vom Kreditgeber gebilligten Grenzen halten. Wir wollen der grundsätzlichen Richtigkeit eines solchen Verfahrens zwar nicht widersprechen, möchten aber doch von Uebertreibungen warnen. Die Grenzen zwischen einem berechtigten und einem Ueberziehungskredit sind angesichts des wirtschaftlichen Tiefstandes der Mehrzahl der einzelnen Unternehmungen schwer zu ziehen, ein Uebermaß in der Zinsbelastung kann leicht dazu führen, daß schwache Unternehmungen der Zinsenlast unterliegen und damit Zinsen und Kapital gefährdet werden. Wir sind uns bewußt, daß diese Ausführungen nur Erwägungen andeuten, die jeder vernünftige Bankleiter selbst anstellen wird und muß; da unsere Beobachtungen aber ergeben haben, daß derartige Sonderbelastungen nicht nur auf ganz besondere Fälle beschränkt bleiben und oft genug die Wiederbelebung eines leidenden Betriebes gestört haben, wollen wir diesen Hinweis nicht unterlassen."

Man wird diesen Schritt der Reichsbank grundsätzlich begrüßen können. Die Zinsermäßigung, die durch die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts begonnen wurde, ist bei den Krediten der Privatbanken vielfach noch nicht besonders wirksam geworden. Eine zwangsweise Anpassung muß jedoch jetzt zweifelhaft erscheinen, da die Privatbanken z. Zt. wenig auf die Reichsbank angewiesen sind. Das Rediskontgeschäft bei der Reichsbank hat völlig aufgehört, und die Banken machen sogar der Reichsbank das sonst bei ihr anfallende Wechselmaterial streitig. Der Druck der Reichsbank kann also lediglich moralischer Art sein. Die Banken bereiten übrigens eine Erhebung vor über die Art und den Umfang der von ihnen gewährten Kredite, die beweisen soll, daß sie den Wünschen der Wirtschaft, soweit wie möglich, entgegenkommen.

Berliner Börse.

Berlin, den 17. Mai 1926.

Die Kurse lauten auf Prozente des Nennwertes in Reichsmark. * = Goldmark.

	14. 5.	17. 5.
Dollarschatzanw.	—	—
2% D. Reichsanl	0.365	0.39
Benz	—	—
Kabelw. Rheydt	2.75	2.7
Schantung	3.5	3.7
Ham. Am. Paketf.	128.	134.2
Hansa Dampfsch.	126	133.5
Nordd Lloyd	124.75	131.1/.
Barm Bankverein	85.25	85.75
Comm.u.Priv B	105.	105.
Darmst. u.Nat -B	124	126.25
Deutsche Bank	122.	123.75
Disk. Kommandit	119.	121.
Dresdener Bank	108.	109.

	14. 5.	17. 5.
Reichsbank	138.875	138.75
Bochumer Viktoria	6?.5	72
Dortmund Aktien	133	136.25
Dortmund. Union	148.	139.
Glückauf Gelsenk	76.	79.75
Mäser Langendr	42.5	43.
Ritterbrauerei	169.5	171.
Schlegel Bochum	125.	123.
Aktienges. f.Verk	104	102.75
Accumulat.-Fabr	121.	123.
Adlerwerke	97	96.
A/-G.f.Anilinfabr	—	—
Alexanderwerk	67.625	70.25
Allg. Elektr.-Ges	106.25	110.25

	14. 5.	17. 5.
Anglo-Cont.Guano	75.	76.625
Annener Gußstahl	57.5	36.5
Augsb. Nürnb. M.	74.	75.
Balcke Maschinen	—	—
Bamag	37	38.
Baroper Walzw	10.3	—
Bemberg J. P.	127	190.
Bergmann Elektr	100	104
Berl Karlsr Ind.	16.125	60.
Berl Maschinenb	73.	73.75
Bochumer Gußstal	88.	92.875
Braunk. u. Brikett	106.	110.5
Buderus Eisen	56.25	58.125
Busch Lüdensch.	—	48.5
Chem. Ind Gelsk	66.	68.25
Daiml Motoren	60.	61.25
D. Lux Bergbau	92.375	97.
D.Eisenb.-Signw	60.	59.
Deutsche Erdöl	87.	89.
D. Kaliwerke	108.5	112.
D. Maschinen	51.	56.625

	14. 5.	17. 5.
D. Schachtbau	69.	72.75
Deutsche Wolle	38.4	39.
Dürkoppwerke	49.5	51.25
Dynamit-A Nobel	75.	76.75
Elektr. L. u. K	112.5	118.
Eschweil. Bergw.	139	140.
Essener Steinkohl.	95.	95.25
Farbenindustrie	152.	161.5
Friedrichsh Kali	90.75	91.
Felt & Guilleaume	124.5	128.87
Gelsenk Bergw.	95.25	100.25
Gelsenk Gußstahl	25.37	25.375
Germania-Portl.	107.5	100.5
Ges. f elektr Unt	146.5	150.
Glockenstahlwerk	37.	40.
Goldschmidt	73.	75.375
Görlitz. Waggon	28.87	92.50
Goth Waggon	49.75	52.5
Hackethal Draht	69.	69.75
Hammersen	97.	97.75
Hannov Maschin.	—.	55.
Hannov Waggon	14.	16.25
Harb. Wien Gummi	64.5	64.5

	14. 5.	17. 5.
Harpener Bergbau	113.125	111.12
Hartmann Masch	36.75	38
Held & Franke	47.	52
C. Heckmann	66.625	66.25
Hirsch Kupfer	86.5	88.5
Hösch Stahlw	95.75	99.5
Hohenlohe-Werke	14.625	17.75
Hotelbetrieb	104.	106.5
Humboldt Masch	43.25	47.
Hutschenreuther	40.	41.
Ilse Bergb.	102.25	102.5
Kaliw Aschersleb	125.25	121
Karstadt	110.	110
Kattowitz Bergb	10.5	12.75
Klöckner-Werke	69.50	73.37.
Köln-Neuess Bgw	97.	102
Köln-Rottweiler	76.25	79.5
Köln. Gas u. Elek.	64.125	66.5
Körting Gebr.	85.25	77
Kronprinz Met	71.	76.75
Lahmeyer & Co	25.875	101.5

	14. 5.	17. 5.
Laurahütte	24.5	35.375
Lindes Eismasch.	124.	125
Lindenberg Stahl	—	—
Linke-Hofm.-W	50.	51.75
Lorenz C.	102.75	103.75
Lothringer Bergb	—	—
Lüdenscheid. Met.	50.	50.
Luther Maschinen	82.75	82.5
Mannesmann	87.25	24
Masch. u. Kranbau	15.	16.
Maschinenf. Baum	42.5	43.5
Mix & Genest	95.	98.5
Mülh.Bergw.-V	95.5	95
Nat Automobile	70.	71
Oberschl.Eis Bed	49.	50.75
Oberschl Eis.-Ind	50.	51.75
Oberschl Koks	67.125	70.75
Oeking Stahl	—.	45
Orenstein&Koppel	73.	77.875
Phönix Bergbau	74.125	75.
Pöge Herm	60.	65
Reisholz Papier	150.	146
Rhein Braunkohl.	133.	138.25

	14. 5.	17. 5.
Rh. Metallw. V.-A	21	24
Rh.-Nass Bergw.	—	—
Rhein. Stahlwerk	90.625	93.5
Roddergruben	380	375
Rombacher Hütte	23.25	23.75
Rütgerswerke	73.	75
Sachsenwerk	89.125	75.5
SarottiSchokolade	114.5	117.5
Schl.Bergb.u.Zink	82.5	85.
Schloßfabr.Schultz	—	—.
Schneider Hugo	52.5	51.
Schött Herm	48.5	48.5
Schuckert & Co	—	97
SiemensElek.Btr.	—.	—
Siemens & Halske	139.	148.625
Staßf Chem. Fbr	2.25	53.5
Stett Vulkan	35.5	37
Stinnes Rh Mont.	90.25	92.
Stöhr Kammgarn	119.75	127.62
StöwerNähmasch	87.625	89
Telephon Ber	76.	78.75
Thale Eisenhütte	—	—
Thörl's Ver Oels.	56.	55.5

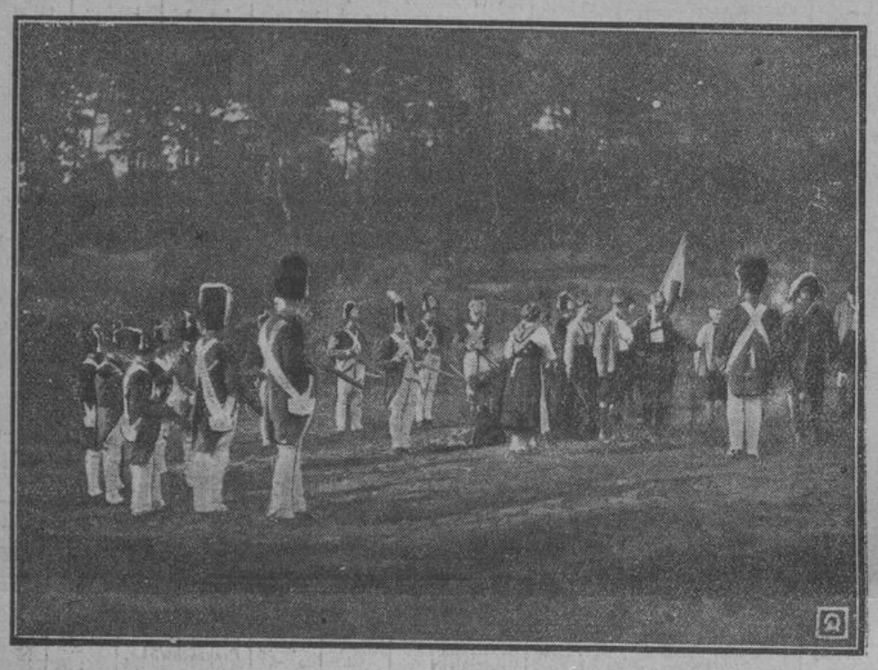
	14. 5.	17. 5.
Tuchf. Aachen	18.25	48..
Ver. Dtc Nickelw	121.75	122.
Ver Glanzst Fbr	248.	241.25
Ver.St.v.d.Zypen	115.	119.75
Vogel Telegr Dr	72.75	75
Wanderwerke	116.	119.5
Warstein Gruben	141	139.
Wegelin&Hübner	70.75	71.5
Wessel Porzellan	58	58
Westeregeln Alk	126.5	122
Westeregeln Vor	—	—
Westf.Eis.u.Draht	45.	42.
Westf Kupferw.	13.	48.125
Wicking Zement	106.25	108.125
Wittener Guß	39.	41.75
Zellstoff-Waldhof	120.25	119.375

BILDER VOM TAGE

18. Mai

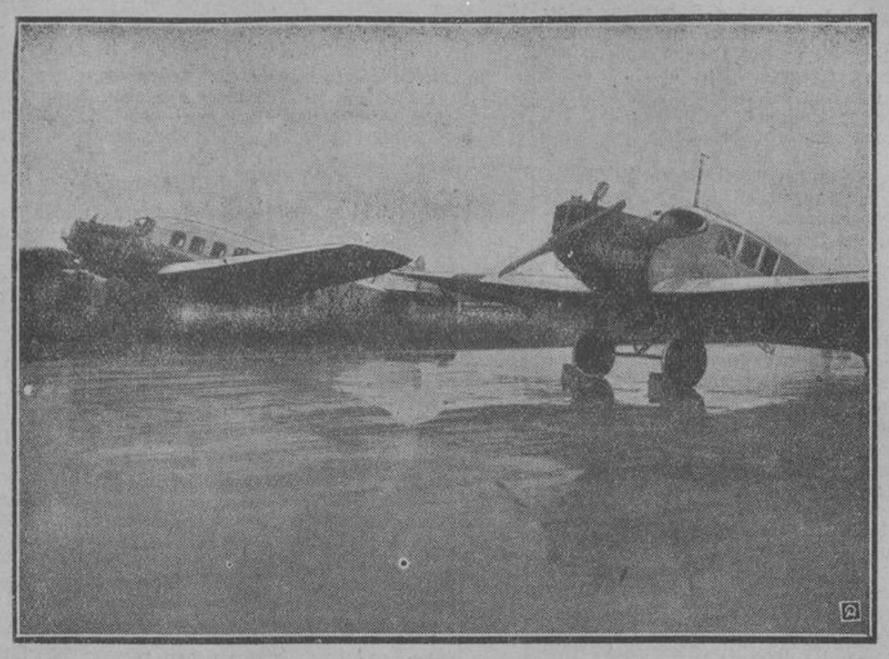
Freilichtspiele in Haltern.





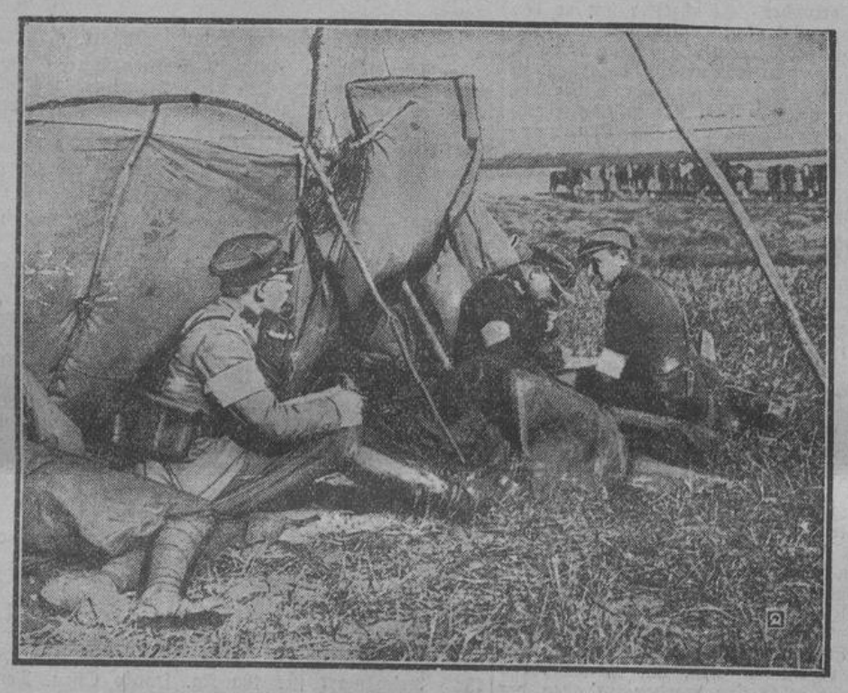
In Haltern an der Lippe wurden die Freilichtspiele dieses Jahres am Himmelfahrtstage mit dem Schauspiel „Volk in Not" eröffnet, ein Spiel aus der Zeit Andreas Hofers. Besonders bemerkenswert ist die prachtvolle Lage des Naturtheaters. Es befindet sich in der Westruper Heide, einer der schönsten nicht nur Westfalens, sondern ganz Deutschlands. Auf einem Quadratkilometer oder mehr ist ein hügeliges Gelände vollständig mit Wacholderbüschen bedeckt, unter denen sich wenig oder gar keine Kiefern vorfinden. Diese Wacholderbüsche schmücken sogar die waldumschlossene Bühne des Naturtheaters.

Einweihung des Kölner Flughafens.



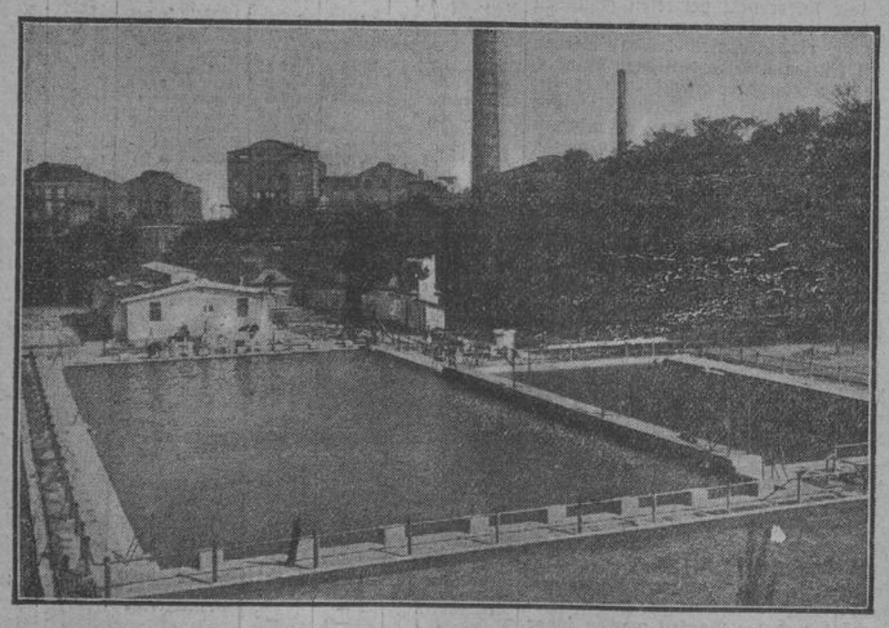
Der Flughafen wurde 1912 von der deutschen Heeresverwaltung errichtet, während der Besatzungszeit vom britischen Fliegern benutzt, nach Freigabe wesentlich vergrößert und am Samstag eingeweiht.

Vollständiger Sieg Pilsudskis. — Der Bürgerkrieg in Polen.



Das eben eingesetzte Kabinett Witos in Polen ist gestürzt worden. Marschall Pilsudski ist mit einer groß[illegible]armee von Anhängern auf Warschau losmarschiert und hat die Stadt nach blutigen Straßenkämpfen ein[illegible]nmen. Pilsudski ist Herr der Lage. Warschau steht völlig unter seiner Diktatur. Einige Truppen sind jedoch [illegible] Regierung treu geblieben. Der Todfeind Pilsudskis, General Haller, rüstet zum Kampf gegen Pilsudski. Unser Bild zeigt die Truppen Pilsudskis vor den Toren Warschaus.

Eröffnung des Schwimmbades Wellinghofen.



Hörde, 17. Mai.

Im südlichen Vorgelände der jetzt stillgelegten Zeche Admiral, bei dem bekannten Ausflugsort Ihne Mühle, hat die Gemeinde Wellinghofen sich ein Schwimm- und Luftbad geschaffen, das in seiner vorbildlichen Ausführung weit und breit seinesgleichen sucht. Ein Rundgang führte bei der Eröffnungsfeier am Sonntag, den 16. Mai, den zahlreich Erschienenen die Zweckmäßigkeit der Anlage vor Augen.

Das Becken für Schwimmer hat eine Größe von 50:20 m, an der Startwand 3,20 m und an der Stirnwand 1,40 m Tiefe. Das ohne Zwischenwand daneben-liegende Nichtschwimmerbecken in der Größe von 30:15 m ist 0,60—1,20 m tief. Zwischen den beiden Becken, etwa 1m über dem Wasserspiegel ist ein 1,20 m breiter Laufsteg mit den zur Erteilung von Schwimmunterricht notwendigen Einrichtungen angebracht. Rund um das Schwimmbecken führt eine Ueberlaufrinne zur Aufnahme des angeschmutzten Wassers am Wasserspiegel, während eine Umwälzungsanlage am Boden den etwaigen Niederschlag und das untenstehende Wasser infolge Eigendrucks zum Abfließen bringt. Die völlige Entleerung erfolgt von Zeit zu Zeit durch eine Motorpumpe.

Das Wasser, das nach der vorgenommenen chemischen Untersuchung als vollkommen einwandfrei festgestellt wurde, wird einem kleinen Bach entnommen und dann in einem 5fächerigen Absatzbecken geklärt und desinfiziert. Für Zeiten langanhaltender Dürre ist die Speisung der Becken durch eine eingebaute Wasserleitung gesichert.

Das Schwimmbecken entspricht allen sportlichen Anforderungen. An der Start- und Zielwand sind je 8 Startklötze eingebaut. Zu beiden Seiten des 3 m hohen Sprungturms befinden sich zwei 1 m-Sprungbretter.

Beide Becken sind von einem eisernen Schutzgeländer umgeben. An der rechten Seite erheben sich terassenförmig die betonierten Zuschauerplätze, die Raum für etwa 1300—1400 Personen bieten.

Links vom Haupteingang liegen 5 Brausen, die warmes Wasser, das durch eine eigene Heizanlage bereitet wird, führen.

In dem dem Schwimmbecken vorgelagerten Hauptgebäude, dem ehemaligen Ledigenheim der Zeche Admiral, befinden sich außer 32 Einzelzellen 2 größere Umkleideräume für Schulen und Vereine, ein Sanitäts- und Fristerraum, nach der Wasserseite zu eine Erfrischungsstätte und der Aufenthaltsraum für den Bademeister.

An der westlichen Böschung sind weitere 21 Einzelzellen errichtet.

Auf dem übrigen Raum des etwa 3½ Morgen großen Geländes sind gärtnerische Anlagen und Rasenflächen geschaffen, die Gelegenheit für Luft- und Sonnenbäder bieten. Zwischen dem Hauptgebäude und den Einzelzellen ladet ein 150 qm großer Sandplatz zur Benutzung ein, während an der Längsseite des Schwimmbeckens hinter den Zuschauerräumen Reck und Barren Gelegenheit zu turnerischer Betätigung bieten.

Für die Jugend sind seitlich des Nichtschwimmbeckens 2 Sandkästen, Wippe und Rundlauf angelegt. Eine Wasserrutschbahn im Schwimmbecken sorgt für Erheiterung.

Die Entwürfe stammen von den Herren Amtsbaumeister Schilling und Oberbauführer Schrieves, in deren Händen auch die Bauleitung lag.

Mit dem Bau der Anlage wurde im Herbst vergangenen Jahres begonnen. Die Arbeiten wurden als Notstandsarbeiten zum größten Teile, was umso höher zu bewerten ist, wie auch Herr Amtsbaumeister Schilling in seiner Ansprache hervorhob, von Nichtfachleuten ausgeführt. Nur die reinen Handwerkerarbeiten lagen in Händen von Wellinghofer, Hoerder und Dortmunder Firmen. Die Becken sind in Beton, die Baulichkeiten, die in ihrem hellen Oelanstrich ein farbenfrohes Bild bieten, in Holz ausgeführt. Die Gesamtkosten der Anlage belaufen sich auf etwa 72 000 Mk.

Leider war das Wetter der Eröffnung nicht hold. Unter strömendem Regen wurde der Rundgang beendet, dem sich ein kleiner Imbiß im Erfrischungsraum anschloß.

Herr Amtmann Dresing begrüßte zunächst die Gäste, gab einen kurzen Rückblick über die Vorgeschichte des Bades und übergab nach anerkennenden Worten an die Bauleitung die Anlage der öffentlichen Benutzung.

Herr Schulrat Sturm, Vertreter der Regierung in Arnsberg, ein bekannter Freund und Förderer des Wanderns und des Schwimmens, beglückwünschte die Gemeinde Wellinghofen zur vollbrachten großen Tat.

Herr Oberbürgermeister Freudenberg überbrachte die Glückwünsche der Stadt Hörde.

Herr Amtsbaumeister Schilling sprach namens der Bauleitung und dankte der Gemeinde, die stets eine offene Hand für die Hergabe der nötigen Mittel gehabt habe.

Die für den Nachmittag vorgesehenen öffentlichen Einweihungsfeierlichkeiten wurden leider durch den strömenden Regen unterbunden. Sie sind auf den Pfingstmontag verlegt worden.

Der Badebetrieb wird getrennt durchgeführt, die Benutzungspreise sind niedrig gehalten, sodaß es jedem möglich ist, Erfrischung und Gesundung im kühlen Naß zu suchen.

★



Umsturz in Polen.

Unser Bild zeigt General Haller, den Todfeind Pilsudskis.